Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen
Nordrhein-Westfalen für Toleranz und Menschlichkeit

Broschüre zur Ausstellung des Forums Jugend und Politik Bonn
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Christoph Busch

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Politische Akademie

Forum Jugend und Politik Bonn

Impressum
Herausgeber:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie

Redaktion: Katrin Matuschek
Gestaltung: IconScreen.de
1. Auflage, April 2008

ISBN 978-3-89892-892-2

Bildnachweis
American Jewish Comittee: Seite 8: (6)
Archiv der Sozialen Demokratie: Seite 12: (2) 6/FOTB011628 // CDFB007, (3) 6/FOTA002240 // CDFA002, (4) 6/FOTA108722 // CDFA048, (5) 6/FOTA049238 // CDFA020, (6) 6/FOTB008027 // CDFB005, (7) 6/FOTB027041 // CDFB012, (11) 6/FOTA054096 // CDFA022
Bildarchiv des Landtags Nordrhein-Westfalen: Seite 12: (9)
Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): Seite 16: (5)
Deutsches Historisches Museum, DHM: Seite 10: (1); Seite 12: (1)
Picture-Alliance: Titelseite: (1) dpa/ dpaweb - Frank Leonhardt; Seite 12: (8) dpa - Konrad Giehr, (10) dpa - Roland Holschneider, (12) dpa - Wolfgang Kumm; Seite 16: (2) ZB - Stefan Sauer, (4) dpa/ dpa-web - Jens Wolf; Seite 25: (2) dpa - Tim Brakemeier, (3) ZB - Jens Wolf
istockphoto: Titelseite: Marker; Seite 13: Globus; Seite 16: Grafik, Schlagring; Seite 19: Baseballschläger; Seite 25: Megafon; Seite 38: Hemd; Seite 50: Sprechblasen; Seite 53: Mappe, Karteikarte
Michael Klarmann: Titelseite: (2), (3); Seite 8: (3), (4), (7); Seite 16: (1), (3); Seite 38: (1), (3), (4); Seite 41: (1), (4), (5); Seite 53: (2), (3), (4); Seite 56: (1), (2), (3)
Eric Lichtenscheidt: Seite 23: (3), (4); Seite 53: (5), (6), (7)
Photocase: Seite 23: (2)
Recherche-Nord: Seite 8: (5); Seite 19: (1); Seite 41: (2), (3)
S. Fischer Verlage GmbH: Seite 23: (1) mit freundlicher Genehmigung, Taschenbuch Fischer „Heinrich Mann, Der Untertan"
Metin Yilmaz: Seite 53: (1)

Es konnten leider nicht alle Bildrechteinhaber ausfindig gemacht werden. Bei Rückfragen hierzu wenden Sie sich bitte an die Politische Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Im Mittelpunkt dieser Ausstellung steht ein Tisch.
Der Tisch ist ein Ort der Kommunikation, um den sich Menschen versammeln. Familienmitglieder berichten einander ihren Tag, Konferenzen werden abgehalten, Argumente ausgetauscht. Er ist aber auch Studienort, auf dem die Zeitung ausgebreitet, Bücher aufgeschlagen und Dinge abgelegt werden.

Dieser Tisch könnte überall stehen.
Vielleicht war es ein solcher Tisch, an dem der Punk Thomas mit Freunden zusammensaß, bevor er am Abend des 28. März 2005 in der Dortmunder U-Bahn-Station Kampstraße von einem 17-Jährigen aus der rechten Dortmunder Szene ermordet wurde. Womöglich war es auch solch ein Tisch, an dem Rechtsextreme Morddrohungen gegen Frank Gockel, Träger des Aachener Friedenspreises, verfassten. Oder es ist ein Stammtisch in irgendeiner Kölner Kneipe, an dem fremdenfeindliche Parolen und Vorurteile ausgetauscht werden.

Vielleicht sitzen an diesem Tisch aber auch Menschen, die diesen Parolen und Vorurteilen etwas entgegensetzen, oder Menschen, die in Projekten und Initiativen planen, wie man ein Zeichen gegen Rassismus und Gewalt und für Demokratie und Menschlichkeit setzen kann.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung breitet nun auf ihrem Ausstellungstisch Informationsmaterialien zum Thema Rechtsextremismus aus, denn Informationen sind für ein Engagement gegen Rechtsextremismus genauso wichtig wie das Bewusstsein für das demokratische Fundament unserer Gesellschaft.

Liebe Besucherinnen und Besucher

Rechtsextreme kommen immer dann in die Schlagzeilen, wenn sie Gewalttaten verüben. Auch wenn Straf- und Gewalttaten der rechten Szene in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen haben, sind diese Übergriffe nur die Spitze des Eisbergs.

Rechtsextremismus ist vielerorts in Nordrhein-Westfalen kein Randphänomen mehr. Wahlerfolge rechtsextremer und rechtsgerichteter Parteien bei Kommunal- und Landtagswahlen, der Erfolg einer rechtsgerichteten Jugendkultur und die Akzeptanz rechtsextremen Gedankenguts in weiten Teilen der Bevölkerung machen deutlich, dass Rechtsextremismus ein vielschichtiges Problem unserer Gesellschaft ist.

Hinzu kommen die Bemühungen Rechtsextremer, immer mehr in die Zivilgesellschaft vorzudringen. Sie wissen rhetorisch geschickt öffentliche Diskussionen mit ihren eigenen Themen zu besetzen und greifen hierfür zunehmend bürgernahe sozialpolitische und kapitalismuskritische Fragen auf. Sie engagieren sich in Bürgerinitiativen, Elternvertretungen von Schulen oder in der Jugendarbeit und werben verstärkt Jugendliche über eher unpolitische Angebote in Sportclubs oder bei Straßenfesten für die Szene.

Sie nutzen dieses Engagement jedoch, um rechtsextremes Gedankengut zu verbreiten und damit die Demokratie und die Menschenwürde Stück für Stück zu diskreditieren.

Die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ der Friedrich-Ebert-Stiftung weist auf die Gefahren hin, die vom Rechtsextremismus als Bedrohung für Demokratie und Menschenrechte ausgehen, und informiert über die verschiedenen Facetten des Rechtsextremismus – immer mit speziellem Fokus auf Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen.

Es werden die Grundlagen für rechtsextreme Einstellungen und Verhalten dargestellt und aufgezeigt, welche Formen rechtsextreme Weltbilder und Argumentationsweisen annehmen können. Dabei wird der Bogen von rechtsextremen Einstellungen über das Engagement in rechtsextremen Organisationen und Parteien bis hin zur rechtsextrem motivierten Straftat geschlagen.

Allein in Nordrhein-Westfalen stieg die Anzahl rechtsextrem motivierter Straftaten von 1 769 im Jahr 2003 auf 2 990 im Jahr 2006. Auch die Anzahl der Gewaltdelikte nahm von 115 (2003) auf 172 (2006) zu. Wenn man Rechtsextremen nichts entgegensetzt, gibt man ihnen eine Chance, Demokratie und Menschenrechte auszuhöhlen. Darum ist es wichtig, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren und aufzuzeigen, dass Diskriminierung, Rassismus und Gewalt keinen Platz in unserer Gesellschaft haben.

Die Verantwortung darf hierbei jedoch nicht nur den staatlichen Institutionen alleine zugewiesen werden. Sie muss in Politik und Gesellschaft, konkret und konsequent vor Ort an Schulen, Universitäten und in der Erwachsenenbildung, den Parteien, Medien, am Stammtisch, in den Vereinen oder auch in Leserbriefen auf kommunaler und regionaler Ebene wahrgenommen werden. Jeder kann etwas gegen Diskriminierung, Rassismus und Gewalt tun. Die Achtung der Menschenwürde und die Demokratie sind auf die Unterstützung aller Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

Ein besonderer Fokus der Ausstellung liegt deshalb im Aufzeigen von Möglichkeiten eines Engagements gegen Rassismus und Gewalt und für Demokratie und Menschlichkeit. Die Ausstellung regt an, über eigene Einstellungen nachzudenken und die des eigenen Umfeldes zu hinterfragen. Sie möchte gegen eine Normalisierung rechter Einstellungen und Übergriffe in der Nachbarschaft wirken und zu Zivilcourage ermuntern.

Das Forum Jugend und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung wünscht Ihnen eine informative Ausstellung.

Katrin Matuschek

Forum Jugend und Politik
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Begleitwort von Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter

(Professor (emeritus) für Politikwissenschaft an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, veröffentlichte zahlreiche Publikationen zu den Themen Politische Kultur, Extremismus/ Rechtsextremismus, Demokratie/Bürgerbeteiligung)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Besucherinnen und Besucher, die Ausstellung, die Ihnen hier von der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Rechtsextremismus" präsentiert wird, reagiert auf zwei unterschiedliche Entwicklungen:

Langfristige Perspektive

In der langfristigen Perspektive zeigt sich der Rechtsextremismus in Deutschland nach wie vor als eine gesellschaftliche Strömung, die von der übergroßen Mehrzahl der Bevölkerung abgelehnt wird, sofern rechtsextreme Gruppen oder Personen offenen Anschluss an den Nationalsozialismus und an das „Dritte Reich" suchen und propagieren. Der solcherart rechtsextreme Kern eines rechten Lagers dürfte heutzutage maximal bei weniger als einem Promille der Bevölkerung, also bei weit weniger als etwa 80 000 Personen, liegen. Zählt man allerdings jenen Prozentsatz der Bevölkerung hinzu, der laut wissenschaftlichen Befragungen mehr oder weniger offen ausländerfeindliche, antisemitische oder demokratiefeindliche Ansichten und Einstellungen vertritt, steigt die Zahl rapide auf (je nach Untersuchung) bis weit über zehn Prozent der deutschen Bevölkerung an. Dieser Teil der Bevölkerung wird – auch dies eine langfristige Entwicklung – von diversen nationalen, nationalistischen, rechtspopulistischen oder rechtsintellektuellen Gruppierungen, Medien oder Parteien beeinflusst. Alle diese kann man als Teile eines „rechten Lagers" verstehen bzw. verstehen sie sich partiell selbst als solche. Die „Republikaner", manche „nationale" Burschenschaften und Wochenzeitungen wie die „Junge Freiheit" seien hier als nur wenige Beispiele genannt.

Kurzfristige Perspektive

Neben dieser langfristigen Perspektive zeichnet sich eine eher kurzfristige Perspektive ab, die in der Öffentlichkeit besonders oft mit der Entwicklung der NPD in Verbindung gebracht wird: Unter ihrem Vorsitzenden Udo Voigt (seit 1996) hat sich diese Partei zu einer Art Sammlungsbewegung, zur Speerspitze einer „Volksfront von rechts", vorgearbeitet. Die Partei zeigt sich dank ihrer Zusammenarbeit mit rechtsradikalen Kameradschaften und anderen vor allem jugendlichen Gruppierungen aus den rechtsradikalen regionalen oder lokalen Szenen immer stärker vor Ort. Mit Blick auf manche östlichen Bundesländer, insbesondere Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, hat der über die Szene gut informierte Journalist Toralf Staud von einer „Faschisierung der Provinz" gesprochen. Diese zeigt sich im Alltag bewusst doppelgesichtig: Einerseits tragen die „anständigen rechten Jungs" schon mal einer älteren Dame die Einkaufstaschen nach Hause – vorausgesetzt die Frau ist Deutsche! –, andererseits versuchen sie, oftmals mit Gewalt, Ausländer, Fremde, oder wen sie dafür halten, aus „ihrer" Gemeinde zu vertreiben und nennen diese dann stolz „national befreite Zone".

Die hier präsentierte Ausstellung versucht nun erstens, Sie darüber zu informieren, wie sich im Bundesland Nordrhein-Westfalen diese kurzfristige Entwicklung darstellt. Sie als Besucherinnen und Besucher sind eingeladen, Ihre eigenen Erfahrungen mit den hier dargestellten zu vergleichen. Wenn Sie Kenntnis über gravierende, belegbare Vorfälle und Situationen haben, können Sie diese gern an die Aussteller weitergeben. Vielleicht können aber auch die hier gezeigten Beispiele die eine oder den anderen von Ihnen dafür sensibilisieren, rechtsradikale Ereignisse und Entwicklungen in Ihrem Umfeld deutlicher wahrzunehmen und darauf auch – in zivilgesellschaftlicher Art und Weise – zu reagieren.

Um Sie zu dieser zivilgesellschaftlichen Reaktion zu ermutigen, versucht diese Ausstellung zum zweiten, Ihnen – im Sinne der genannten langfristigen Perspektive – die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten zentralen Vorstellungen zum Vergleich mit den rechtsradikalen Parolen vorzulegen. Im Kern geht es darum, dass das Grundgesetz eine an der Würde jedes Menschen orientierte Vorstellung von einem Gemeinwesen einschließt, die Vielfalt, Pluralismus und Freiheitlichkeit umfasst und zur Bewältigung der etwaigen Konflikte gewaltfreie, demokratische und damit kompromissorientierte Verfahren vorsieht. Im rechtsradikalen Lager dagegen gilt nur der Deutsche etwas, Richtschnur für alle Staatsangehörigen ist die „deutsche Identität" – was immer das auch sein mag! – und deutsches Blut. Beide Konzepte gilt es notfalls auch mit Gewalt durchzusetzen. Ein solcherart autoritärer Staat garantiert den Deutschen also nicht notwendigerweise Freiheit, angeblich jedoch Sicherheit. Suggeriert wird also ein nach innen hin weitgehend konfliktfreies Gemeinwesen, das damit, umso besser gewappnet, in der Lage ist, seine Interessen nach außen, gegenüber anderen politischen Gemeinwesen, durchzusetzen. Dieses nach außen hin feindselige, nach innen hin autoritär-gewaltsame rechtsextreme Zielbild ist – trotz aller vorhandenen Schattierungen im rechten Lager – klar erkennbar das völlige Gegenmuster zum Grundgesetz.

Zu einer zivilgesellschaftlichen Reaktion zu ermutigen heißt nun:

- sich immer wieder des an der Menschenwürde orientierten Wertes des Grundgesetzes zu vergewissern;
- mit anderen den Konsens darüber ständig zu erneuern, dass diese Werte des Grundgesetzes auch weiterhin gelten sollen, somit dafür auch einzustehen bzw. vom anderen zu wissen, dass auch dieser dafür eintritt;
- daher auch, wo immer nötig, diese Werte aktiv zu verteidigen;
- im Wissen darum, dass man nicht alleine steht;
- daher auch den tatsächlichen Schulterschluss mit anderen zu suchen, denn nur eine gemeinsame Verteidigung dieser Grundwerte kann ihren Gegnern klar machen, dass sie eine relativ kleine Minderheit sind, die auch eine solche bleiben möge, ja bleiben muss.

Wenn diese Ausstellung zu dieser zivilgesellschaftlichen Aktivierung einen auch nur kleinen Beitrag leistet, hat sie schon ihren Zweck erfüllt.

Ich wünsche Ihnen eine informative und ermutigende Lektüre dieser Broschüre bzw. Begehung dieser Ausstellung.

Inhaltsverzeichnis

Impressum . . . 2

Gefahren für Demokratie und Menschenrechte . . . 8

Menschenwürde und Demokratie im Grundgesetz . . . 10

Stationen der deutschen Demokratie . . . 12

Das rechtsextreme Weltbild . . . 13

Gegenüberstellung von rechtsextremem und demokratischem Weltbild . . . 15

Rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen . . . 16

Rechte Aktivitäten und Wahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen . . . 19

Gewalt als Kitt für den Zusammenhalt der rechten Szene . . . 20

Ursachen des Rechtsextremismus und Gegenstrategien . . . 23

Rechtsextreme und rechtsgerichtete Parteien und Wählerinitiativen . . . 25

Strategien rechter Öffentlichkeitsarbeit . . . 30

„Neue Rechte" – Die intellektuelle rechte Szene . . . 31

Entwicklung rechtsextremer und rechtsgerichteter Organisationen in Nordrhein-Westfalen . . . 33

Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft . . . 34

Die „88" auf dem T-Shirt – Politische Aussage oder sportliches Design? . . . 37

Die rechtsextreme Jugendszene . . . 38

Erlebniswelt Rechtsextremismus . . . 41

Liederbeispiele . . . 45

Der Ausstieg als Lebensentscheidung – Ein Aussteiger aus der Szene berichtet . . . 46

Argumentieren gegen Stammtischparolen . . . 50

Stammtischparolen und Gegenargumente . . . 52

Was tun gegen Rechtsextremismus? . . . 53

Düren – Eine Gemeinde wehrt sich gegen Rechts . . . 56

Initiativ werden gegen Rechts . . . 59

Literatur zum Weiterlesen . . . 60

Die Autoren . . . 62

Rechtsextreme wollen

- die parlamentarische Demokratie abschaffen
- den Einparteienstaat und eine nicht durch das Volk gewählte Elite
- die Abschaffung einer unabhängigen Rechtsprechung
- die Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte
- eine Volksgemeinschaft mit dem Streben nach Gleichmacherei
- die Überwachung der (politischen) Gesinnung
- die Abschaffung der Presse- und Meinungsfreiheit
- die Verfolgung z. B. von Andersdenkenden, Andersaussehenden, Behinderten oder Homosexuellen
- die Durchsetzung ihrer Interessen, wenn nötig auch mit Gewalt
- ein mittelalterliches Frauenbild durchsetzen

Rechtsextreme lehnen Demokratie und Menschenwürde ab!

Gefahren für Demokratie und Menschenrechte

Deutschland ist eine gefestigte Demokratie. Dazu trägt zum einen unser Grundgesetz bei, das das Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern und Staat sowie die Organisation des Staates regelt. Hierbei spielen die Achtung und der Schutz der Menschenwürde als zentrale Aufgabe des Staates (Artikel 1 GG) sowie die Festlegung, dass Deutschland eine Demokratie ist (Artikel 2 GG), eine besondere Rolle.

Zum anderen müssen die Bürgerinnen und Bürger diese Wertentscheidungen im Grundgesetz im Alltag mit Leben füllen. Denn Demokratie ist kein Selbstläufer. Eine Neigung zu Politikverdrossenheit, die sich in einer geringen Wahlbeteiligung und dem Rückzug von Bürgerinnen und Bürgern aus dem politischen Engagement äußert, schadet der Demokratie und gibt „undemokratischen" Tendenzen Nahrung.

Ebenso sind Politikerinnen und Politiker sowie die gesellschaftliche Elite neben allen anderen im besonderen Maße in der Verantwortung, jederzeit im Sinne der Demokratie und der Achtung der Menschenwürde zu agieren.

Demokratie und die Achtung der Menschenwürde sind jedoch insbesondere durch politischen Extremismus gefährdet. Damit sind diejenigen politischen Gesinnungen und Bestrebungen gemeint, die die Demokratie bekämpfen und ihre fundamentalen Werte Freiheit und Gleichheit ablehnen. Rechtsextremismus ist der Teil des rechten Spektrums, der außerhalb des verfassungskonformen Bereichs liegt. Er ist mit seinen Denkmustern, dem Bekenntnis zu einer rechtsautoritären Diktatur und den in seinem Namen begangenen Verbrechen eine besondere Gefahr für Demokratie und Menschenwürde.

Viele Rechtsextreme lehnen das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland offen ab. Auf der von Neonazis betriebenen Website des „Nationalen Info Telefons Rheinland" hieß es am 20. April 2006: *„Wir lehnen dieses System mit all seinen kranken, gegen das eigene Volk gerichteten Auswüchsen ab. Wir wollen dieses asoziale System nicht reformieren, sondern abschaffen und ersetzen."*

Der Demokratie gegenüber steht die autoritäre Diktatur mit einer nicht legitimierten herrschenden Elite, in der Widerspruch verboten und Herrschaft und Verwaltung willkürlich sind. Im Grundgesetz der Bundesrepublik ist die Achtung der Würde des Menschen in Artikel 1 verankert. Im Parteiprogramm der NPD heißt es dagegen: *„Volkstum und Kultur sind die Grundlagen für die Würde des Menschen".* Das würde bedeuten, dass Würde nicht mehr jedem Menschen zugesprochen wird, sondern nur denen, die zu einem bestimmten Volk gehören – wobei diese Zugehörigkeit nach den Kriterien der Rechtsextremen festgelegt würde.

Grundlage des rechtsextremen Weltbildes ist die Vorstellung von der Ungleichwertigkeit der Menschen. Rechtsextreme lehnen den Anspruch auf gleiche Rechte für alle Menschen und damit die universellen Freiheits- und Gleichheitsrechte ab. Somit stehen rechtsextreme Bestrebungen im Widerspruch zu dem in Artikel 3 des Grundgesetzes verbrieften Gleichheitsgebot, einem Fundamentalprinzip der Demokratie. Die Werte der Aufklärung und die damit einhergehenden zivilisatorischen Fortschritte verachten Rechtsextreme.

Damit verbunden sind ein ideologisch begründeter Rassismus und die Idee der Volksgemeinschaft, in der eine homogene Bevölkerung zu einem Kollektiv verschmilzt. Eine Vielfalt in unserer Gesellschaft, in der jeder nach seiner Façon glücklich werden darf, und eine Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger gibt es nach dieser Vorstellung nicht mehr. Rechtsextreme fordern den Kollektivismus. Damit hat die Gemeinschaft einseitig Vorrang vor dem Einzelnen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich dem Staat unterordnen und haben keine individuellen Persönlichkeitsrechte mehr – sie sind demnach nur noch Untertanen. Der rigorose Nationalismus der Rechtsextremen beinhaltet außenpolitisch ein rücksichtsloses und überhebliches Verhalten, das die friedliche Nachbarschaft in Europa beenden würde.

Grundgesetz Art. 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

Menschenwürde und Demokratie im Grundgesetz

Die Bedeutung der Menschenwürde – Das Individuum steht im Mittelpunkt

Der Menschenwürde liegt die Vorstellung zugrunde, dass jeder Mensch einen Wert an sich hat, der nicht angetastet werden darf. Dieser Wert ist absolut. Er muss durch nichts verdient werden und wird durch nichts relativiert. Behinderte besitzen die gleiche Menschenwürde wie nicht Behinderte, Frauen wie Männer, Ausländer wie Deutsche, Christen wie Muslime, Juden wie Atheisten, Kranke wie Gesunde, Kinder wie Erwachsene, Blauäugige wie Braunäugige etc. Achtung der Menschenwürde bedeutet damit, dass es keine Menschen „zweiter Klasse" oder gar „unwertes" Leben gibt.

Die Idee der Menschenwürde hat eine lange Tradition. Sie geht sowohl auf das christlich-jüdische Menschenbild zurück, wonach der Mensch nach Gottes Ebenbild geschaffen ist und deshalb alle den gleichen Wert besitzen, als auch auf die Ideen der Aufklärung, in der die Freiheit und Gleichheit des Menschen Grundpfeiler sind. Der große Philosoph der Aufklärung, Immanuel Kant, drückt dies Ende des 18. Jahrhunderts mit den Worten aus, dass der Mensch ein „Zweck an sich" und niemals „Mittel zum Zweck" sei. Daraus ergeben sich für unser Zusammenleben folgende Prinzipien:

1. Die Achtung vor dem Anderen
2. Die Anerkennung des Existenzrechtes des Anderen
3. Die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen

Übrigens handelt es sich bei der Menschenwürde keineswegs um eine Idee, die nur im „Westen" Verbreitung fand, auch große Weltreligionen vertreten diese Vorstellung.

Im Grundgesetz ist die Achtung der Menschenwürde Leitlinie allen staatlichen Handelns. Sofort im ersten Artikel steht dort: *„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."* Mit der Achtung und dem Schutz der Menschenwürde wird im Grundgesetz das Individuum in den Mittelpunkt des Staatsverständnisses gestellt und nicht irgendwelche Kollektive wie Volk oder Nation. Das war 1949 von den Verfassungsmüttern und -vätern eine gewollte Abkehr von den Prinzipien des Nationalsozialismus, bei dem der Einzelne nichts galt – nach dem Motto „Du bist nichts, Dein Volk ist alles!"

Die Menschenwürde ist also der zentrale Wert unseres Grundgesetzes, aus dem sich dann die einzelnen Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Gleichheit aller vor dem Gesetz, Versammlungsfreiheit, Berufsfreiheit, Religionsfreiheit etc. ableiten. Unser Staat erhält seine Legitimation dadurch, dass er die Achtung der Menschenwürde gewährleistet. Da es schwierig ist, die Menschenwürde zu konkretisieren, hat das Bundesverfassungsgericht die sogenannte Objektformel geprägt, in der es zumindest bestimmt, wann die Menschenwürde verletzt wird:

„Mit der Menschenwürde als oberstem Wert des Grundgesetzes und tragendem Konstitutionsprinzip ist der soziale Wert- und Achtungsanspruch des Menschen verbunden, der es verbietet, ihn zu einem bloßen Objekt des Staates zu machen oder ihn einer Handlung auszusetzen, die seine Subjektqualität in Frage stellt."

Mit dieser Formel hat das Bundesverfassungsgericht offensichtlich auf die Gedanken Kants zurückgegriffen.

Kritik als ein Bestandteil von Demokratie – Warum Demokratie Kritik verträgt

Unser Grundgesetz betont neben der Achtung der Menschenwürde die Demokratie als zentrales Herrschaftsprinzip, das auch gegen ihre Gegner verteidigt werden soll. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei 1952 diese freiheitlich demokratische Grundordnung präzisiert:

„Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die

Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition."

„Herrschaftsordnung" bedeutet dabei, dass in einer demokratischen Gesellschaft immer auch Herrschaft ausgeübt wird. Die Verunglimpfung von Demokratie als „nicht lebensfähig", weil sie sich nicht durchsetzen könne, ist also unangebracht. Jedoch muss die „Herrschaft" immer durch Kritik und Konsens legitimiert sein – und dies auf strikter Grundlage von Freiheit und Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger. In autoritären Herrschaftsstrukturen dagegen geben die Herrschenden vor, gegenüber den Untertanen bevorrechtigt zu sein, z. B. aufgrund besonderen Wissens, besonderer moralischer Eigenschaften, besonderer Herkunft o. ä. Kritik an dieser elitären Selbsteinschätzung ist dabei absolut untersagt.

In der Politik geht es darum, das Zusammenleben in einer Gesellschaft mit all seinen Konflikten zu regeln. Demokratische Politik berücksichtigt dabei die Achtung der Menschenwürde und ermöglicht die Teilhabe aller in Freiheit und Gleichheit bei der Konfliktregelung. Häufig wird Demokratie ausschließlich auf die Herrschaft im Staat bezogen, die vom Volk durch Wahlen auf Zeit zu legitimieren ist. Jedoch hat der Einzelne darüber hinaus in einer Demokratie vielfältige Möglichkeiten, sich über Parteien, Verbände, Bürgerinitiativen, etc. an der Politik zu beteiligen oder aber über direktes Engagement, wie Demonstrationen, Petitionen, Unterschriftensammlungen. Trotzdem ist die Demokratie kein perfektes Herrschaftssystem. Der frühere britische Premierminister Winston Churchill hat das in einem berühmten Ausspruch verdeutlicht: *„Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind."* Kritik an der Demokratie ist durchaus erlaubt und sogar ein Bestandteil von ihr. Damit unterscheidet die Demokratie sich fundamental von der Diktatur, die jeglichen Widerspruch und jegliche Form von Mitbestimmung unterbindet. Die Diktatur organisiert die Begeisterung, die Demokratie dagegen die Kritik!

Demokratie kann also in Theorie und Praxis immer noch verbessert werden und jeder Einzelne ist dazu aufgerufen, seinen Teil beizutragen. Dabei findet dieser Verbesserungsprozess nie ein Ende. Denn wo jeder seine eigene Meinung haben darf, ändern sich auch immer wieder die Meinungen darüber, wie die bestmögliche Demokratie auszusehen habe – allein schon durch die Generationenfolgen.

Demokratie als Gesellschaftsform – Warum Demokratie alle angeht

Demokratie bezieht sich allerdings nicht nur auf staatliche Herrschaft, die das Zusammenleben eines Volkes regelt, sondern ebenso auf andere Gemeinschaften, deren Regeln die Menschen selbst bestimmen, z. B. durch Abstimmungen oder Wahlen. Demokratie beginnt bereits in der Familie, wenn Eltern und Kinder sich gegenseitig respektieren, gemeinsame Angelegenheiten miteinander besprechen und zusammen nach Lösungen suchen, um schließlich gemeinsam Entscheidungen zu treffen.

Demokratie als Gesellschaftsform geschieht auch in Vereinen, in denen die Mitglieder ihren Vorstand für eine begrenzte Zeit wählen, damit er Regelungen für das Zusammenleben bestimmt. Je nachdem, ob die Mitglieder mit der Tätigkeit des Vorstands zufrieden sind, wird der Vorstand wiedergewählt oder eben nicht. Demokratie geschieht auch in Betrieben. Sofern es einen Konflikt um einen neuen Tarifvertrag gibt, entscheiden die Gewerkschaftsmitglieder in einer Urabstimmung, ob sie zur Durchsetzung ihrer Interessen in den Streik treten. Demokratie hat übrigens auch in Schulen ihren Platz. Es gibt Schülervertretungen, welche für die Interessen der Schülerschaft eintreten. Oder aber eine Schülerschaft erstellt selbst Regeln für das Zusammenleben in der Schule. Zum Beispiel ergaben sich im Alltag einer Berliner Schule Probleme, weil die Schülerschaft aus vielen Nationalitäten bestand und es auf dem Schulhof sprachliche Verständigungsschwierigkeiten gab. Die Schülerinnen und Schüler diskutierten das Problem und stimmten schließlich gemeinsam dafür, an der Schule nur noch Deutsch zu sprechen.

Demokratie als Lebensform – Was Demokratie vom Einzelnen verlangt

Wenn sich an der Regelung ihres Zusammenlebens alle Betroffenen als Freie und Gleiche beteiligen können, verlangt dies auch dem Einzelnen einiges ab. Insofern ist Demokratie auch eine Lebensform. Sie setzt eine bestimmte Haltung des Einzelnen voraus. Zunächst geht es darum, den anderen anzuerkennen und ihm die gleichen Rechte wie sich selbst zuzugestehen. Das bedeutet auch, sich andere Meinungen und Interessen anzuhören und zu tolerieren, auch wenn man sie nicht teilt. Denn zu der Frage, wie das Zusammenleben geregelt werden soll, gibt es keine Antworten mit absolutem Wahrheitsanspruch. Ihre Grenze findet die Toleranz gegenüber der Intoleranz. Wer dem anderen die Anerkennung und gleichberechtigte Mitsprache verweigert, kann nicht seinerseits auf Mitspracherechte pochen.

Demokratie ist somit auf ein spezifisches Können ihrer Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Dieses besteht auch darin, seine eigenen Interessen zu erkennen und anderen mitzuteilen. Da in einer Demokratie jedoch jeder andere Interessen haben kann und darf, sollte man, wenn es um Angelegenheiten geht, die nicht nur einen selbst betreffen, ferner auch die Sichtweisen von anderen anerkennen, diese diskutieren und nach Abgleich mit der eigenen Position zu einem tragfähigen Kompromiss zusammenführen können.

Weiterhin ist Demokratie auf die Bereitschaft des Einzelnen angewiesen, sich daran zu beteiligen. Denn ohne Engagement stirbt die Demokratie. Demokratische Gesinnung zeichnet sich deshalb durch ein Mindestmaß an Interesse für die Belange des Zusammenlebens aus. In diesem Sinne verlangt Demokratie, mit dem Sozialphilosophen Theodor W. Adorno gesprochen, eine *„Gesellschaft von Mündigen"*.

Stationen der deutschen Demokratie

Freiheit, Demokratie und die Achtung der Bürger- und Menschenrechte als Grundlage für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft gab es nicht schon immer. Sie wurden oft mühsam erkämpft. Der Einsatz für die Demokratie reicht vom Widerstand gegen Diktatur bis hin zu den vielfältigen Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen.

1848/1849
Die **Frankfurter Nationalversammlung,** die vom 18. Mai 1848 bis zum 31. Mai 1849 in der Frankfurter Paulskirche tagte, war das erste frei gewählte Parlament für ganz Deutschland. Ihr Zustandekommen war Bestandteil und Ergebnis der Märzrevolution in den Staaten des Deutschen Bundes.

19. Januar 1919
Vertreterinnen der Frauenbewegung hatten bereits Mitte des 19. Jahrhunderts das **Frauenwahlrecht** gefordert. Nach jahrzehntelangem Einsatz errangen die Frauen in der Weimarer Republik erstmals das Wahlrecht in Deutschland.

6. Februar 1919
Die vom Volk gewählten Vertreter treten in der **Nationalversammlung in Weimar** zusammen. Am 11. Februar 1919 wählte die Nationalversammlung den bisherigen Reichskanzler Friedrich Ebert (SPD) zum vorläufigen Reichspräsidenten.

Unter Einsatz ihres Lebens leistete die Gruppe der Weißen Rose um die Geschwister Hans und Sophie Scholl wie einige andere in dieser Zeit **Widerstand im Dritten Reich** und setzte sich gegen das menschenverachtende nationalsozialistische Regime ein.

23. Mai 1949
Das **Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland** als rechtliche und politische Grundordnung (Verfassung) des deutschen Staates tritt in Kraft. Erarbeitet hat es der Parlamentarische Rat von September 1948 bis Mai 1949.

14. November 1952
Das **Betriebsverfassungsgesetz** tritt in Kraft. Die Betriebsverfassung ist die grundlegende Ordnung der Zusammenarbeit von Arbeitgebern und der von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gewählten betrieblichen Interessenvertretung.

17. Juni 1953
Arbeiter und Arbeiterinnen demonstrieren während des **Arbeiteraufstands in der DDR** gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen, wobei der Protest politische Forderungen aufgreift und letztlich mit Gewalt niedergeschlagen wird.

Ende der 1960er
Die **68er-Bewegung** wurde vor allem von Studierenden geprägt. Sie setzten sich für mehr Freiheiten und für die Gleichstellung von Minderheiten ein.

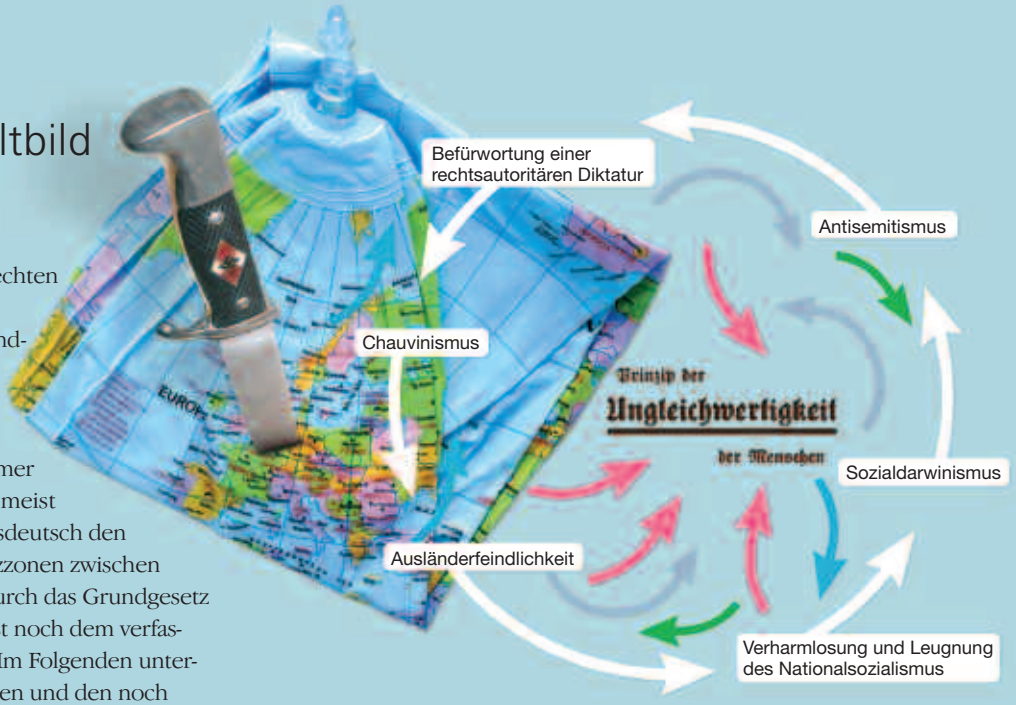
13. Dezember 1977
Das **Schulmitwirkungsgesetz** in Nordrhein-Westfalen wird als Meilenstein des Kampfes um die Schülermitwirkung verabschiedet. Es sichert den Schülerinnen und Schülern das Recht zu, Schülervertretungen zu bilden und sich mit diesen in der Schulkonferenz mit Stimmrecht einzubringen.

1980er
Massendemonstrationen der Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss, dass heißt gegen die zusätzliche Stationierung von Waffen.

9. November 1989
Die Bürgerinnen und Bürger der DDR erreichen den **gewaltfreien Umsturz des undemokratischen Systems der DDR** und den Fall der Mauer in Berlin.

Dezember 1992 und Januar 1993
In Deutschland beteiligen sich über eine Millionen Menschen an **Lichterketten gegen Rechtsextremismus,** um nach dem Brandanschlag in Mölln ein Zeichen für Toleranz und Menschlichkeit zu setzen. In Nordrhein-Westfalen bilden am Neujahrstag 1993 über 300 000 Menschen in Essen, am 9. Januar 40 000 in Köln und am 30. Januar 120 000 Menschen in Düsseldorf Lichterketten gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt.

Das rechtsextreme Weltbild



Mit Rechtsextremismus wird der Teil des rechten Spektrums bezeichnet, der außerhalb des durch die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes definierten verfassungskonformen Bereichs liegt. Die Grenzlinie zwischen noch verfassungskonform und Extremismus ist jedoch nicht immer leicht zu bestimmen. Der Übergang ist zumeist fließend. Zu diesem Zweck kennt das Amtsdeutsch den Begriff Radikalismus. Er markiert die Grenzzonen zwischen Extremismus und dem demokratischen, durch das Grundgesetz geschützten Bereich. Rechtsradikalismus ist noch dem verfassungskonformen Spektrum zuzurechnen. Im Folgenden unterscheiden wir daher zwischen rechtsextremen und den noch verfassungskonformen rechtsgerichteten (rechtsradikalen) Aktivitäten und Organisationen.

Das Weltbild Rechtsextremer setzt sich, wie jedes Weltbild, aus mehreren Ideologieelementen zusammen. Wenn eine Person alle Ideologieelemente teilt, besitzt sie ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Teilt die Person jedoch nur einzelne Elemente dieses Weltbilds, spricht man bei ihr von einer Nähe (Affinität) zum Rechtsextremismus, die nach Stärke und Inhalt variieren kann.

Was zeichnet die rechtsextreme Ideologie aus? – Eine Definition

In der Rechtsextremismusforschung wird diskutiert, welche Ideologieelemente unbedingt zu einem rechtsextremen Weltbild gehören. Dass das Weltbild letztlich nicht abschließend zu bestimmen ist, lässt sich, neben den unterschiedlichen Auffassungen in der Wissenschaft, auf zwei Ursachen zurückführen. Erstens weist Rechtsextremismus als internationales Phänomen national unterschiedliche Ausprägungen auf. Zum Beispiel gilt die belgische Partei „Vlaams Belang“ als rechtsextrem, obwohl sie sich ausdrücklich vom Antisemitismus distanziert. Zweitens verändert sich das rechtsextreme Weltbild im Laufe der Zeit. Lange Zeit gehörte etwa der Antikommunismus zum ideologischen Kernbestand. Nachdem allerdings um das Jahr 1990 der Kommunismus in Osteuropa zusammenbrach, verlor dieser Teil des rechtsextremen Weltbildes weitgehend seine Bedeutung.

Rechtsextremismusforscher einigten sich auf folgende Definition: *„Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich in der Neigung zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Sie sind gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“*

Rechtsautoritäre Diktatur – Der Abschied von Demokratie und Menschenwürde

Wer diese Position teilt, lehnt zugleich mehrere konstitutive Elemente demokratischer Herrschaft ab. Nach der Vorstellung der rechtsautoritären Diktatur soll über das Volk regiert werden, aber das Volk hat dabei keine Mitsprache. Dazu gehört auch, die Gleichförmigkeit der Gesellschaft zu erzwingen und Interessengegensätzen ihre Berechtigung abzusprechen. Deswegen geht es nicht darum, widerstrebende Interessen durch Diskussion und Kompromiss auszuhandeln, sondern ein vermeintliches gemeinsames Interesse durchzusetzen. Bei der Wahl der Mittel nimmt die Diktatur keine Rücksicht auf die Achtung der Menschenwürde und die daraus abgeleiteten Menschenrechte, denn das Kollektiv hat stets Vorrang. Legitimiert wird diese diktatorische Herrschaft nicht durch Wahlen, sondern durch eine Idee, wie „die Rasse“ oder „die Nation“, die absolut gesetzt und für nicht verhandelbar erklärt wird. Umgesetzt werden soll dies durch eine Einparteienherrschaft, an deren Spitze ein Führer steht, der niemandem Rechenschaft schuldig ist.

Vertreterinnen und Vertreter einer solchen Position stimmen beispielsweise folgenden Aussagen zu: a) Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert. b) Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.

Chauvinismus – Die eigene Nation als allen anderen überlegen

Unter Chauvinismus wird ein aggressiver Nationalismus verstanden, der keine Rücksicht auf die Demokratie nimmt. Dabei wird die eigene Nation als anderen Nationen überlegen gesehen. Ein übersteigertes nationales Selbstbewusstsein korrespondiert also mit einer Abwertung anderer Länder. Während bei der Volksgemeinschaft ein vorgeblich gemeinsames Interesse ohne Rücksicht auf die Achtung der Menschenwürde nach innen durchgesetzt wird, geht es beim Chauvinismus um die Idee eines nationalen Interesses nach außen. Dieses gelte es gegenüber anderen Ländern durchzusetzen, wobei Konflikt und nicht Kompromiss das Handeln bestimmen sollte, was auch gewaltsame Auseinandersetzungen mit einschließt.

Wer diese Position teilt, befürwortet etwa die Aussagen: a) Deutschland sollte aufgrund seiner Stärke vor allen anderen Nationen der Welt stehen. b) Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.

Ausländerfeindlichkeit – Ablehnung einer heterogenen Gesellschaft

Darunter werden feindselige Einstellungen gegenüber Migrantinnen und Migranten erfasst. Diese Vorurteile basieren zum einen auf der Ablehnung einer heterogenen und der Befürwortung einer homogenen Gesellschaft. Zum anderen liegt ihnen der Gedanke von geschlossenen, unabänderlichen kollektiven Identitäten zugrunde, die auf dem Nationalismus aufbauen: „Wir Deutsche" und „die Ausländer". Ausländerfeindlichkeit findet in verschiedenen Ausprägungen statt. Der **biologische Rassismus** behauptet, dass das Volk über Blutsbande verbunden sei. Insofern würden neu hinzukommende Ausländer diese Blutsbande zerstören. Diese Auffassung drückt sich in der Aussage aus: *„Die Deutschen sterben aus."* Es wird von der Existenz von Rassen und von einer Höherwertigkeit der eigenen Rasse ausgegangen. Beim **kulturellen Nationalismus** steht der Gedanke im Mittelpunkt, dass sich unterschiedliche nationale Kulturen, die jeweils als unabänderlich betrachtet werden, unvereinbar gegenüberstehen. Deswegen müsse man die eigene Kultur – wenn nötig auch aggressiv – verteidigen. Die **anthropologische Fremdenfeindlichkeit** geht von einer „natürlichen Ordnung" aus, wonach das Fremde stets eine Gefahr darstelle und man sich gegen Gefahren wehren müsse. Häufig wird dabei das Fremde sogar mit dem Feind gleichgesetzt. Die feindselige Einstellung gegenüber Ausländern äußert sich unter anderem in der Unterstellung von negativen Attributen und in der Vorenthaltung von Rechten und kann bis zur Ausübung von Gewalt reichen.

Beispielhafte Aussagen, die auf Ausländerfeindlichkeit schließen lassen, sind: a) Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen. b) Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Antisemitismus – Feindselige Einstellungen gegenüber Juden

Antisemitismus ist der Sammelbegriff für feindselige Einstellungen gegenüber Juden. Antisemitismus reicht bis ins frühe Christentum zurück. Ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts kamen rassistische und kulturanthropologische Begründungsmuster auf, die den religiösen Antisemitismus weitgehend ablösten. Antisemiten sehen Juden als minderwertig, aber auch als Bedrohung an, weswegen die Juden Feinde seien, die man bekämpfen müsse. In mancherlei Hinsicht ähneln antisemitische Ressentiments deshalb der Ausländerfeindlichkeit. Dies gilt ebenfalls für die Handlungsebene. Denn Antisemiten unterstellen Juden negative Attribute, womit sie zum Teil sogar Gewalt legitimieren. Bemerkenswert ist seit einigen Jahren in Deutschland ein sogenannter sekundärer Antisemitismus: Dieser nimmt erstaunlicherweise den Holocaust zum Anlass für antisemitische Ressentiments. Demnach würden „die Juden" Auschwitz instrumentalisieren („Auschwitzkeule"), um den Deutschen ein schlechtes Gewissen zu machen. Damit wollten sie einerseits Geld verdienen und andererseits Deutschland niederhalten. Dieser Ansicht nach sind Juden selbst Schuld daran, wenn ihnen in Deutschland Ablehnung entgegenschlägt.

Antisemiten erheben zum Beispiel diese beiden Vorwürfe: a) Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen. b) Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich, sie passen nicht so recht zu uns.

Sozialdarwinismus – Unterscheidung zwischen „wertvollem" und „unwertem" Leben

Beim Sozialdarwinismus wird die Gesellschaft, wie beim Rassismus, biologisch verstanden. Dabei beziehen Sozialdarwinisten sich auf Charles Darwin (1809–1882). Dieser entwickelte die Theorie, dass die Mitglieder einer Art überleben, die am besten an die Umweltbedingungen angepasst sind. Mit seinem berühmten Ausspruch *„survival of the fittest"* bezog er sich auf die Auslese in der Natur, welche über die Anpassungsleistung des Einzelnen erfolge. Der Sozialdarwinismus verfälscht diesen Gedanken, indem er den Ausspruch als „Überleben der Stärksten" auslegt und damit meint, dass eine Art (Spezies) nur überleben könne, wenn die Stärksten überleben. Diese Annahme überträgt der Sozialdarwinismus nun auf die menschliche Gesellschaft und spricht damit „schwachen" Mitgliedern die Existenzberechtigung ab, weil sie die eigene Spezies am Überleben hinderten. Folglich trifft dieses Gesellschaftsverständnis eine Unterscheidung von wertvollem und unwertem Leben.

Sozialdarwinisten bejahen zum Beispiel die beiden Aussagen: a) Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen. b) Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Die Verharmlosung und Leugnung der Verbrechen der Nationalsozialisten

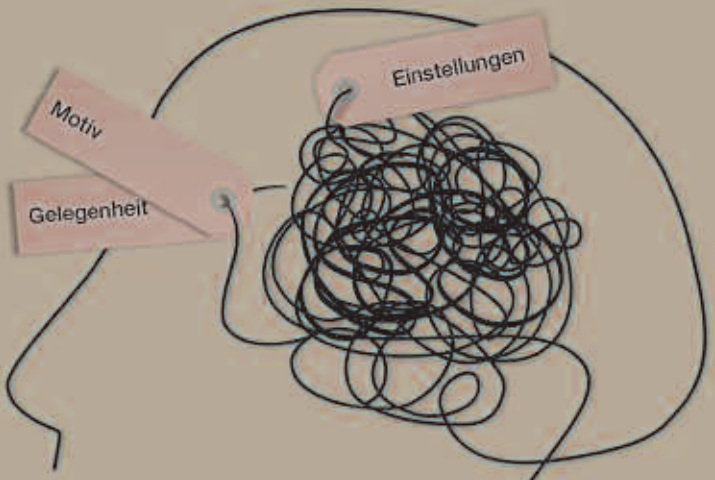
Dieses Element des rechtsextremen Weltbildes ist in Deutschland ein besonders sensibles Thema. Einige Rechtsextremisten leugnen gar den Holocaust, bedeutender sind allerdings die Versuche, die NS-Verbrechen nicht zu bestreiten, sondern zu relativieren und damit zu verharmlosen. Dies bezieht sich neben dem Holocaust auf die Kriegsschuld und Kriegsverbrechen sowie auf die menschenverachtende Diktatur. Die Verharmlosung geschieht durch eine Gleichsetzung der nationalsozialistischen Verbrechen mit Verbrechen anderer Staaten (z. B. des Holocausts mit anderen Völkermorden in der Geschichte), durch Bagatellisierung der Verbrechen, durch Verweis auf Ursachen, die nicht vom Nationalsozialismus zu verantworten seien und schließlich durch Hervorheben von „guten Seiten" des Regimes, ohne die Missachtung von Demokratie und Menschenwürde zu berücksichtigen.

Diese Einstellung spiegelt sich zum Beispiel in den folgenden zwei Aussagen wider: a) Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden. b) Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Gegenüberstellung von rechtsextremem und demokratischem Weltbild

	Rechtsextremes Weltbild	Demokratisches Weltbild
Führung	Führung legitimiert sich selbst als Vollstrecker eines angeblichen Volkswillens.	Volk wählt Abgeordnete auf Zeit
Entscheidungsfindung	Eine Elite bestimmt durch Diktatur.	Diskussion, Konsenssuche und Abstimmung – Jeder kann sich einmischen.
Parteien	Einheitspartei	Mehrere Parteien
Gesellschaftliche Organisationen	Die Einheitspartei steuert alle gesellschaftlichen Organisationen.	Gesellschaft organisiert sich selbst in vielfältigen Vereinen, Initiativen etc.
Parlamentarismus	Ort der Unterstützung für die Diktatur	Ort der Diskussion um beste Politik
Justiz	Politik bestimmt Rechtsprechung	Unabhängige Rechtsprechung
Menschenbild	Der Volkswillen wird ohne Rücksicht auf Individualrechte festgelegt.	Menschenwürde und gleiches Recht für alle
Gesellschaft	Volksgemeinschaft: Wer von der Norm der Ideologie abweicht (Farbige, Schwule, Behinderte, Juden etc.), gehört nicht dazu, wird diskriminiert und gegen den darf, wenn nötig, mit Gewalt vorgegangen werden.	Offene Bürgergesellschaft: Jeder Mensch hat einen Wert an sich und kann seine Persönlichkeit frei entfalten, sofern er dadurch die Freiheit des anderen nicht einschränkt.
Bürger	Der Bürger hat sich unterzuordnen.	Der Bürger kann und soll sich durch Wahlen, Abstimmungen und politisches Engagement einmischen.
Frauenbild	Frauen haben in erster Linie den Mann zu unterstützen und die Kinder großzuziehen.	Frauen entscheiden selbst über ihre Rolle.
Grundrechte	Eine Elite entscheidet, welche Freiheiten gewährt werden.	Durch das Menschsein besitzt jeder unveräußerliche Grundrechte.
Meinungsfreiheit	Überwachung der politischen Gesinnung – Meinungsdiktatur	Meinungsfreiheit und öffentliche Diskussionen
Presse	Zensur und keine freie Presse	Pressefreiheit und Kontrolle der Mächtigen
Minderheiten	Minderheiten werden verfolgt.	Schutz der Minderheiten durch Grundrechte

Rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen



Wählen einer rechtsextremen Partei

Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Organisation

Politische Aktivitäten im rechtsextremen Milieu

Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund

Ein rechtsextremes Weltbild kann einen Menschen in unterschiedlicher Weise beeinflussen. Üblicherweise unterscheiden die Forscher/-innen dabei zwischen rechtsextremen Einstellungen und Verhalten. Diese Unterscheidung bezeichnen sie auch als latenten (im Denken) und manifesten (im Handeln) Rechtsextremismus. Dabei gehen die Einstellungen dem Verhalten voraus. Einstellungen regulieren die Wahrnehmung der Wirklichkeit. Wer beispielsweise von einer Straftat eines Ausländers hört und fremdenfeindlich eingestellt ist, verallgemeinert diese Information auf alle Fremden und könnte zu dem Ergebnis kommen: Die Ausländer sind allesamt Kriminelle. Diese durch Einstellungen gesteuerte Wirklichkeitswahrnehmung ist deshalb wichtig, weil jeder Mensch so handelt, wie er die Wirklichkeit wahrnimmt. Insofern sind die Einstellungen die Grundlage für das Verhalten. Grundlage heißt aber auch, dass rechtsextreme Einstellungen zwar eine Bedingung für rechtsextremes Verhalten sind, gleichwohl sich nicht jeder mit rechtsextremen Einstellungen auch rechtsextrem verhält. Neben den Einstellungen müssen Motiv und Gelegenheit vorliegen. Personen mit rechtsextremen Einstellungen, die in einem demokratisch gefestigten Umfeld leben, werden eher nicht durch rechtsextreme Handlungen auffallen. Zudem ist nur ein Teil der Bürgerinnen und Bürger politisch aktiv. Deswegen verwundert es nicht, dass rechtsextreme Einstellungen wesentlich verbreiteter sind als rechtsextremes Verhalten. Allerdings fallen einige Personen auch durch rechtsextreme Handlungen – wie das Wählen von rechtsextremen und rechten Parteien – auf, ohne dass sie rechtsextreme Einstellungen besitzen. Dabei handelt es sich um ein Protestverhalten, um zum Beispiel die Unzufriedenheit mit der Politik der etablierten Parteien auszudrücken und die Öffentlichkeit zu schockieren.

Wie tief sind rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft verankert?

Wie hoch der Anteil von Bürgerinnen und Bürgern mit rechtsextremen Einstellungen eingeschätzt wird, hängt auch davon ab, ab wann man bestimmte Einstellungen als rechtsextrem einstuft. Deswegen weisen die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen zum Teil erhebliche Unterschiede auf. Die erste große Studie dazu erstellte das Sinus-Institut 1981 im Auftrag der Bundesregierung. Sie kam zu dem Ergebnis, dass rund 13 Prozent der repräsentativ Befragten ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild aufweisen, ein Weltbild also, das alle wesentlichen rechtsextremen Ideologieelemente aufweist. Eine repräsentative Erhebung im Jahr 2003 durch Forsa im Auftrag einer Forschergruppe am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin ermittelte 16 Prozent mit rechtsextremen Einstellungen in Deutschland und 10 Prozent in Nordrhein-Westfalen. Diese Untersuchung zeigt auch auf, dass rechtsextreme Einstellungen bei Frauen ungefähr so häufig anzutreffen sind wie bei Männern. Dagegen ist manifester Rechtsextremismus eine Männerdomäne. Die Jüngeren im Alter von 16 bis 24 Jahren waren bei rechtsextremen Einstellungen, bezogen auf ganz Deutschland, mit zwölf Prozent unterdurchschnittlich vertreten. Bei rechtsextremen Aktivitäten stechen die Jüngeren jedoch wieder hervor. In Nordrhein-Westfalen hatte das Jugendministerium des Landes im Jahr 2000 eine Untersuchung zu politischen Einstellungen von 14- bis 29-Jährigen durchführen lassen. Danach besitzen 10 Prozent der Befragten rechtsextreme Einstellungen.

Wie verbreitet Einstellungen zu den im rechtsextremen Weltbild angeführten sechs Ideologieelementen sind, haben die Forscher Elmar Brähler und Oliver Decker zuletzt 2006 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung untersucht. Anhand eines Fragenkatalogs wurde die Zustimmung zu bestimmten einschlägigen Aussagen gemessen. Die überwiegende und die totale Zustimmung (Ankreuzen der letzten beiden Antworten einer 5-er oder 7-er Skala) wurden als Befürwortung aufgefasst. Dabei zeigten sich bundesweit *(und in Nordrhein-Westfalen)* folgende Ergebnisse:

– Eine rechtsautoritäre Diktatur befürworten 4,8 Prozent *(2,7 Prozent)*.
– Chauvinismus befürworten 19,3 Prozent *(22,1 Prozent)*.
– Ausländerfeindlichkeit befürworten 26,7 Prozent *(24,5 Prozent)*.
– Antisemitismus befürworten 8,4 Prozent *(10,4 Prozent)*.
– Sozialdarwinismus befürworten 4,5 Prozent *(4,7 Prozent)*.
– Verharmlosung des Nationalsozialismus befürworten 4,1 Prozent *(4,2 Prozent)*.

Da die Forscher diese Erhebung auch schon 2002 und 2004 durchführten und zu ähnlichen Ergebnissen kamen, kann man daraus schließen, dass diese Einstellungen über die Jahre relativ stabil sind. Allein die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur hat deutlich abgenommen. Dagegen verbleiben chauvinistische und ausländerfeindliche Einstellungen auf einem konstant hohen Niveau.

Rechtsextremes Handeln – Wie äußern sich rechtsextreme Einstellungen?

Die Forschung schlüsselt das Verhalten üblicherweise in verschiedene Handlungen auf, die man als Rangfolge darstellt, wobei ein zunehmendes Engagement unterstellt wird:

1. Wählen einer rechtsextremen oder rechtsgerichteten Partei,
2. Mitgliedschaften in rechtsextremen und rechtsgerichteten Organisationen,
3. politische Aktivitäten im rechtsextremen Milieu,
4. Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund.

Die erste Handlungsebene – Wählen einer rechtsextremen oder rechtsgerichteten Partei

Wählen einer rechtsextremen oder rechtsgerichteten Partei ist die erste Handlungsebene. Hier findet noch am ehesten Protestverhalten statt, ohne dass dieses zwangsläufig einen rechtsextremen Hintergrund haben muss. Die Übergänge sind allerdings fließend. Besonders schwierig ist die Einschätzung bei rechtspopulistischen Parteien, die in einer Grau(Braun)-zone zwischen Rechtsextremismus und demokratischem Spektrum agieren, wie in Hamburg die Schill-Partei. Bei den Bundestags- und Europawahlen haben die rechtsextremen Parteien NPD,

DVU und die rechtsgerichteten Republikaner seit der Wiedervereinigung zusammen nie 5 Prozent erreicht – maximal gewannen sie 4,1 Prozent, bei der Europawahl 1994. Bei Landtagswahlen hingegen schafften sogar die einzelnen Parteien mehrfach die Überwindung der 5-Prozent-Hürde und damit den Einzug in den Landtag. In Nordrhein-Westfalen gelang dies jedoch bislang nicht. Ferner gewannen rechtsextreme und rechtsgerichtete Parteien immer wieder bei Kommunalwahlen Mandate. Bei der Kommunalwahl 2004 in Nordrhein-Westfalen errangen sie zusammen 35 Mandate. Da auf dieser Ebene keine Sperrklauseln gelten, konnten sie bereits mit wenigen Prozentpunkten Sitze in den kommunalen Parlamenten erringen. Mit der Frage nach der Wahlbereitschaft für rechtsextreme Parteien wird deren Wählerpotenzial ermittelt, dies zeigt an, wie viele Menschen eine gewisse Akzeptanz gegenüber den Positionen dieser Parteien haben. Der Forschergruppe des Otto-Suhr-Instituts (2003) zufolge würden 9 Prozent der Befragten in Deutschland und 8 Prozent in Nordrhein-Westfalen rechtsextreme Parteien wählen.

Die zweite Handlungsebene – Mitgliedschaft in rechtsextremen Organisationen

Eine Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Organisation signalisiert eine dauerhafte, stabile Bindung und Zustimmung zu den in der Organisation vertretenen Positionen. Während diese Mitgliedschaften bei den Parteien noch relativ leicht zu ermitteln sind, stellt sich dies in der subkulturellen rechtsextremen Jugendszene anders dar. Diese ist ausdrücklich informell organisiert – auch um staatliche Repressionsmaßnahmen zu erschweren. Insofern sind die Angaben der statistischen Erhebung als Trendangaben zu verstehen. Im letzten Jahrzehnt hat sich die Anzahl der Mitglieder des gesamten bundesweiten rechten Spektrums auf 40 000 Mitglieder eingependelt. Dabei gab es allerdings Verschiebungen zwischen den Organisationen. Die DVU hatte beispielsweise erhebliche Verluste zu verzeichnen, während Neonazis und rechte Skinheads einen Zulauf feststellen konnten. Außerdem nimmt die Anzahl der radikaleren Mitglieder zu und die der gemäßigteren ab. Ähnlich verlief die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Die Anzahl liegt hier bei rund 4 900 Mitgliedern. Innerhalb des rechten Spektrums gab es eine Kräfteverschiebung zugunsten der subkulturellen Szene.

Die dritte Handlungsebene – Politische Aktivitäten im rechtsextremen Milieu

Mit politischen Aktivitäten ist jedwede Aktivität gemeint, ob Demonstrationen, Organisation von Infoständen, Betreiben einer Website, Vorsitz eines Kreisverbandes, Schreiben von Leserbriefen oder ähnliches. Da gerade die rechtsextremen Parteien unter ihren Mitgliedern zahlreiche „Karteileichen“ haben, machen die politisch aktiven Rechtsextremen nur einen Bruchteil der Mitglieder aus, insbesondere bei der DVU. Die neonazistischen Kameradschaften hingegen sind gerade durch Aktionismus geprägt, insofern existieren dort kaum passive Mitglieder. Bei den rechtsextremen Skinheads bezieht sich der Aktivismus eher auf den Besuch von subkulturellen Veranstaltungen wie Konzerten oder „Saufabenden“. Zwar handelt es sich dabei nicht um politische Aktivitäten im engeren Sinne, jedoch stärken diese das Zusammengehörigkeitsgefühl der Szene. Verlässliche Zahlen existieren nur für einzelne Aktivitäten. So fanden im Jahr 2006 laut Verfassungsschutzbericht bundesweit z. B. 126 neonazistische Demonstrationen statt, die Mehrzahl davon mit nicht mehr als 200 Teilnehmenden. Ausnahmen waren ein sogenannter Trauermarsch der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland in Dresden mit rund 4 200 Teilnehmenden im Februar 2006 sowie das sogenannte Heldengedenken in Seelow mit rund 1 000 Teilnehmenden im März 2006. Circa drei Viertel der Demonstrationen organisierte die Neonazi-Szene und ein Viertel die NPD. Im Jahr 2007 nahmen am 1. Mai in Dortmund rund 1 800 Personen an einer gemeinsamen Demonstration von NPD und Neonazis teil.

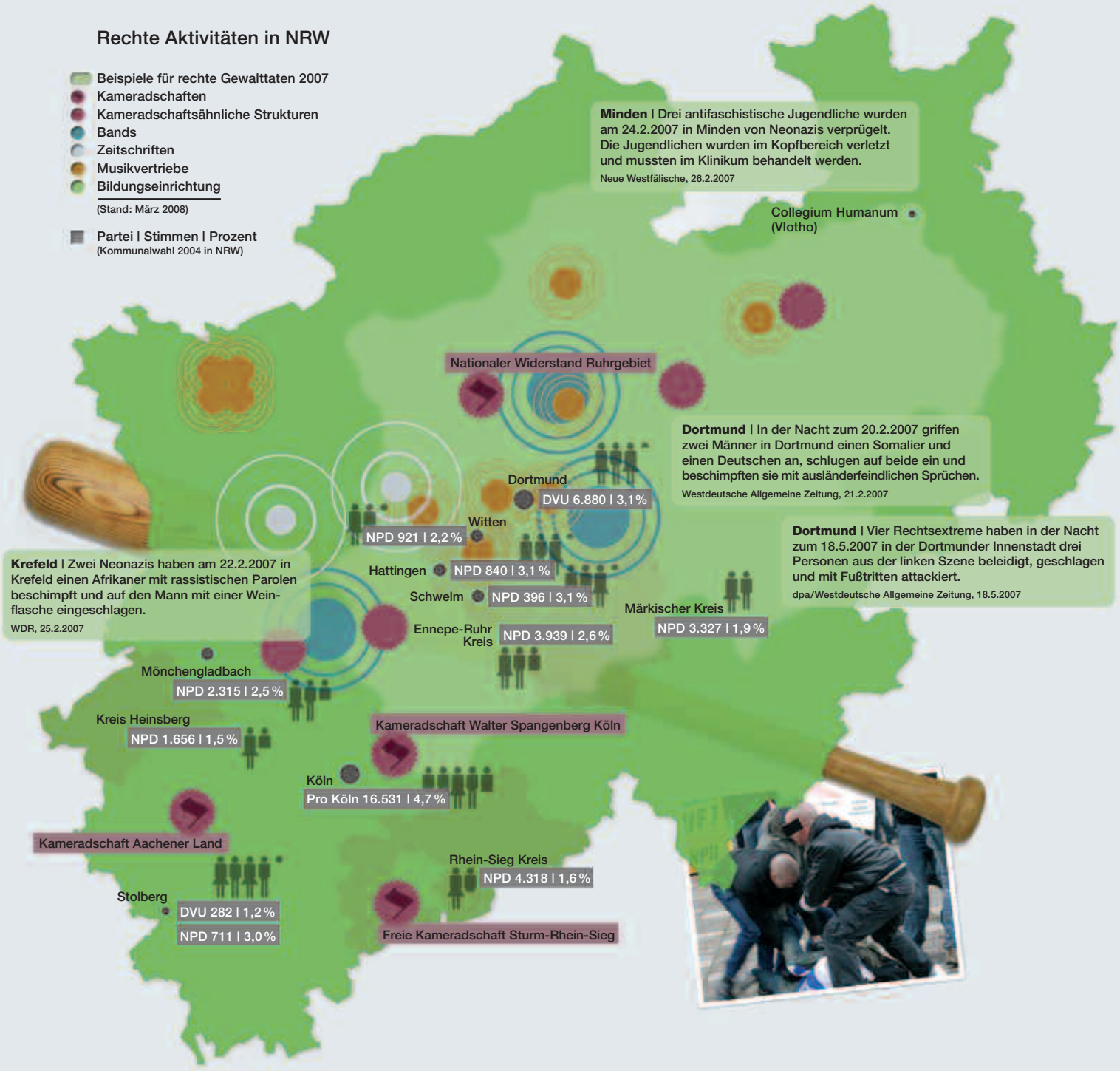
Die vierte Handlungsebene – Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund

Allerdings überschreiten zahlreiche rechtsextreme Aktivitäten die Grenzen der Legalität, mit steigender Tendenz. Im Jahr 2006 zählte das Bundesinnenministerium bundesweit 18 142 rechtsextrem motivierte Straftaten. Im Jahr 2005 waren es 15 914 Straftaten. Der Großteil betraf Propagandadelikte (2006: 12 629, 2005: 10 905), das heißt: Hakenkreuzschmierereien, Volksverhetzung, Leugnung des Holocaust usw. Es zählten auch 1 115 Gewalttaten dazu (2005: 1 034). 484 dieser Gewalttaten richteten sich gegen Fremde. Im Jahr 2006 kam es dem Bundesinnenministerium zufolge zu 455 Körperverletzungen, ein Jahr zuvor waren es 322.

In Nordrhein-Westfalen stieg die Anzahl rechtsextrem motivierter Straftaten von 2 545 im Jahr 2005 auf 2 990 im Jahr 2006. Auch die Anzahl der Gewaltdelikte nahm von 144 (2005) auf 172 (2006) zu. Obwohl bundesweit seit einigen Monaten eine Zunahme gezielter Aktionen gegen politische Gegner zu beobachten ist, sind die Gewalttaten insgesamt nur in seltenen Fällen geplante Aktionen. In der Regel verüben sie kleine Gruppen, die nicht dem organisierten Rechtsextremismus angehören und häufig unter Alkoholeinfluss stehen. Auch wenn auf der Handlungsebene zwischen legalen und illegalen Aktivitäten unterschieden werden kann, sei darauf hingewiesen, dass eine Trennung in nicht gewalttätige – und damit vermeintlich harmlose – und gewalttätige Rechtsextreme den ideologischen Zusammenhang außer Acht lässt. Denn die Missachtung der Menschenwürde ist elementarer Bestandteil des Rechtsextremismus. Insofern sind die gewalttätigen Rechtsextremen „Vollstrecker“ der auch von den nichtmilitanten Rechtsextremen geteilten Ideologie.

Rechte Aktivitäten und Wahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen

Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen hat viele Gesichter: Von der Arbeit rechtsextremer und rechtsgerichteter Parteien, die Wählerinnen und Wähler für sich zu mobilisieren versuchen, über rechte Musikvertriebe, Zeitschriften und Bildungseinrichtungen bis hin zu Organisationen und Subkulturen der rechten Szene, die auch Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen einsetzen.



Gewalt als Kitt für den Zusammenhalt der rechten Szene

Ein Beitrag von Michael Klarmann

„Schmuddel" hinterließ eine Frau und drei Kinder. Der Punk war mit Freunden am Ostermontag 2005 in einer U-Bahnhaltestelle in Dortmund unterwegs, als die Gruppe auf einer Rolltreppe auf einen Neonazi und dessen 16-jährige Freundin traf. Es kam zu einem Wortgefecht. Thomas Schulz alias „Schmuddel", damals 32 Jahre alt, ging dabei auf den 17-jährigen Neonazi-Skinhead Sven Kahlin zu; dieser fühlte sich, wie er später aussagte, von dem Punk bedroht. Es folgten weitere Wortgefechte. Dann stach Kahlin plötzlich mehrmals mit seinem Messer zu – und traf das Herz seines Gegenübers. „Schmuddel", im Weltbild des Täters eine „Zecke" und damit unwertes Leben, verstarb kurz darauf im Krankenhaus.

Weder die Polizei noch später die Richter am Landgericht Dortmund sahen einen politischen Hintergrund für die Tat. Zwar gehöre der Täter der rechten Szene an, jedoch sei er nur ein Mitläufer gewesen, hieß es. Die gerade im Ruhrgebiet und im Rheinland zu dieser Zeit sehr aktiv werdende Neonaziszene sah dies anders und sprach vom Täter als „Kameraden". Die Neonazis hatten sogar kurz nach der Tat in Dortmund Plakate mit der Aufschrift *„Antifaschismus ist ein Ritt auf Messersschneide"* verbreitet – daneben war ein blutiges Messer abgebildet. Zudem hieß es auf Flugblättern: *„Wer der Bewegung im Weg steht, muss mit den Konsequenzen leben."* Im Internet kursierte nach dem Mord eine Stellungnahme, in der es hieß: *„Die Machtfrage wurde gestellt und wurde für uns befriedigend beantwortet: Dortmund ist unsere Stadt!"*

Auch den Fall Michael Berger nutzten Neonazis für ihre Propaganda. Der 31-Jährige, der am 14. Juni 2000 nach einer gescheiterten Verkehrskontrolle mit anschließender Flucht in Dortmund und Waltrop die Polizistin Nicole Hartmann schwer verletzte, ihre Kollegen Thomas Goretzky und Matthias Larisch von Woitowitz sowie die Beamtin Ivonne Hachtkemper erschoss und danach sich selbst richtete, verkehrte im Umfeld der Dortmunder DVU, NPD und „Kameradschafts"-Szene. Polizisten fanden in seiner Wohnung ein Waffenlager und Nazi-Propaganda. Neonazis verteilten im Anschluss an die Tat in Dortmund und Düsseldorf Flyer mit der Aufschrift *„Berger war ein Freund von uns! 3:1 für Deutschland. KS Dortmund."*

Radikalisierung junger Neonazis gegen politische Gegner und das System

Seit Jahren sieht sich die rechtsextreme Szene in Nordrhein-Westfalen im Aufwind. Die NPD baut weiter Strukturen auf und bietet gerade jungen Neonazis durch eigene Veranstaltungen, Konzerte und Demonstrationen eine „Erlebniswelt". Immer mehr Jugendliche schließen sich der Szene an und zeichnen sich durch eine neue Art von Radikalität aus. Einige jener neuen Neonazis stammen aus den Bereichen der Ultras und Hooligans. Aber auch die Entwicklung von Teilen der rechten Szene in Nordrhein-Westfalen hin zu den „Autonomen Nationalisten", die ihre Art der Aktivitäten von den linksextremen Autonomen abschauen, dürfte für einen Anstieg der Gewaltbereitschaft sorgen. Kam es in der Vergangenheit etwa eher spontan zu rechtsextremen Gewalttaten im Zuge von Alkoholkonsum, richtet sich der Hass der rechten „Autonomen" direkt gegen politische Gegner, „die Bullen" oder das „Scheißsystem".

Mehrfach griffen in Dortmund in den Jahren 2006 und 2007 Neonazis aus dem Umfeld der „Autonomen Nationalisten" linke Kneipen oder von Migranten betriebene Gaststätten mit Pfefferspray, Knüppeln und Pflastersteinen bewaffnet an. Es kam zu Verletzten. In Dortmund wurden zudem mehrfach junge Antifaschisten und Punks angegriffen und verprügelt sowie Scheiben an Büros der Linkspartei und der Bündnisgrünen eingeworfen.

Bei einem Angriff auf Besucher eines antifaschistischen Punkkonzertes in Stolberg (Kreis Aachen) in der Nacht zum 1. September 2007 wurden die Täter von den Opfern als Neonazis und vom Bild her als „Autonome Nationalisten" beschrieben.

In jener Nacht hatten die eher traditionellen „Kameraden" und rechten Skins wenige hundert Meter entfernt von dem linken Konzert auf dem Grundstück des NPD-Ratsherren Willibert Kunkel heftig dem Alkohol zugesprochen. Auf der Feier bei Kunkel am Abend des 31. August 2007 herrschte eine aggressive Grundstimmung, ein Liedermacher sang davon, wie stolz man sei, deutsch zu sein und dass Deutschland und die Deutschen „über allem" stünden. Neonazis skandierten gegenüber Antifaschisten Parolen gegen „Zecken". Die Polizei war mit einem größeren Aufgebot im Einsatz. Nachdem die Polizei sich zurückgezogen hatte, weil die Lage als ruhig galt, überfielen rund fünfzehn mit Knüppeln bewaffnete Vermummte nach Ende des Antifa-Konzertes doch noch einige vor dem Jugendheim auf ihre Eltern wartenden Jugendlichen. Diese wurden bei dem Blitzüberfall als „Zecken" beschimpft, geschlagen und durch die Straßen gejagt. Resultat: drei Mädchen (15, 16, 18 Jahre alt) wurden verletzt.

Zu einem Übergriff, der einen Jugendlichen traumatisierte, kam es auch im Juli 2003 in Jülich (Kreis Düren) an einer Haltestation der Regionalbahn. Ein junger Neonazi-Skin aus Kerpen war mit einem „Kameraden" nachts auf der Heimreise und zwang aus einem Trio alternativ aussehender Jungen einen 18-Jährigen durch Drohungen auf die Gleise. Wegen der Rastalocken beschimpfte der Täter sein Opfer als „Negerfreund" und „Abschaum". Beide entfernten sich auf den Gleisen bis zu vierzig Meter von den anderen weg. Das Opfer hatte, wie er später aussagte, wegen der Beschimpfungen und Drohungen *„richtig Schiss. Ich habe alles gemacht, was er gesagt hat."* Den Inhalt des Rucksacks und die Geldbörse warf der Neonazi ins Gebüsch, er spekulierte darüber, mit der Kreditkarte das Konto zu leeren. Der Täter erklärte seinem Opfer zugleich seinen Nationalstolz. Schließlich musste das Opfer sich ins Schotterbett knien und den Hitlergruß zeigen. Dann musste der 18-Jährige sich auf den Bauch legen, seine Wange auf einen der Gleisstränge drücken. Mit seiner Stiefelsohle presste der Neonazi den Jungen aufs Metall. Er zog an dessen Haaren, zwang ihn, den Mund zu öffnen und in das Metall zu beißen. *„So, jetzt merkst du mal, wie sich das anfühlt, wenn der Zug gleich über deinen Kopf fährt",* sagte der Glatzkopf. Das Opfer bekam in Todesangst Panik, schrie – und der Neonazi hörte plötzlich auf.

Rechtsextreme Straf- und Gewalttaten in Nordrhein-Westfalen

Solche Radikalisierungen spiegeln sich auch in den Zahlen des Verfassungsschutzes NRW wider. Nach den wohl schlimmsten rechten Gewalttaten in Nordrhein-Westfalen in den 1990er Jahren – bei denen bei Brandanschlägen auf Asylbewerber/-innen und Migrant(inn)en von jugendlichen Neonazis, rechten Skinheads und Mitläufern in Hünxe zwei Kinder lebensgefährlich verletzt und in Solingen fünf Mitglieder einer Familie getötet und mehr als zehn zum Teil lebensgefährlich verletzt wurden, nahm die Gewaltkriminalität von 2002 bis 2006 kontinuierlich zu. Waren es 2003 noch 115 Gewaltdelikte, zählte man 2006 bereits 172. Auch die rechten Straftaten insgesamt stiegen von 2003 mit 1 769 Taten auf 2 990 Straftaten 2006 an.

Kamerad gegen Kamerad – Gewalt innerhalb der rechten Szene

Die Gewaltbereitschaft schlägt sich jedoch auch in den eigenen Reihen nieder. *„Für Kameradschaften im Sinne von ‚Freundschaften' ist die Szene viel zu aggressiv. [...] Das Verhalten untereinander ist oft hochgradig feindselig. [...] Das gegenseitige Misstrauen ist groß. Fast jeder kennt die Straftaten des anderen, aus der Mitwisserschaft resultieren Kontrolle, Drohung und Gewalt [...]",* so Reinhard Koch, Leiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARuG) in Braunschweig. Die in der Halloween-Nacht 2006 bei einer Neonazifeier in Alsdorf (Kreis Aachen) mit Bierkrügen und Barhockern aufeinander losprügelnden „Kameraden" oder das Mitglied der „Kameradschaft Aachener Land", das im März 2006 einen Aachener Neonazi verprügelte, dem nachgesagt wurde, junge Mädchen sexuell missbraucht zu haben, sind nur zwei Beispiele dafür.

Biedermänner machen Gewalttäter – Erfolgreiche Agitation der Neonazis

„Wenn die Verfassungsschützer feststellen, dass Gewalttaten in Bezirken geschehen, in denen organisierte Neonazis aktiv sind, ohne selbst als Täter aufzufallen, dann zeigt das auch, dass ihre Agitation erfolgreich ist. Man kann durchaus von einer Arbeitsteilung reden: Organisierte Neonazis heizen die Atmosphäre auf, während die Gewalttäter sich durch die schweigende Mehrheit in ihrem unmittelbaren Umfeld bestätigt sehen." sagte Jan Buschbom, Mitarbeiter des Archivs der Jugendkulturen aus Berlin, Anfang 2005. Buschbom bezog sich damit auf eine damals aktuelle Studie des Berliner Landesverfassungsschutzes und eine der Kernthesen darin.

Der Soziologe und Fachautor Andreas Klärner stellte im Mai 2006 zu der „neuen" Art von ausländerfeindlichen Gewalttaten fest: *„Hinter den Taten stehen rassistische und fremdenfeindliche Orientierungen, aber nicht unbedingt rechtsextreme Weltbilder [...]. Fremde werden abgelehnt und sollen vertrieben werden. Da gibt es natürlich Überschneidungen zu organisierten Rechtsextremisten, die einen völkischen Staat aufbauen wollen. [...] Die organisierten Rechtsextremisten, also NPD und ‚Freie Kameradschaften', wollen vor allem Anerkennung in der Öffentlichkeit gewinnen. Sie wissen, dass Gewalttaten dabei hinderlich sind. Sie versuchen deswegen, auch ihre Anhängerschaft zu disziplinieren und von Gewalttaten abzuhalten. Das gelingt allerdings nicht immer. Dennoch haben die organisierten Rechtsextremisten und die Gewalttäter in der Konsequenz dasselbe Ziel: Eine ethnisch homogene Volksgemeinschaft, die von Menschen, die als fremd bezeichnet werden, ‚gereinigt' und ‚gesäubert' ist. Dieses Ziel lässt sich aber nur mit terroristischen Mitteln, mit Gewalt, durchsetzen. Die organisierten Rechtsextremisten wollen solange auf Gewalt verzichten, bis man genug öffentliche Anerkennung gewonnen hat, um diese Ziele dann offensiv durchsetzen zu können."*

Eine Gewaltaffinität im „Kampf" der rechten Szene gegen die Demokratie und Teile der Gesellschaft ist nicht zu übersehen. Zur Agitation wird auch rechtsextreme Musik in Form von Balladen, aggressiver Rockmusik und umgetexteten Coverversionen bekannter Stimmungshits genutzt. Oft werden zu den Stücken Texte gesungen, die offen oder am Rande des noch Erlaubten Gewalt verherrlichen und zu Straftaten aufrufen. Mittels menschenverachtender, fremdenfeindlicher, rassistischer und antisemitischer Texte werden zudem klare Feindbilder aufgebaut. In Szeneforen tauschen sich Neonazis – auch aus Nordrhein-Westfalen – zudem darüber aus, welche Arten von Kampfsport sie betreiben und welche Art der Bewaffnung sie bevorzugen. Vor Hakenkreuzfahnen posieren sie vermummt und mit Schusswaffen in der Hand. Der mehrfach auch wegen Körperverletzungsdelikten vorbestrafte und inhaftierte Siegfried Borchardt aus Dortmund, einst Kopf der brutalen Hooligan-Truppe „Borussenfront", drohte Gegnern mittels T-Shirt-Aufdruck: *„Versuche nicht wegzurennen, Du wirst nur müde sterben."*

Psychologische Kriegsführung zur Einschüchterung der „Gegner"

Drohungen wie diese gehören neben der Anwendung von Gewalt ebenfalls zum Alltag der Anhänger der rechten Szene. Sie dienen dazu, echte oder auch nur vermeintliche Gegner einzuschüchtern. Neonazis der „Kameradschaft Aachener Land" sind zum Beispiel immer wieder auf Dorffesten und „Beatbällen" (Dorfdiskos) im Raum Düren und der Nordeifel aufgefallen, indem sie in Schlägereien, oft mit Jugendlichen, verwickelt waren oder diese provozierten. Als es zu Kritik daran kam, drohten die „Kameraden" im Bereich Monschau Gegnern und Mitschülern Anfang 2006 damit, sie stünden auf einer „Todesliste".

Auch Frank Gockel traf Anfang 2007 der Zorn der Braunszene. Als überzeugter Antifaschist wurde er zum Feindbild der Neonazis. Als Sprecher des Vereins „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren" gehörte er zudem zu einem „Ausländer-Rein-Verein", wie es in einem Neonazi-Forum hieß. Gockel war im Jahr 2006 mit seinem Verein Träger des „Aachener Friedenspreises". Neonazis aus dem Umfeld der „Nationalen Offensive Schaumburg" (NOS) diffamierten ihn und drohten ihm im

Internet. Die NOS – inzwischen umbenannt – ist nicht nur in Niedersachsen, sondern auch in Nordrhein-Westfalen aktiv. Als Führungskader der NOS gilt Marcus Winter, im Jahre 2005 NPD-Kandidat für die Bundestagswahl – und bereits wegen Bedrohung, Freiheitsberaubung und gefährlicher Körperverletzung eines politischen Gegners inhaftiert gewesen. In der Haft lernte Winter den späteren zweiten NOS-Führungskader Marco Siedbürger kennen, der auf einen Nachbarn eingeprügelt hatte, als dieser sich über seine laute Nazi-Musik beschwerte. Der Nachbar verstarb. Die NOS drohte nach Angaben der Polizei selbst Polizisten. Unbekannte übten gegen diese „nächtlichen Telefonterror" aus und NOS-Kader beobachteten Wohnhäuser von Polizisten, hieß es von Seiten der Behörden. Ein Staatsanwalt, der gegen NOS-Mitglieder ermittelte, las auf dem Dienstgebäude neben seinem Namen auch die Parole: *„Du Judenknecht, wir kriegen Dich!"*

Gockel geriet nun als Versammlungsleiter einer Antinazidemonstration in Paderborn am 28. April 2007 ins Visier der Neonazis. Der Protest richtete sich gegen einen von der NOS für den Tag geplanten Aufmarsch. Die Drohungen gegen sich beschrieb der Betroffene so: *„Es gab zwei Drohanrufe, ziemlich am Anfang der ganzen Situation, wo sie bei einem Freund von mir angerufen haben und ihm gesagt haben, [...] dass sie ihn und mich umbringen wollen. [...] Es waren regelmäßig Menschen bei mir vor der Haustür, die dem rechtsradikalen Spektrum zuzurechnen sind, die dort versucht haben, mich auch in irgendeiner Form einzuschüchtern."* Gockel kapitulierte schließlich und tauchte unter, lebt zeitweise in wechselnden Wohnungen und verlässt sein den Neonazis bekanntes Büro nach der Arbeit nur noch vor Einbruch der Dunkelheit.

Gewalt, Brutalität und Radikalität als Strategieelement der Neonazis

Schon im Jahre 2001 stellte der Leiter des Berliner Archivs der Jugendkulturen, Klaus Farin, fest: *„Die Welt des Rechtsrock ist eine Welt des ewigen Kampfes."* Diese Aussage lässt sich heute generell auf Neonazis übertragen, die sich nahezu immer im Kampf gegen ihre Gegner, gegen das „Undeutsche" und gegen den Staat wähnen. Und in diesem „Kampf" wachsen Gewaltbereitschaft, Brutalität und Radikalität. *„Nie wieder Krieg!"* skandieren Neonazis auf ihren Aufmärschen, und ergänzen: *„Nach unsrem Sieg!"* Der „Kampf" der Braunszene, ihre offene oder verbale Gewalt gegen „Undeutsches" sind daher weder Einzelphänomene noch Ausrutscher. Gewalt, die Bereitschaft dazu und ihre Verherrlichung bilden den Kitt für den Zusammenhalt innerhalb der rechtsextremen „Erlebniswelt".

Ursachen des Rechtsextremismus und Gegenstrategien

Die Soziologen Erwin K. Scheuch und Hans-Dieter Klingemann haben in den 1960er Jahren Rechtsextremismus als eine „normale Pathologie moderner Industriegesellschaften“ bezeichnet. Dies wird manchmal fälschlicherweise so verstanden, dass man gegen etwas, was normal sei, nichts machen könne und auch nichts zu machen brauche. Der Vergleich von mehreren Ländern hinsichtlich rechtsextremer Einstellungen und Verhaltensweisen zeigt jedoch, dass es zwar in allen Ländern Rechtsextremismus gibt, das Niveau sich jedoch gravierend unterscheidet. Daraus folgt, dass kein „normales“ Verbreitungsniveau existiert und man dieses Niveau beeinflussen kann.

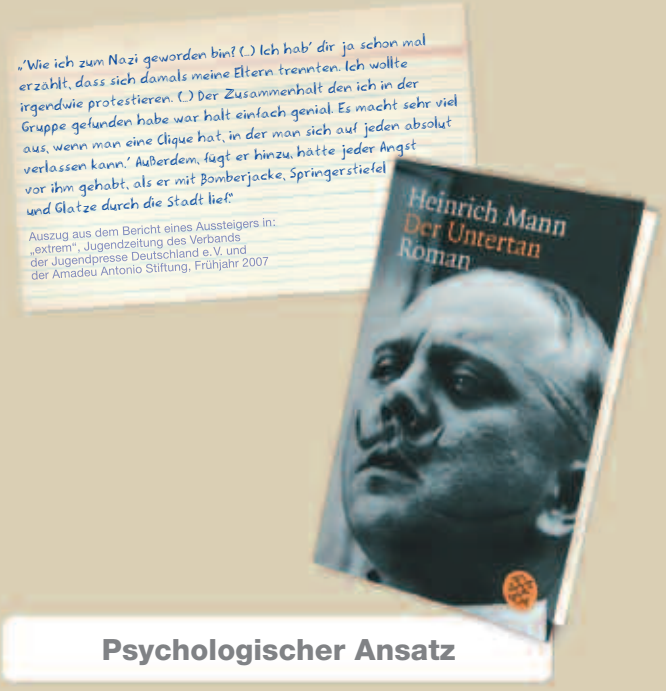
Die Neigung zu Straftaten wird oftmals gesondert von den rechtsextremen Einstellungen untersucht. Während es bei Straftaten um die Motive der Täter und Täterinnen im rechtsextremen Milieu geht und Hintergründe für die Taten gesucht werden, sind Ursachen für rechtsextreme Einstellungen oft sehr viel schwieriger zu ermitteln. Das gilt insbesondere, wenn die Einstellungen nur subtil in Erscheinung treten und eine Ursachenforschung zugleich mit dem Wunsch nach einer konstruktiven Handhabung verbunden ist. Beim „heilenden“ Umgang mit rechtsextremen Einstellungen konkurrieren mehrere Ansätze miteinander, wobei diese sich nicht ausschließen, sondern vielmehr ergänzen.

Zunehmende Enthemmung in Bezug auf die Gewaltbereitschaft der Täter

Eine Untersuchung aus den Jahren 1991 bis 1993 stellte im Hinblick auf Tatverdächtige und Tatmerkmale von rechtsextremen Straftaten fest, dass 36 Prozent der Verdächtigen unter 18 Jahre, über 75 Prozent 20 Jahre und jünger und insgesamt 90 Prozent jünger als 25 Jahre sind. Die Studie der Trierer Forschungsgruppe um Helmut Willems offenbarte auch, dass die Straftaten zu 90 Prozent von jungen Männern verübt wurden.

Die Tendenz der empirischen Daten bestätigte 1997 eine Wiederholungsstudie des „Deutschen Jugendinstituts“. Als unmittelbarer Urheber von fremdenfeindlichen Taten machen die Sozialforscher größtenteils erneut kleinere Gruppen von jüngeren Männern aus. In ihren Untersuchungen stellte die Sozialwissenschaftlerin Renate Bitzan fest: *„Wenn Frauen an gewalttätigen Aktionen teilnehmen, so tun sie das in der Regel aus gemischten Gruppen heraus.“* Einige würden selbst handgreiflich, andere unterstützen ihre männlichen Komplizen durch Zurufe und Klatschen – eine Anfeuerung, die die Männer aufstacheln kann, jetzt erst recht „richtig reinzuhauen“ oder „voll zuzutreten“.

Um die Gewaltbereitschaft zu erklären, wird oft auf die soziale Situation und/oder die individuelle Biographie hingewiesen. Doch Automatismen wie „schlechte Kindheit gleich fieser Nazischläger“ sind zu einfach. Eine Untersuchung von 1400 Fällen ergab, dass nur wenige Täter zur Tatzeit familiäre oder berufliche Sorgen hatten. Die meisten aktenkundigen Täter waren Schüler, Auszubildende, Facharbeiter und Wehrpflichtige. Seit Anfang der 1990er Jahre zeigen Untersuchungen



Psychologischer Ansatz

Soziologischer Ansatz

Politikwissenschaftlicher Ansatz

der Polizei immer wieder: Bis zu der ersten Tat waren die Täter unauffällige Mitschüler oder Nachbarsjungen. 2003 belegte eine Regionalstudie zu Tätern aus Nordrhein-Westfalen erneut, dass etwa ein Viertel der rechten Gewalttäter unter 25 Jahre alt sind. Die meisten fremdenfeindlichen Gewalttaten werden von Tätern mit niedrigem bis mittlerem Bildungsabschluss verübt oder von Auszubildenden. Dabei beobachten Kriminologie und Staatsschutz eine zunehmende Enthemmung in Bezug auf die Gewaltbereitschaft. Der Angegriffene wird im Verlauf der Auseinandersetzung immer weniger als menschliches Wesen wahrgenommen.

Verschiedene Erklärungsansätze zu rechtsextremen Einstellungen

Der psychologische Ansatz bezieht sich auf den „autoritären Charakter". Hier wird die Persönlichkeit des einzelnen Menschen und dessen Entwicklung in den Mittelpunkt gestellt. Demnach kann ein schlechtes Verhältnis zu den Eltern und fehlendes Selbstvertrauen eine Neigung zu autoritären Einstellungen fördern. Dies äußert sich in einer Anlehnung an Starke und Mächtige sowie in aggressivem Verhalten gegenüber Schwachen und Minderheiten. Eine solche Persönlichkeitsstruktur führt zwar nicht zwangsläufig zu einer rechtsextremen Einstellung, macht einen Menschen aber für diese sehr empfänglich.

Für die Prävention heißt das, im Einzelfall das Selbstwertgefühl zu stärken. Dazu zählen Maßnahmen, die die Anerkennung des Einzelnen fördern oder Verhaltenstrainings, die das Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten auf- und Ängste abbauen.

Der soziologische Ansatz stellt nicht den Einzelnen mit seinen Einstellungen in den Vordergrund, sondern befasst sich mit dem gesellschaftlichen Umfeld. Abnehmender Zusammenhalt von Familien und Freundeskreisen sowie nachlassende Bindungen an gesellschaftliche Milieus, wie Arbeiterschaft oder Kirchengemeinden, führen bei manchen Menschen zu Vereinzelung und Verunsicherung. Die Suche nach Ersatzidentitäten und Anerkennung führt bei einigen dazu, sich einer vermeintlich starken Gruppe, wie Rechtsextremen, anzuschließen. Welche Identitätsangebote die Jugendlichen annehmen, hängt auch von den Alternativen in ihrem Umfeld ab. Demzufolge ist Rechtsextremismus bei manchem eine Reaktion auf mangelnde Integration und Anerkennung durch die Gesellschaft sowie Verunsicherung.

Als weitere Ursache wird in der Soziologie die Modernisierung genannt. Von den ständigen Umbrüchen in der Wirtschaft profitieren Menschen in einigen Regionen, Branchen und Berufsgruppen, während andere zu den Verlierern zählen. Das heißt jedoch nicht, dass die Verlierer zwangsläufig arbeitslos oder von Armut bedroht sein müssen. Die Verlierer sehen ihre Leistungen und Qualifikationen entwertet, die anderen an sich vorbeiziehen und ihre eigenen Sicherheiten gefährdet. Die Problemlagen dieser Modernisierungsverlierer gehen mit Frustrationen und Ängsten einher, die für einfache Erklärungsmuster empfänglich machen: „die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg", „die Politiker stecken nur in die eigene Tasche, tun aber nichts für uns", etc.

Prävention bedeutet in diesem Zusammenhang, einen Beitrag zum sozialen Frieden zu leisten, indem man die Risiken der Individualisierung und Modernisierung durch sozialstaatliche Politik abfedert und Maßnahmen zur gesellschaftlichen Integration ergreift. Dazu gehört mit Blick auf Jugendliche an vorderster Stelle die Bereitstellung von genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Gesellschaftspolitisch ist eine Debatte über solidarische Identitäten notwendig, die zum Ziel hat, Alternativen zwischen der individuellen, auf Leistung beruhenden Identität auf der einen und der kollektiven, auf Nation bzw. Rasse beruhenden Identität auf der anderen Seite aufzuzeigen.

Der politikwissenschaftliche Ansatz konzentriert sich auf die politische Kultur einer Gesellschaft. Dies bedeutet, sich mit der Mitte der Gesellschaft zu beschäftigen. Denn unter politischer Kultur versteht man, wie die Wirklichkeit in einer Gesellschaft gedeutet und welche Lösungen favorisiert werden. So kann man Ausländer zum Beispiel als Bedrohung ansehen, als Bereicherung oder neutral, weil einem die Nationalität eines Menschen egal ist. Diese Möglichkeiten der Deutung gründen sich auf historisch herausgebildete Mentalitäten einer Gesellschaft. Danach haben sich mit der Zeit bestimmte Einstellungsmuster herausgebildet, wie etwa der Glaube, dass der Staat es schon richtig mache und man sich nicht selbst einzumischen brauche. Weitere in Deutschland weit verbreitete „Mentalitätsbestände" sind z. B. Autoritarismus, Antisemitismus oder Missachtung von Minderheiten. Sie können in bestimmten politischen Situationen zu neuem Leben erweckt werden, insbesondere wenn es um Konflikte und Feindbilder geht. Dabei tragen vor allem Eliten aus der Publizistik und der Politik sowie Intellektuelle, eine besondere Verantwortung. Sie können ablehnende Vorurteile verstärken. Allerdings geschieht die konkrete Vermittlung von Einstellung und Sichtweisen im direkten zwischenmenschlichen Austausch vor allem über die Familie und die Freundeskreise. Insofern trägt jeder Verantwortung für eine gelebte Demokratie.

Die entsprechende Präventionsstrategie setzt deswegen auf Erziehung und Bildung, um das Engagement für die Achtung der Menschenwürde und für Demokratie in der Mitte der Gesellschaft zu stärken. Diese Strategie zielt insbesondere auf Jugendliche ab, da sich bei ihnen das politische Bewusstsein gerade herausbildet. Als Mittel stehen dazu die politische Bildung und eine Ausweitung von Partizipation im Vordergrund. Letztere wird sogar als eine Form von politischer Bildung angesehen, im Sinne von „learning by doing". Denn die Erfahrungen, die man durch Teilhabe und Mitwirkung an politischen Prozessen sammelt, festigen in der Regel demokratische Einstellungen und Handlungsbereitschaften. Zugleich wird man misstrauisch gegenüber vermeintlich einfachen Lösungen für komplexe Probleme. Partizipation bezieht sich dabei nicht nur auf den Staat, sondern auf jegliche soziale Organisation, in der Konflikte durch das Zusammenleben entstehen: Kommunen, Betriebe, Schulen, Vereine etc.

Rechtsextreme und rechtsgerichtete Parteien und Wählerinitiativen

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands – Bedeutendste rechtsextreme Partei

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist die älteste der derzeit aktiven rechtsextremen Parteien. Sie wurde 1964 gegründet und ist heute zwar nicht die mitgliederstärkste, aber die aktivste rechtsextreme Partei. In den ersten Jahren ihres Bestehens gelang ihr der Einzug in sieben Landtage. Nachdem die Partei bei der Bundestagswahl 1969 mit 4,3 Prozent der Stimmen knapp an der 5-Prozent-Hürde gescheitert war, verschärften sich die internen Streitigkeiten und die NPD versank für über zwei Jahrzehnte in der Bedeutungslosigkeit.

Erst als 1996 der noch heute amtierende Bundesvorsitzende Udo Voigt die Parteiführung übernahm, erholte sich die Partei und gewann an Einfluss. Sie suchte zunehmend die Nähe und Zusammenarbeit mit der neonazistischen Szene, stärkte ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) und setzte auf eine bessere Vernetzung durch das Internet. Dies schlug sich dann in punktuellen Kooperationen nieder, etwa bei gemeinsamen Veranstaltungen von NPD und Neonazis, die sich gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Die Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ richteten.

Inhaltlich profiliert sich die NPD mehr und mehr über soziale Themen, die sie freilich weiterhin nationalistisch interpretiert. Dieser „deutsche Sozialismus“ zielt nicht etwa auf die „Diktatur des Proletariats“, sondern auf eine „Diktatur der Volksgenossen“ ab. So schreibt die NPD 2006 in ihrer Argumentationshilfe für Funktionäre: *„Deshalb sind ausländische Arbeitsplatzdiebe und Sozialschnorrer auszuweisen, um Deutsche wieder in Lohn und Brot zu bringen und den Sozialstaat sichern zu können.“*

Dieser autoritäre, fremdenfeindliche „Lösungsvorschlag“ beachtet weder Menschenwürde noch die Demokratie. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn etwas weiter im

Text kritisieren die Autoren die entsprechenden Bestimmungen des Grundgesetzes: *„[…] die Grundrechtsbestimmungen [des Grundgesetzes] triefen vor Menschenrechtstümelei und stellen Deutsche im eigenen Land de facto mit Ausländern gleich, und das Grundgesetz hat einem gemeinwohlschädigenden Individualismus und Parteienregime den Weg geebnet."* Unverhohlen sprechen sie sich damit gegen das Grundgesetz und die Achtung der Menschenwürde aus.

Unterbrochen wurde der Aufschwung der NPD 2001 durch die Anträge von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht, die NPD zu verbieten. Als Begründung wurde zum einen die aktiv-kämpferische Grundhaltung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie die Wesensverwandtschaft mit der NSDAP angeführt. Das Bundesverfassungsgericht stellte das Verfahren aus formalen Gründen ein. Zur Ablehnung führte, so kann man die detaillierte und differenzierte Begründung für die Ablehnung zusammenfassen, dass mehrere Vertrauenspersonen (auch V-Männer bzw. V-Personen) der Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder seit Längerem in der Partei Funktionen einnahmen. Die ablehnenden Richter argumentierten, dass man nicht mehr unterscheiden könne, welche Aktivitäten auf die NPD und welche auf die Verfassungsschutzämter zurückzuführen seien. Ein unerwünschter Nebeneffekt des Verbotsverfahrens war, dass die Partei durch die Berichterstattung der Medien ihre Popularität in der rechtsextremen Szene stärken und eine Märtyrerrolle einnehmen konnte. Allein von 2004 bis 2006 stieg die Anzahl der Mitglieder von 5 300 auf 7 000; in Nordrhein-Westfalen von 570 auf 770.

Die Vier-Säulen-Strategie der NPD – Wie arbeitet die Partei?

Der Aufschwung der NPD ist auch mit der von ihr seit 1998 verfolgten und später ausgebauten Vier Säulen-Strategie verbunden:

1. **„Kampf um die Straße",**
2. **„Kampf um die Parlamente",**
3. **„Kampf um die Köpfe" und**
4. **„Kampf um den organisierten Willen".**

Kampf um die Straße – Öffentlichkeitswirksame Propaganda durch Demonstrationen

„Kampf um die Straße" bedeutet für die NPD die Durchführung von Demonstrationen, auf denen sie möglichst öffentlichkeitswirksam politische Propaganda verbreiten kann. Die Anlässe für Demonstrationen liefern oftmals aktuelle politische Diskussionen. In den letzten Jahren demonstrierten ihre Anhänger schwerpunktmäßig gegen die Wehrmachtsausstellung, Hartz IV, Globalisierung, den Krieg im Irak oder den Bau von Moscheen sowie im Gedenken an bestimmte Personen oder Ereignisse wie die Bombardierung Dresdens am Ende des Zweiten Weltkriegs. Gerade bei dieser Strategie gab es vielfältige Zusammenarbeit mit den Kameradschaften. So fand am 1. Mai 2007 bspw. eine Demonstration der bundesweiten Neonaziszene in Dortmund statt, die die NPD unterstützte. Auf eigene Veranstaltungen verzichtete die NPD. Stattdessen trat der NPD-Vorsitzende gemeinsam mit dem führenden Neonazi-Aktivisten Christian Worch als Redner auf. Aufgrund dieser Zusammenarbeit zwischen NPD und Neonazis war die Veranstaltung mit rund 1800 Teilnehmenden relativ gut besucht.

Kampf um die Parlamente – Verbreitung von Propaganda und Geldeinnahmequelle

Der Popularitätsschub durch das gescheiterte Verbotsverfahren kam der NPD bei ihrem „Kampf um die Parlamente" zugute. Dieser Strategie gab sie in der Folgezeit den Vorzug. Dabei geht es ihr darum, möglichst viele Wählerstimmen zu gewinnen, um die 5-Prozent-Hürde zu überspringen und ins Parlament zu kommen. Sie präsentiert sich in den Wahlkämpfen vor allem als wählbare Protestpartei und mäßigt ihr Auftreten. Allerdings strebt sie die Parlamentssitze nicht an, um durch parlamentarische Arbeit als Regierungs- oder Oppositionspartei an der Demokratie mitzuwirken. Unter Parlamentsarbeit versteht sie vor allem, Landtagsdebatten als Forum für gezielte menschenverachtende Tabubrüche und die Infrastruktur des Landtags zur Parteiarbeit zu nutzen. Udo Pastörs, der NPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, brachte dieses Verständnis ungeschönt in einem Interview zum Ausdruck: *„Ich bin kein großer Anhänger dieser Form des Parlamentarismus. Aber das macht man so, dass man da reingeht und provoziert mit Präzision. Dann werden Sie sehen, wie diese ganzen Viren, diese Parasiten wach werden, dann sehen die, dass die Axt kommt, dass man das bis aufs Gesunde herausseziert. Das ist die Aufgabe eines nationalen Menschen."*

Der „Kampf um die Parlamente" verläuft für die NPD zum Teil erfolgreich. Zunächst erreichte sie bei den Landtagswahlen in Sachsen 2004 9,2 Prozent und 2006 in Mecklenburg-Vorpommern 7,3 Prozent. Zwar schaffte die Partei bei zahlreichen anderen Wahlen nicht den Einzug ins Parlament, jedoch verbesserte sie in den letzten Jahren fast durchweg ihre Ergebnisse und erzielte bei der Bundestagswahl 2005 1,6 Prozent und bei mehreren Landtagswahlen mehr als 1 Prozent der Stimmen, wodurch sie Ansprüche auf staatliche Zuschüsse erwarb. In Nordrhein-Westfalen sitzt sie seit 2004 in neun Kommunalparlamenten (in Stadträten der kreisfreien Städte, in Kreistagen und in Stadt- und Gemeinderäten von kreisangehörigen Städten und Gemeinden) mit insgesamt 12 Abgeordneten. Momentan bereitet die Partei sich auf die Kommunalwahl 2009 und die Landtagswahl 2010 vor. Die Strategie lautet: *„Der Weg in die Parlamente führt über die Rathäuser."* Dazu versucht sie erstens, ihre Organisation zu stärken und neue Kreis- und Ortsverbände zu gründen. Ihr Ziel ist es, die Partei flächendeckend zu verankern und damit die Basis zu verbreitern. Anfang 2008 verfügte die Partei in 45 von 54 Kreisen und kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen über arbeitsfähige Strukturen. Zweitens will die NPD hinsichtlich der Kommunalwahl ihre Präsenz in der Öffentlichkeit

intensivieren. Mehrfach verteilte sie Flugblätter oder veranstaltete Informationsstände in mehreren Städten Nordrhein-Westfalens. Ferner führte sie eigene Veranstaltungen durch oder beteiligte sich an Demonstrationen der Neonaziszene.

Die NPD versteht es, ihre Kräfte und Ressourcen für Wahlen mit einem „Wahlkampftourismus" zu bündeln. Vertreter aus unterschiedlichen Bundesländern beteiligen sich an einem anstehenden Kommunal- oder Landtagswahlkampf. Das ist auch für die anstehenden Wahlkämpfe in Nordrhein-Westfalen zu befürchten. Die NPD täuscht damit strategisch eine nicht vorhandene personelle Stärke in dem Bundesland vor, in dem gerade gewählt wird. Hinzu kommt in den letzten Wahlkämpfen ein aggressives Auftreten, um politische Gegner zu provozieren und einzuschüchtern. Vertreter/-innen demokratischer Parteien bekamen unliebsamen Besuch von rechtsextremen Störern zum Beispiel an Wahlkampfständen oder bei öffentlichen Diskussionen. Dabei sind Rechtsextreme längst nicht mehr unbedingt äußerlich sofort als solche zu erkennen. (Siehe Seite 37)

Kampf um die Köpfe – Die Deutungshoheit in politischen Diskussionen gewinnen

Mit der dritten Strategie „Kampf um die Köpfe" beabsichtigt die NPD, sich in die politische Diskussion einzumischen, um im Sinne ihrer ideologischen Orientierung Einfluss auf die politische Meinungsbildung zu gewinnen und die Deutungshoheit über Themen zu erringen. Zu diesem Zweck nahm 2006 in Dresden das „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V." seine Arbeit auf. Es soll schwerpunktmäßig der Intellektualisierung und Professionalisierung der NPD dienen. Mitarbeitende der sächsischen Landtagsfraktion gründeten außerdem die von ihnen so bezeichnete „Dresdner Schule", um die Theorieentwicklung in der NPD voranzutreiben oder, wie es der NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen W. Gansel bezeichnet, eine *„geistig-politische Gegenfront aufzubauen"*. Allerdings beschränken sich die Aktivitäten dieser abgeblichenen „Dresdner Schule" im Wesentlichen auf Publikationen von Gansel. Besonders konzentriert die Partei ihren Kampf um die Köpfe auf die Zielgruppe der Jugendlichen. Ihre Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN) verteilte die Schülerzeitung „Rebell" an einigen Schulen und zu den letzten Wahlkämpfen die sogenannte Schulhof-CD mit Rechtsrock in hohen Auflagen, die sich hauptsächlich an Jugendliche richtete.

Erste Erfolge motivierten die Partei zu der von ihr so bezeichneten „Wortergreifungstrategie", die Bestandteil des Kampfes um die Köpfe ist. Die Strategie besteht darin, politische Veranstaltungen des demokratischen „Gegners" zu besuchen und sich dort massiv in die Diskussion einzumischen (Siehe Seite 30). In dem Schulungspapier der NPD von 2006 „Argumente für Kandidaten & Funktionsträger" schreibt der NPD-Vorsitzende Voigt dazu: *„Es wird immer schwieriger, eigene NPD-Veranstaltungen in Deutschland durchzuführen. Besuchen wir daher im Sinne der Wortergreifungsstrategie die Veranstaltungen des politischen Gegners. Dieser hat hier die Arbeit der Vorbereitung, Planung und Durchführung. Doch sobald er eine öffentliche Veranstaltung macht, müssen Nationaldemokraten vor Ort sein, um etablierte Politiker und Kandidaten zur Rede zu stellen."*

Kampf um den organisierten Willen – Kooperation rechtsextremer Organisationen

Seit Herbst 2004 hat die NPD ihre Strategie um eine vierte Säule erweitert: „Der Kampf um den organisierten Willen". Darunter versteht sie Absprachen und Kooperation mit anderen rechtsextremen Organisationen in einer Art „Volksfront von rechts". Auf Parteienebene manifestiert sich dies in der vertraglich geregelten Zusammenarbeit mit der DVU, die die beiden Parteivorsitzenden im sogenannten „Deutschlandpakt" festschrieben. Einer der wichtigsten Punkte darin betrifft Wahlabsprachen. Demnach treten die beiden Parteien nicht gleichzeitig bei Wahlen an, sondern unterstützen die jeweils andere Partei und legen in dem Vertrag fest, wer bei welcher Wahl antritt, damit sie sich nicht gegenseitig die Stimmen streitig machen. Bei der Kommunalwahl 2009 und der Landtagswahl 2010 in Nordrhein-Westfalen verzichtet zum Beispiel die DVU zugunsten der NPD.

Die „Volksfront von rechts" umfasst ebenfalls die Zusammenarbeit mit den neo-nationalsozialistischen „Freien Kameradschaften". Wenngleich die Kameradschaftsszene heterogen ist und nicht alle kooperationsbereit sind, haben sich Hauptfiguren wie Thomas Wulff (früher Hamburg, jetzt Mecklenburg-Vorpommern), Thorsten Heise (Thüringen) und Ralph Tegethoff (Nordrhein-Westfalen) dafür ausgesprochen. In personeller Hinsicht bestätigte die NPD ihre Öffnung zu den Neonazis unter anderem durch die Wahl von Thomas Wulff als Beisitzer des NPD-Bundesvorstandes. Mit der vermeintlichen „Volksfront von rechts", die nicht zuletzt die Grabenkämpfe zwischen den Organisationen überdecken soll, wird Einheit vorgetäuscht. Wie die Demonstration zum 1. Mai 2007 in Dortmund zeigte, funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Kameradschaften und NPD weitgehend – auch wenn es immer noch einige Kritiker gibt. Selbst einer der größten Kritiker, Christian Worch, trat als Redner neben dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt auf der 1.-Mai-Demonstration in Dortmund auf.

In den letzten Jahren hat die NPD diese „Vier-Säulen-Strategie" relativ flexibel angewandt und sich mal auf die eine, mal auf die andere Säule konzentriert. Zudem treibt die NPD die kommunale Verankerung in den ostdeutschen Bundesländern voran, die ihr durch den Einzug in Kommunalparlamente und Mitarbeit in örtlichen Vereinen zunehmend gelingt. Vor allem in den ostdeutschen Bundesländern nimmt der Versuch, in die Zivilgesellschaft vorzudringen, sehr konkrete Formen an – so etwa im Projekt Schöner Wohnen in Ueckermünde, bei Bürgerinitiativen gegen den Braunkohle-Abbau oder Gen-Mais-Anbau unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch bei der Mitarbeit im Elternbeirat einer Kindertagesstätte im Kreis Oranienburg bei Berlin. Die NPD will damit erreichen, von den Bürgerinnen und Bürgern als eine normale politische Partei angesehen zu werden, sie strebt, wie es der Journalist Toralf Staud ausdrückt, „die Faschisierung der Provinz"

an. Auch in Nordrhein-Westfalen lassen sich solche Bestrebungen beobachten. Die Partei versucht sich als Vertreterin des „anständigen Bürgers“ darzustellen, die eine wählbare Alternative zu den „unfähigen“ etablierten Parteien sei. Dies möchte sie dadurch unterstreichen, dass sie bürgernahe Themen wie Hartz IV aufgreift und sich als Protestpartei darstellt. In diesem Zusammenhang bot sie auch eine Hartz IV-Beratung an. Eine neue Entwicklung ist die Gründung einer NPD-Frauenorganisation, die im März 2007 in Oberhausen eine Regionalgruppe Nordrhein-Westfalen bildete. Diese präsentierte sich umgehend mit einem Infostand in der Oberhausener Innenstadt der Öffentlichkeit. Angesichts der bisherigen Dominanz von Männern unter Mitgliedern und Wählern möchte die Partei somit versuchen, neue Potenziale zu erschließen.

Die Deutsche Volksunion – Das Ein-Mann-Unternehmen Gerhard Freys

Neben der NPD spielt derzeit noch die „Deutsche Volksunion“ (DVU) als rechtsextreme Partei eine relevante Rolle. Vorläufer der Partei war der 1971 in München gegründete Verein „Deutsche Volksunion e.V.“, der ein Sammelbecken sowohl rechtsextremer als auch rechtskonservativer Akteure darstellte. Inhaltlich positionierte sie sich durch fremdenfeindliche, nationalistische und den Nationalsozialismus relativierende Aussagen. Von Beginn an führte der Verleger Dr. Gerhard Frey den Verein autoritär. Unter Freys Vorsitz gründete sich dann 1987 die „DVU-Liste D“. Seit 1991 nennt sich die Partei „DVU“. Das Besondere an der DVU ist, dass sie zwar formal eine Partei ist, de facto aber das Ein-Mann-Unternehmen Gerhard Freys. So existiert kaum Parteileben, an dem die Mitglieder teilnehmen und etwa über Inhalte oder Personalfragen diskutieren. Der Vorsitzende bestimmt autoritär alle wesentlichen politischen Entscheidungen und finanziert sämtliche Aktivitäten. Nach außen hin sichtbar wird die Partei hauptsächlich durch die Wochenzeitung „National Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ aus Freys Verlag. Sie greift tagespolitische Themen auf und versucht sie in ihrem ideologischen Sinne darzustellen. Beispielsweise berichtet sie über Ausländer stets im Zusammenhang mit Kriminalität, um das Pauschalurteil zu verstärken, wonach alle Ausländer kriminelle Täter seien.

Obwohl die DVU aufgrund von Freys Führungsstil und des mangelnden Parteilebens auch als „Phantompartei“ bezeichnet wird, bestritt sie einige Landtagswahlkämpfe erfolgreich und konnte in mehrere Landtage einziehen. In Schleswig-Holstein überwand sie bei der Landtagswahl 1992 die 5-Prozent-Hürde mit 6,3 Prozent und zog mit sechs Parlamentariern in den Landtag ein. Vier Jahre später scheiterte sie mit 4,3 Prozent nur knapp. Ihr größter Erfolg gelang ihr bei den Landtagswahlen 1999 in Sachsen-Anhalt mit 12,9 Prozent. Im Jahr 2007 ist die DVU in den Landtagen von Brandenburg und Bremen vertreten. In den Landtagen präsentierten sich die DVU-Parlamentarier kaum engagiert. Außer in Brandenburg spalteten sich die Fraktionen nach kurzer Zeit. Inhaltlich fielen die Abgeordneten lediglich durch rechtsextreme Propaganda auf. In Nordrhein-Westfalen sind die Kreisverbände weitgehend inaktiv und auch die Mitgliederzahlen sind in den letzten Jahren von 1500 (2004) auf 1300 (2006) gesunken. Den größten Erfolg feierte die Partei bei der letzten Kommunalwahl in Dortmund, wo sie drei Mandate gewann.

Die Republikaner – Der Konflikt um einen gemäßigten oder extremen Kurs

Die Partei „Die Republikaner“ (REP) wurde in den frühen 1980er Jahren als bayrische rechte Protestpartei gegründet und radikalisierte sich ab Mitte der 1980er Jahre. Bundesweit erlangte sie von Ende der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre unter ihrem damaligen Vorsitzenden Franz Schönhuber die Führungsrolle im rechten Parteienspektrum. So konnte sie 1989 bei den Europawahlen 7,1 Prozent erzielen.

In Baden-Württemberg zogen die REP 1992 und 1996 mit 10,9 bzw. 9,1 Prozent zweimal nacheinander in den Landtag ein. Bereits vorher gab es zahlreiche interne Streitigkeiten, die einerseits persönlicher Natur waren, andererseits um die Frage kreisten, ob die Partei sich in Richtung Rechtskonservatismus oder Rechtsextremismus orientieren sollte. Nach dem Ausbleiben weiterer Wahlerfolge verlor sie massiv an Bedeutung und befindet sich in den letzten Jahren in einer Krise. Regional war sie hauptsächlich in Baden-Württemberg und Bayern verankert. In Nordrhein-Westfalen errang sie bei der Kommunalwahl 2004 immerhin noch 29 Mandate, wobei ihre Hochburgen vor allem im Aachener Land und im Ruhrgebiet lagen. Den Landesverband schwächte in den letzten Jahren jedoch der Dauerkonflikt um einen gemäßigteren oder extremen Kurs. Infolgedessen verlor die Partei Mitglieder, so dass die Mitgliederzahl seit 2004 stets unter 1000 lag. Seit 2006 sieht der Verfassungsschutz keine gewichtigen Anhaltspunkte rechtsextremer Bestrebungen der Partei mehr, da nach der Wiederwahl des amtierenden Bundesvorsitzenden 2006 vom vergleichsweise gemäßigten Flügel mit einem Wegbrechen des rechtsextremen Flügels zu rechnen ist.

„Pro Köln“ – Wie will sich die rechtsgerichtete Wählerinitiative positionieren?

Die „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ ist im formalen Sinne keine Partei, sondern ein eingetragener Verein, der vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet wird. Das Wahlergebnis von 4,7 Prozent bei der Kommunalwahl brachte ihr vier Sitze im Kölner Rat, ein ehemaliges Mitglied der Republikaner trat schließlich der „pro Köln“-Fraktion bei, so dass sie über fünf Mitglieder verfügt. Ohnehin waren führende Mitglieder früher bei den Republikanern engagiert, der Vorsitzende sowie sein Stellvertreter auch bei der „Deutschen Liga für Volk und Heimat e.V.“. „Pro Köln“ positioniert sich vor allem als Anti-Islam-Initiative, dies äußert sich kommunalpolitisch vor allem in der Kampagne gegen den geplanten Bau einer repräsentativen Moschee in Köln. Sie schürt dabei Ressentiments, indem sie Islam mit Islamismus gleichsetzt

und ausländerfeindlich agitiert. So macht sie Migrantinnen und Migranten für gesellschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit und Kriminalität verantwortlich. Zudem spricht sie vor allem Mitgliedern der muslimischen Gemeinden Grundrechte wie die Religionsfreiheit ab. Ideologisch vertritt sie einen kulturellen Nationalismus. Hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit versucht der Verein besonders Jugendliche anzusprechen. Dazu entwickelte der „Arbeitskreis Jugend" die Schülerzeitung „Objektiv", die bereits in mehreren Ausgaben erschien und vor Kölner Schulen verteilt wurde.

Bei all dem gibt sich „pro Köln" einen bürgerlichen Anstrich. Der Verein versucht, sich als rechte Alternative zur CDU darzustellen und sich gleichzeitig vom Rechtsextremismus zu distanzieren. So klagte er in den letzten Jahren gegen die Aufnahme in den Verfassungsschutzbericht von NRW – bislang vergeblich. Neben der Orientierung an Ungleichwertigkeitsvorstellungen pflegt der Verein darüber hinaus Kontakte mit rechtsextremen Organisationen. Dies äußert sich zum Beispiel in Interviews von führenden „pro Köln"-Vertretern in den Blättern der DVU und NPD. Des Weiteren sucht „pro Köln" die Zusammenarbeit mit dem belgischen Vlaams Belang und der österreichischen FPÖ, die beide durch eine ausgeprägt fremdenfeindliche, insbesondere islamfeindliche Agitation auf sich aufmerksam machen.

Mit Blick auf die Kommunalwahl 2009 und die Landtagswahl 2010 haben die Aktivisten von „pro Köln" ihr Engagement ausgedehnt und den Verein „pro NRW" gegründet. Vorsitzender ist der „pro Köln"-Vorsitzende Markus Beisicht und Schatzmeisterin ist die Fraktionsvorsitzende von „pro Köln" im Kölner Stadtrat. Auch „pro NRW" sucht die kommunalpolitische Verankerung und initiierte die Gründung von Kreisverbänden im Ruhrgebiet, Münsterland und im bergischen Land. Schwerpunkte der Arbeit sollen konkrete Kampagnen gegen den Bau von Moscheen sein. Der stellvertretende „pro-Köln"-Vorsitzende ist darüber hinaus Vorsitzender der Partei „pro Deutschland", die sich gegen Moscheebauten zum Beispiel in Berlin oder Hannover engagiert. Allerdings steht schon „pro NRW" vor dem Problem, die für ihre kommunalpolitische Strategie nötige Anzahl an ausreichend kompetenten Aktivisten zu finden. Bislang handelt es sich bei den neuen Mitgliedern unter anderem um ehemalige Mitglieder der Republikaner oder der Schill-Partei. Der stellvertretende Vorsitzende von „pro-NRW" ist zugleich Generalsekretär der Partei „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland", die der Verfassungsschutz NRW als „*Splitterpartei des rechtsextremistischen Spektrums*" charakterisiert. Angesichts der Bestrebungen der NPD, bei den nächsten Wahlen in NRW möglichst flächendeckend anzutreten, scheint es derzeit auf einen Zweikampf um das rechte Wählerpotenzial hinauszulaufen.

Strategien rechter Öffentlichkeitsarbeit

„Wortergreifung“ und Mimikry

Mit dem Mittel der sogenannten „Wortergreifung“ intervenieren Rechte in öffentlichen Diskussionen und möchten die Diskutanten und Anwesenden zwingen, sich mit ihren rechten Positionen auseinanderzusetzen. Dieses Vorgehen intellektuell zu unterfüttern, ist eine Aufgabe der „Neuen Rechten“. Denn die „Wortergreifung“ ist praktisch zwar ein Mittel der Selbstinszenierung der Rechten, spielt aber auch inhaltlich eine Rolle. Rechte nutzen die Strategie nicht nur, um sich selbst zu thematisieren, sondern auch, um damit die Ächtung einiger rechter Positionen im öffentlichen Diskurs, wie z. B. die Leugnung des Holocaust, zu kritisieren. In diesem Fall verweisen sie auf eine angebliche „Meinungsdiktatur“ oder einen durch Politik und Medien vermittelten „Schuldkomplex“, der der Normalisierung eines deutschen Nationalbewusstseins entgegenstehe. Zum anderen ist die „Wortergreifung“ Mittel des kalkulierten Tabubruchs. Nach Meinung der Rechten sind sie die einzigen, die Sachverhalte thematisieren, die sich sonst niemand als Wahrheit zu benennen traut. Sie wollen erreichen, dass man nicht mehr nur über sie spricht, sondern mit ihnen diskutiert. Damit wollen sie in der Öffentlichkeit bestehende Blockaden gegenüber rechten Positionen schrittweise überwinden.

Da Rechte wissen, dass sie mit manchen ihrer Themen keine öffentliche Akzeptanz erreichen können, greifen sie oftmals zur Form der Verstellung – der Mimikry. Äußerlich versucht man, das Klischeebild des kahlköpfigen Schlägers zu vermeiden und als vermeintlich normaler politischer Akteur aufzutreten, der angeblich berechtigte Interessen innerhalb des demokratischen Meinungsspektrums artikuliert. In öffentlichen Auftritten, zu denen Unterschriftensammlungen, Mahnwachen und Flugblattaktionen genauso gehören wie das Auftreten in Elternbeiräten und in öffentlichen Diskussionen, greifen sie nicht nur bürgernahe Themen auf, sondern bedienen sich auch irreführender Eigennamen wie „Bürgerinitiative gegen Drogen“. Äußerlich wie inhaltlich verstecken Rechte ihre wahren Interessen. Sie versuchen, öffentliche Diskussionen mit ihren eigenen Themen zu besetzen und dabei die Achtung der Menschenwürde Stück für Stück zu diskreditieren. Die Strategien der Wortergreifung und der Mimikry gehören nicht zur demokratischen Streitkultur, denn sie versuchen damit, die Meinungsfreiheit dafür zu nutzen, den Schutz der Menschenwürde hinterrücks auszuhebeln.

Neben Einschüchterungen, Ausgrenzung und Gewaltanwendungen ist die subtile Konfrontation der Bürger/-innen mit rechter Ideologie durch die „Neue Rechte“ die zweite Strategievariante, um die Demokratie, ihre Vertreter/-innen und Institutionen zu delegitimieren.

„Neue Rechte" – Die intellektuelle rechte Szene

Taktik und Bedeutung der „Rechtsintellektuellen" – Worum geht es ihnen?

Bei der intellektuellen „Neuen Rechten" handelt es sich nicht um eine festgefügte Organisation oder gar um eine Partei. Vielmehr handelt es sich um ein eher loses Netzwerk aus Personen, politischen Projekten, Publizisten und Verlagen. Deren Ziel ist es, verstärkt Einfluss darauf zu gewinnen, wie die Gesellschaft die Wirklichkeit wahrnimmt. Ein Autor der rechtsintellektuellen Wochenzeitung „Junge Freiheit" hat dies 1994 so beschrieben: *„In den fortgeschrittenen und differenzierten Gesellschaften des Westens […] ist die Struktur der Macht diffus. Sie konzentriert sich nicht auf das Regierungsgebäude, vielmehr ist sie in tausend Instanzen verteilt: in den Köpfen und Herzen der Beamten, Lehrer, Journalisten usw. Erst durch die Eroberung des kulturellen Überbaus, der die Mentalität und Wertewelt eines Volkes bestimmt, wird die Basis für den Angriff auf die eigentliche politische Sphäre geschaffen."* Dieser Ansatz folgt der vom italienischen Marxisten Antonio Gramsci entwickelten Formel: Die kulturelle Hegemonie geht der politischen Hegemonie voraus. Ein Beispiel dafür ist das Ringen um die Deutungshoheit: Werden Minderheiten als Bedrohung der Volksgemeinschaft gesehen oder als Ausdruck einer vielfältigen Gesellschaft, in der jeder seine Persönlichkeit verwirklichen darf, solange er dabei die Freiheit anderer nicht einschränkt? Die erste Sichtweise möchte die „Neue Rechte" kulturell weitgehend verankern. Denn erst wenn eine solche Sicht Allgemeingut ist, kann man eine entsprechende Politik durchsetzen, in der die Achtung der Menschenwürde dem Kollektiv untergeordnet wird.

Die „Neuen Rechten" können nicht dem manifesten Rechtsextremismus zugeordnet werden. Dies hängt damit zusammen, dass diese Szene zum einen relativ heterogen ist, zum anderen vermeiden die „Neuen Rechten" bewusst eindeutig rechtsextreme Aussagen, um dem demokratischen Gegner keine Angriffsflächen zu bieten. Denn es gilt nach wie vor die Empfehlung des in neurechten Kreisen einflussreichen Geschichtslehrers Karlheinz Weißmann an seine Gesinnungsgenossen, sich bei öffentlichen Äußerungen durchaus angepasst zu verhalten, je nachdem, *„ob hier der offene Angriff oder politische Mimikry gefordert ist"*. Mit Mimikry meint er nichts anderes als Verstellung und Anpassungsverhalten. Dies ist auch deshalb wichtig, weil die „Neue Rechte" auf die Mitte der Gesellschaft zielt und sich nicht auf den rechten Rand beschränken möchte.

Schon in den 1970er Jahren riet in der vom ehemaligen Pressereferenten von Josef Goebbels herausgegebenen Zeitung „La Plata Ruf“ eine Autorin: *„Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, dass sie nicht mehr ins Klischee des ‚Ewig-Gestrigen' passen [...] Der Sinn unserer Aussagen muss freilich der gleiche bleiben. [...] In der Fremdarbeiter-Frage etwa erntet man mit der Argumentation ‚die sollen doch heimgehen' nur verständnisloses Grinsen. Aber welche Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: ‚Dem Großkapital muss verboten werden, nur um des Profits willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben.' [...] Der Sinn bleibt der gleiche: Fremdarbeiter raus! Die Reaktion der Hörer wird aber grundverschieden sein.“*

Die „Neuen Rechten“ bewegen sich in einer Grauzone zwischen demokratischem und rechtem Spektrum. Der Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter versucht, die demokratische Zwiespältigkeit der „Neuen Rechten“ mit dem Bild des „Scharniers“ zu erfassen, welches die demokratische Mitte und das rechte Spektrum verbindet:

„Scharniere trennen sowohl zwei Gegenstände voneinander und verbinden sie beweglich miteinander; als auch stellen sie selbst eigenständige Elemente dar.“ Das bedeutet, dass die „Neue Rechte“ der Mitte rechte Gedanken nahebringt und umgekehrt die Themen der Mitte in die Diskussionen der Rechten einspeist. Sie betreibt damit eine „Erosion der Abgrenzung“ von Demokraten zum rechten Spektrum.

Der ideologische Hintergrund der „Neuen Rechten“– Woher stammt ihr Gedankengut?

Ideologisch beruft sich die „Neue Rechte“ auf die „Konservative Revolution“. Darunter versteht man eine Gruppe von Intellektuellen in der Weimarer Republik, die der Vorstellung von freien und gleichen Individuen mit einer universellen Menschenwürde sowie der Demokratie, insbesondere dem Parlamentarismus und Pluralismus, ablehnend gegenüberstanden. Stattdessen sei alles gerechtfertigt, was zum Wohle des Kollektivs geschehe. Das Individuum sei lediglich Mittel zum Zweck. Mit „Revolution“ bezogen sich diese Intellektuellen auf die Weimarer Republik, welche sie überwinden wollten. Prominente Vertreter waren: Arthur Moeller van den Bruck (dessen Buchtitel „Das dritte Reich“ später eine unheilvolle Karriere nahm), Ernst Jünger *(„Ich hasse die Demokratie wie die Pest!“),* Edgar Julius Jung (nach Ständen organisierte Volksgemeinschaft statt Menschenwürde), Othmar Spann (Demokratie als „Eiterbeule“) und Oswald Spengler (der die Einrichtung der Weimarer Republik *„den sinnlosesten Tag in der deutschen Geschichte“* nannte).

Den größten Einfluss auf die „Neue Rechte“ hat der umstrittene Staatsrechtler Carl Schmitt (1888–1985). Schmitt entwickelte die Vorstellung, dass als politische Akteure nur Kollektive wie das Volk oder die Nation zu gelten hätten. Diese Kollektive müssten homogen sein, Andersartigkeit bedeute deswegen, seine Existenzberechtigung zu verlieren. Somit spielt die Menschenwürde bei ihm keine Rolle. Politik besteht für ihn darin, dass man zwischen Freund und Feind unterscheidet. Die aus dieser Sicht zwischen den Kollektiven resultierenden Konflikte werden stets als Ernstfall angesehen, in denen man ständig um das eigene Überleben kämpft. Deswegen könne Konfliktregelung nicht unter der Voraussetzung der Anerkennung des anderen stattfinden. Die Folgen dieses Denkens hat der Politikwissenschaftler Kurt Lenk auf die Formel gebracht: „Bataille statt Debatte“. Diesen ideologischen Hintergrund versucht die „Neue Rechte“ auf aktuelle politische Diskussionen zu übertragen.

Dies geschieht etwa in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, einer der wichtigsten Publikationen der „Neuen Rechten“. Die professionell produzierte Zeitung, 1986 gegründet, stellte sich zunächst unverblümt in die Nachfolge der „Konservativen Revolution“ und Carl Schmitts im Besonderen. In den letzten Jahren mäßigte die Zeitung ihren Ton, obgleich sie weiterhin autoritäres Elitedenken vermittelt und die Achtung der Menschenwürde und Demokratie rhetorisch geschickt – gemäß der politischen Mimikry – in Frage stellt. Ein wichtiges Element der Zeitung im Sinne der Scharnierfunktion sind umfangreiche Interviews. Dabei bemüht sich die Redaktion zum einen um anerkannte Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens als Gesprächspartner, zum anderen gibt sie Neurechten Gelegenheit, ihre Ideen zu verbreiten.

Die Bedeutung der „Neuen Rechten“ – Wie ist ihre Wirkung einzuschätzen?

Da die „Neue Rechte“ nur schwer fassbar ist, diskutieren Experten, inwieweit die „Neue Rechte“ Einfluss auf politische Diskurse nehmen kann. Während einige nur einen sehr geringen Einfluss auf die politische Mitte konstatieren, stellen andere anhand ausgewählter Diskurse bei einschlägigen Themen wie Asylpolitik, Vergangenheitspolitik, innere Sicherheit, Zuwanderungspolitik etc. die Übernahme neurechter Argumentationsmuster in Teilen von Politik und Medien fest.

Neben der „Neuen Rechten“ verstehen sich die Revisionisten ebenfalls als Intellektuelle. Ihnen geht es darum, die Schrecken der Naziherrschaft mit pseudo-geschichtswissenschaftlichen Argumenten zu relativieren. In diesem Sinne ist in Nordrhein-Westfalen vor allem die Bildungsstätte „Collegium Humanum – Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V.“ (CH) in Vlotho aktiv. Das CH führte unter anderem Veranstaltungen mit dem vom Holocaust-Leugner Horst Mahler gegründeten „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ durch. Außerdem gibt das CH die Zeitschrift „Lebensschutz-Informationen – Stimme des Gewissens“ (LSI) heraus, in der revisionistische Thesen verbreitet werden.

Entwicklung rechtsextremer und rechtsgerichteter Organisationen in Nordrhein-Westfalen

Die 1960er Jahre: Entstehung und Aufschwung der NPD

Parteien:
- Deutsche Reichspartei (DRP)
- Deutsche Freiheits-Partei (DFP)
- Deutsche Gemeinschaft (DG)
- Freie Sozialistische Volkspartei (FSVP)
- Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) als Zusammenschluss von DFP und DG
- NPD als Sammlungspartei des rechtsextremen Lagers, erste Wahlerfolge ab 1966

Nazistische Organisationen oder Gruppen:
- Wiking-Jugend
- Aktion Oder-Neiße (AKON)
- Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS (HIAG)
- Reichsverband der Soldaten (RdS)

Sonstige Organisationen:
- Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG)
- Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)

Die 1970er Jahre: Entstehung des Neonationalsozialismus mit zeitweiligem Bedeutungsverlust der NPD

Parteien:
- NPD im Niedergang
- Deutsche Volksunion (DVU) entsteht zunächst als Verein

Neonazistische oder aktionistische Organisationen oder Gruppen:
- Deutsche Bürgerinitiative
- Wiking-Jugend
- NSDAP/Auslands- und Aufbauorganisation
- Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene
- Verschiedene lokale Gruppen: Bund der Aufrechten, Demokratische National-Sozialistische Gemeinschaft

Sonstige Organisationen:
- Aktion Neue Rechte
- Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)
- Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes

Die 1980er bis Mitte der 1990er Jahre: Wahlerfolge von Parteien und Verbote von neonazistischen Gruppen

Parteien:
- NPD stagniert
- DVU wird 1987 Partei und hat erste Wahlerfolge
- Republikaner gründen sich 1983 und werden Ende der 1980er Jahre zur führenden rechtsgerichteten Partei

Neonazistische oder aktionistische Organisationen oder Gruppen:
- Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)
- Wiking-Jugend (1994 verboten)
- Skinhead-Subkultur (etwa ab 1983)
- Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene

Sonstige Organisationen:
- Bund Heimattreuer Jugend
- Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes
- rechte Verlage und Vertriebsdienste

Strukturwandel in der Mitte der 1990er Jahre nach der Verbotswelle

Parteien:
- NPD ab Mitte der 1990er Jahre im Aufschwung
- DVU feiert punktuelle Erfolge
- Republikaner verlieren an Bedeutung

Neonazistische oder aktionistische Organisationen oder Gruppen:
- Bildung der weniger verbotsgefährdeten „Kameradschaften" durch sogenannte „Freie Nationalisten" als Nachfolger der Neonazi-Organisationen (Steuerungsinstrumente: Info-Telefone, Schaffung einer Internetplattform für Projekte; Annäherung zwischen NPD und Neonazis)
- Skinhead-Subkultur überschneidet sich in Teilen mit Neonazis
- Hilfsorganisation für „nationale politische Gefangene"

Rechtsextremismus in der Gegenwart

Rechtsextreme Parteienkonkurrenz:
- Erstarken der NPD
- Bedeutungsverlust für DVU und Republikaner
- Gründung der rechtsgerichteten und vom Verfassungsschutz NRW beobachteten Wählerinitiative „pro Köln" und von „pro NRW"

Bildung der „Volksfront von Rechts":
- Organisatorische Verflechtung zwischen NPD und Freien Nationalisten
- „Kameradschaften" in einigen Regionen sehr präsent, Entstehung der „Autonomen Nationalisten"
- Skinhead-Subkultur bleibt stark und gewalttätig

Verlage, Vertriebsdienste und Internetangebote:
- Scharnierfunktion zwischen Rechtsextremen und der Mitte der Gesellschaft
- Webangebote präsentieren die „Erlebniswelt" Rechtsextremismus

Rechtsextreme Einstellungen (NRW):

Befürwortung Diktatur: 2,7 %

Ausländerfeindlichkeit: 24,5 %

Chauvinismus: 22,1 %

Antisemitismus: 10,4 %

Sozialdarwinismus: 4,7 %

Verharmlosung Nationalsozialismus: 4,2 %

10 %
rechtsextreme Einstellungen

Zahlen entnommen aus der FES-Studie „Vom Rand zur Mitte"

Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft

Rechtsextremismus ist in Deutschland ein stigmatisierender Begriff. Wer jemanden als rechtsextrem bezeichnet, grenzt diesen aus dem politischen Diskurs aus. Umgekehrt signalisiert die Selbstbeschreibung eines Bürgers als Rechtsextremist, dass dieser sich deutlich von der politischen Mitte abgrenzen möchte. Indem er sich in eine Fundamentalopposition begibt, verneint er eine gemeinsame Diskussionsgrundlage. Wegen dieser Begriffsverwendung entsteht in der Öffentlichkeit häufig der Eindruck, dass Rechtsextremismus ein Problem ist, das nur einige wenige betrifft und am Rand der Gesellschaft auftritt. Aus dieser Sicht reichen ein funktionsfähiger Verfassungsschutz bzw. eine tatkräftige Polizei aus, um Demokratie und die Achtung der Menschenwürde zu schützen. Diese Wahrnehmung verkennt jedoch, dass die Übergänge vom Rand zur Mitte und vom latenten zum manifesten Rechtsextremismus fließend sind. Die Mitte der Gesellschaft ist keineswegs vor Rechtsextremismus gefeit. Damit handelt es sich um ein gesellschaftspolitisches Problem, das nicht nur die Strafverfolgungsbehörden angeht. Achtung der Menschenwürde und Demokratie sind auf die Unterstützung aller Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

Sind rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft verankert?

Insofern sind rechtsextreme Einstellungen, die gar nicht so selten vorkommen, ein ernsthaftes Problem. Wie bereits auf Seite 17 dargestellt, sind rechtsextreme Einstellungen bei über 10 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen vorhanden, einzelne Einstellungselemente wie Fremdenfeindlichkeit sind gar bei einem Viertel zu finden. Viele Studien weisen auf die Übergänge zwischen Rand und Mitte hin. Die Wissenschaftlergruppe des Otto-Suhr-Instituts analysierte 2003, wie sich Befragte mit rechtsextremen Einstellungen auf einer Links-Rechts-Skala einschätzen. Zehn Prozent der Befragten, die sich links einstufen, sind rechtsextrem eingestellt. Jeweils 15 Prozent, die sich der linken bzw. der rechten Mitte zuordnen, denken ebenfalls rechtsextremistisch und 36 Prozent verorten sich direkt rechts. Dies belegt, dass ein Teil der Bevölkerung zumindest teilweise rechtsextreme Einstellungen aufweist, ohne sich selbst als rechtsextrem wahrzunehmen.

Hinsichtlich einzelner rechtsextremer Haltungen ist die Mitte der Gesellschaft sehr anfällig. Dies zeigen die empirischen Befunde der Erziehungswissenschaftler Klaus Ahlheim und Bardo Heger zu Fremdenfeindlichkeit in Deutschland 1999 am Beispiel des rechtsextremen Ideologems der Fremdenfeindlichkeit. Zunächst untersuchten sie die Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit. Sie überprüften dann bei denjenigen mit überwiegend fremdenfeindlichen Einstellungen, für welche Parteien sie sich bei der Wahl entscheiden würden. Lediglich 5 Prozent würden die Republikaner (und 1 Prozent sonstige Parteien) wählen; der überwiegende Teil aber demokratische Parteien: 34 Prozent CDU/CSU, 29 Prozent SPD, 7 Prozent FDP, 7 Prozent Bündnis 90/Die Grünen und 3 Prozent PDS. Niedrige Wahlergebnisse für rechte Parteien bedeuten also nicht automatisch, dass rechtes Gedankengut nur in geringem Maße existiert. Diese Parteien schöpfen lediglich ihr Wählerpotenzial nicht aus. Das gilt auch für Nordrhein-Westfalen, dessen rechts-

extremes Wählerpotenzial auf immerhin 8 Prozent geschätzt wird. Die vom Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen 2001 erstellte Jugendstudie „Rechtsextremismus und Gewalt" stellte ebenfalls eine weite Verbreitung von fremdenfeindlichen Einstellungen fest: 46 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu: „Ausländer provozieren durch ihr Verhalten selbst die Ausländerfeindlichkeit." Und 29 Prozent befürworteten die Aussage „Deutsche Frauen sollen keinen Ausländer heiraten."

Welche rechtsextremen Denkmuster greifen politische Eliten auf?

Aber die Übergänge zwischen Rand und Mitte lassen sich nicht nur an Zahlen festmachen. In den letzten Jahren stießen Politikerinnen und Politiker sowie Intellektuelle immer wieder Diskussionen an, bei denen sie auf rechtsextreme Versatzstücke zurückgriffen – ob aus Überzeugung oder um Wählerstimmen zu gewinnen, sei dahingestellt.

Dafür gibt es viele Beispiele. Im Bundestagswahlkampf 2005 sprach Oskar Lafontaine, „Die Linke", auf einer Kundgebung in Chemnitz davon, *„dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter mit zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen".* Damit bediente Lafontaine fremdenfeindliche Vorurteile, indem er zum einen eine grundlegende Differenz zwischen den Einheimischen – „Familienvätern" und „Frauen" – sowie den Fremden unterstellte. Zum anderen dämonisierte er „den Fremden", der den Einheimischen mit Tricks wie „niedrigen Löhnen" etwas wegnehmen wolle. Der Fremde wird nicht als „Familienvater" oder „Frau", sondern eben nur als Lohndrücker gesehen. Von dieser Äußerung distanzierte sich Oskar Lafontaine danach.

Ein zweites Beispiel ist die Rede des Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann, CDU, zum Nationalfeiertag im Oktober 2003. Darin bezeichnete er Juden indirekt als „Tätervolk". Es entspricht der Lehre des Nationalsozialismus, das Judentum als Volk und nicht als Religionsgemeinschaft zu definieren. Der Ausdruck könnte zudem antisemitische Vorurteile wecken und die nationalsozialistischen Verbrechen relativieren.

Bei seiner Rede erntete er zunächst keinen Protest der Zuhörenden. Im Nachhinein jedoch wurde die Rede Hohmanns heftig kritisiert und führte dazu, dass die CDU/CSU ihn als ersten Abgeordneten überhaupt aus der Bundestagsfraktion und später auch aus der Partei ausschloss.

Festzuhalten bleibt, dass solche Äußerungen ablehnende Vorurteile verstärken können und eine politische Kultur beschädigen, in der Achtung der Menschenwürde und Demokratie oberste Richtschnur sind.

Der Wolf im Schafspelz – Wie rechtsextreme Ideen gesellschaftsfähig werden sollen

Auch wenn in der Öffentlichkeit häufig der Eindruck entsteht, Rechtsextremismus sei ein Problem am Rande der Gesellschaft, das nur wenige betrifft, machen die Neigungen zu rechtsextremen Einstellungen in unserer Gesellschaft sowie der Rückgriff auf rechtsextreme Versatzstücke des einen oder anderen Politikers deutlich, dass Demokratie und Menschenwürde keine Selbstverständlichkeit sind.

Hinzu kommen die Bemühungen von Rechtsextremen, immer mehr in die Mitte der Gesellschaft zu drängen. Dies geschieht, indem sie sich scheinbar unpolitisch zum Beispiel in Bürgerinitiativen, Elternvertretungen von Schulen oder in der Jugendarbeit engagieren und dort versuchen, rechtsextremes Gedankengut zu verbreiten und Anhänger für die rechte Szene zu gewinnen. Rhetorisch zeigen sie sich dabei gemäßigt, ihre Inhalte sind jedoch gegen die Achtung der Menschwürde und die Demokratie gerichtet.

Im Folgenden soll anhand von Beispielen aufgezeigt werden, wie Rechtsextreme agieren und argumentieren und was wirklich dahintersteckt:

Rechtsextreme und rechtsgerichtete Parteien nehmen an demokratischen Wahlen teil und arbeiten im Parlament mit.

Das bedeutet jedoch nicht, dass sie das demokratische System akzeptieren. Da Rechtsextreme von der Ungleichwertigkeit der Menschen ausgehen und einen rechtsautoritären Führerstaat anstreben, lehnen sie das politische System Deutschlands grundsätzlich ab. Sie nutzen ihre Arbeit im Parlament nicht dafür, das demokratische System zu verbessern, sondern es abzuschaffen und durch ein neues, menschenverachtendes System in ihrem ideologischen Sinne zu ersetzen. Uwe Leichsenring, Parlamentarischer Geschäftsführer der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, brachte das in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (21.9.2004) auf den Punkt: *„Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung."*

Rechtsextreme kritisieren oft, dass sie von „sogenannten Demokraten" ständig daran gehindert werden, ihre Meinung frei zu äußern, obwohl die Meinungsfreiheit ein garantiertes Recht im Grundgesetz ist. Sie stellen sich als Kämpfer für „echte" Meinungsfreiheit dar.

Richtig ist, dass die Meinungsfreiheit ein wichtiges Grundrecht ist, das durch das Grundgesetz geschützt wird. Der Schutz der Menschenwürde gebietet es jedoch, die Meinungsfreiheit zu beschränken, sobald sie zur Verletzung der Menschenwürde missbraucht wird. Diese Begrenzung der Meinungsfreiheit ist ebenfalls im Grundgesetz verankert. Weil die Propaganda von Rechtsextremen oft genug die Menschenwürde verletzt, ist die Einschränkung der Meinungsfreiheit in diesen Fällen gerechtfertigt und verstößt nicht gegen das Grundgesetz.

Rechtsextreme engagieren sich zunehmend zum Beispiel in Bürgerinitiativen, Elternvertretungen von Schulen oder in der Jugendarbeit.

Dieses scheinbar unpolitische Engagement nutzen Rechtsextreme, um ihr Gedankengut zu verbreiten und Anhänger für die rechte Szene zu gewinnen:

„Nach außen wollten wir mit unserer Jugendarbeit ein gesellschaftsfähiges Image vermitteln, so dass man uns nicht sofort als Rechte erkennt. Das hat auch erschreckend gut funktioniert: Die Jugendlichen kamen mit ihren Problemen,

und wir haben sie in allen Lebenslagen unterstützt, bei Umzügen oder Ämtergängen. Die waren nicht unbedingt rechts, sind dann aber über uns so reingerutscht. Wir sind zusammen Fußball spielen gegangen und zu Neonazidemos gefahren.", so ein Aussteiger aus der rechten Szene in Spiegel Online am 15.9.2006.

Rechtsextreme nutzen immer öfter rhetorisch gemäßigte Slogans, denen auf den ersten Blick nicht anzusehen ist, was sich genau dahinter verbirgt.

Auch wenn Rechtsextreme immer häufiger versuchen, rhetorisch gemäßigt aufzutreten, und ihre Ansichten auf den ersten Blick harmlos erscheinen, verbergen sich dahinter oft rechtsextreme Inhalte, die gegen die Achtung der Menschenwürde und die Demokratie gerichtet sind. Mit dieser Strategie wollen sie rechtsextreme Begriffe und Gedanken gesellschaftsfähig machen und als normale politische Akteure angesehen und akzeptiert werden:

—— Hinter dem harmlos wirkenden Slogan **„Wir lieben das Fremde in der Fremde"** verbirgt sich beispielsweise die Parole „Ausländer raus!" Die Idee hinter dem Slogan wird auch unter dem gebildet anmutenden Begriff „Ethnopluralismus" verbreitet. Dabei gehen Rechtsextremisten davon aus, dass es viele Völker gibt, die ein Existenzrecht haben und deswegen nebeneinander existieren dürfen. Andererseits sollte jedoch jedes Volk homogen sein. Rechtsextremisten vertreten dabei den Mythos, dass Völker etwas Natürliches seien, die es schon immer gegeben habe und die über die Zeit gleich geblieben seien. Darum müsse eine Vermischung von Völkern verhindert werden. Verschiedenartigkeit und Individualität innerhalb eines Volkes lehnen sie damit ab. Der Einzelne besitze nur dann eine Würde, wenn er sich im Land seines Volkes befinde, ansonsten sei er rechtlos. Ein türkischstämmiger Mitbürger hätte demnach keinerlei Rechte, wenn er in Deutschland lebt. Folglich verbirgt sich hinter dieser Idee die Ablehnung der Menschenwürde. Denn Menschenwürde bedeutet, dass jeder Mensch überall eine Würde besitzt, allein dadurch, dass er Mensch ist.

—— Rechtsextreme Organisationen haben nun auch die Sozialpolitik für ihre Propaganda entdeckt und inszenieren sich als Anwalt und Interessenvertreter der sogenannten „kleinen Leute". Aber auch dahinter verbirgt sich eine menschenverachtende Politik. Denn wenn sie sich dafür aussprechen, dass es den „kleinen Leuten" besser gehen sollte, sprechen sie nur von denjenigen, die in ihr Weltbild passen. Das zeigt auch der Slogan **„Sozial geht nur national"**. Hiermit sprechen sie sich vordergründig für eine solidarische Gesellschaft aus: *„Mensch kann der Mensch nur da sein, wo er unter seinesgleichen ist und eine solidarische Gesellschaft ausbilden kann."* (NPD: Argumente für Kandidaten und Funktionsträger, 2006). Allerdings gehen sie von einem völkisch-rassistischen Verständnis von Gesellschaft aus. Die Solidarität gilt nicht Ausländern oder Menschen, die nicht in das völkische Weltbild hineinpassen. Solidarität unter Menschen verzerren Rechtsextreme zur Solidarität unter Deutschen. Zum Beispiel schreibt die NPD in ihrem Partei-Programm: *„Nationaldemokratische Sozialpolitik fühlt sich auch den sozial Schwachen unseres Volkes verpflichtet. Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern. Asylanten dürfen keinen einklagbaren Anspruch auf deutsche Sozialleistungen besitzen."* Dagegen hat der deutsche Sozialstaat die Aufgabe, den Schutz der Menschenwürde auch in materieller Hinsicht zu verwirklichen und für jeden zumindest das Existenzminimum zu sichern. Darüber hinaus hat jeder, der in die Sozialversicherungen (z. B. Kranken- oder Arbeitslosenversicherung) einzahlt, auch einen Anspruch darauf, dass ihm die Solidargemeinschaft in der Not (z. B. Krankheit oder Arbeitslosigkeit) hilft – unabhängig von seiner Nationalität.

—— In Bezug auf die Europäische Union sprechen sich Rechte rhetorisch geschickt für ein **„Europa der Vaterländer"** aus. Da Nationalismus ein Kernelement ihrer Ideologie ist, können sie der europäischen Integration nichts abgewinnen. In einer gemeinsamen Erklärung von NPD, DVU, den Republikanern und „pro Köln" mit der Identitäts-Traditions-Souveränitäts-Fraktion der rechten Parteien im Europaparlament forderten sie im September 2007: *„Anerkennung der nationalen Interessen, Souveränitäten, Identitäten und Unterschiedlichkeiten"*. Damit betonen sie das Trennende und „vergessen" das Gemeinsame der Europäer. In ihr nationalistisches Denkmuster passt nicht hinein, dass sich jemand zugleich als Deutscher und Europäer und vielleicht auch noch als Rheinländer oder Westfale versteht. Zudem zeichnen die Rechten ein Zerrbild von Europa. In der Erklärung verpflichten sie sich zur „Opposition zu einem vereinheitlichten und bürokratischen europäischen Superstaat". Dass die europäische Integration zu einer einzigartigen Friedensperiode auf dem Kontinent beigetragen und den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern zahlreiche Freiheiten gebracht hat, spielt für sie keine Rolle. Sie interessieren sich nur für das „Vaterland".

Die „88“ auf dem T-Shirt – Politische Aussage oder sportliches Design?

Das Hakenkreuz kennen alle, den Gruß „Heil Hitler“ auch. Doch was macht man, wenn solche Inhalte versteckt werden, wenn aus „Heil Hitler“ die Zahlenkombination 88 wird? Es gibt mehr als 120 bekannte Symbole und Codes, die verschlüsselt oder offen eine rechte politische Orientierung ausdrücken. Sie sind für Außenstehende häufig schwer erkennbar. Jedoch sind sie mehr als nur Erkennungsmerkmal für Gleichgesinnte: Sie vermitteln ein Gruppengefühl und sie transportieren eine eindeutige politische Botschaft.

Dabei gibt es zwei Kategorien von Zeichen – diejenigen mit offenen und diejenigen mit verdeckten Botschaften. Die Ersten dienen der offenen politischen Selbstdarstellung des Trägers und sind oft aus einem historischen Bezug zum Nationalsozialismus erklärbar oder beziehen sich auf rechtsextreme Parteien.

Die versteckten Glaubensbekenntnisse funktionieren anders. Ihre Codes sind nur Eingeweihten bekannt und tragen somit vor allem zur Bildung einer Gruppenidentität der rechten Szene nach innen bei. Nur durch Kenntnis des zugeordneten Inhalts kann das Symbol verstanden werden. Ein Außenstehender weiß kaum, dass die Zahlenkombination 28 für das in Deutschland verbotene Neonazi-Skinhead-Netzwerk Blood & Honour (B&H) steht.

„Die Wehrmacht“ und „Der Landser“ sind die am häufigsten verwendeten Vorbilder in der rechten Jugendszene. Aus dem militärischen und kriegerischen Spektrum stammen ein Großteil der Bezeichnungen von Bands und Zeitschriften. Zu der Heroisierung von Kriegern und Kämpfern gehört auch die Darstellung des Skinheads.

Ähnlich beliebt ist die Bezugnahme auf germanische Kämpfer und Wikinger. Viele rechte Jugendliche definieren sich selbst auf diese Weise als jüngstes Glied in einer angeblich historisch begründeten Identitätslinie. Weite Verbreitung hat zum Beispiel die Irminsul, das Symbol für den Lebensbaum oder die Weltenesche, die das Dach der Welt trägt. Sie gilt als Gegensymbol zum christlichen Kreuz und war das Zeichen des Ahnenerbe, der zentralen SS-Forschungseinrichtung.

Bei der Beschreibung des Kleidungsstils und der Symbolik in der rechten Jugendszene lässt sich längst nicht mehr nur das Bild des martialischen Neonazi-Skins zeichnen. Die optischen Abgrenzungen zu anderen Szenen werden zusehends unscharf und es vermischen sich Stilelemente, Symbole und ästhetische Vorstellungen.

Die (versuchte) Übernahme linker oder vermeintlich linker Symbolik ist ein anderes Problemfeld. Das Tragen von „Palästinenser-Tüchern“ und die Nutzung schwarzer Fahnen gehören bei neonazistischen Auftritten beinahe schon zum Standardrepertoire, Symbole antifaschistischer Gruppen und Kampagnen erfahren ihre Verfremdung und werden ins Gegenteil verkehrt. Selbst der Irokesen-Schnitt, weithin als Punk-Frisur verstanden, ist heute unter den Neonazis kein Tabu mehr.

Obwohl die extrem rechte Jugendkultur die „Braunhemden“ im Schrank lässt und stattdessen – modisch auf dem neuesten Stand – mit Piercings auftritt, hat das Interesse an Symbolen mit NS-Bezug nichts an Popularität verloren. Das Eiserne Kreuz und die Reichskriegsfahne sind sogar die am häufigsten und in vielfältigen Produktvarianten angebotenen Symbole der diversen extrem rechten Versandhändler. Auch andere Zeichen aus dem Nationalsozialismus, wie die Schwarze Sonne oder die Kombination Hammer und Schwert, werden in der Szene immer beliebter. Die farbliche Gestaltung von Fahnen und Symbolen in der extrem rechten Szene wird nur wenig wahrgenommen. Dabei stellen gerade die Farben schwarz-weiß-rot einen wichtigen Eckpfeiler der Identifikation innerhalb der extremen Rechten dar.

Zahlencodes dienen der Verschlüsselung strafrechtlich relevanter Begriffe, Grußformeln oder Organisationszeichen. Sie werden in einer Vielzahl von T-Shirt-Motiven, Emblemen, Gruppen- und Bandnamen verwendet. Dabei stehen die Zahlen synonym für die entsprechenden Buchstaben im Alphabet. Bereits für die unmittelbare Nachkriegszeit lässt sich der heute populäre Code „88“ als Verschlüsselung für „Heil Hitler“ nachweisen. Da Zahlenaufdrucke auf T-Shirts oder Jacken generell beliebt sind und von führenden Markenherstellern ohne politischen Hintergrund angeboten werden, sollte unbedingt darauf geachtet werden, in welchem Kontext sie auftauchen.

Für den Umgang mit extrem rechten Jugendkulturen ist das Wissen um Symbole, Codes und Kleidungsstil wichtige Voraussetzung. Verbote allein greifen zu kurz.

Entnommen aus:
„Lern- und Arbeitsbuch gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2008

Die rechtsextreme Jugendszene

Zahlreiche Jugendszenen existieren neben- und miteinander, einige davon bekämpfen sich auch gegenseitig. Für Jugendliche gewinnen Gruppen von Gleichaltrigen während ihrer Sozialisation enorm an Bedeutung. Dort finden sie verschiedene Möglichkeiten, sich zu entfalten und zu erproben. Auf der überregionalen Ebene ordnen sich die verschiedenen Cliquen bestimmten Szenen zu, die sich durch soziokulturelle Gemeinsamkeiten auszeichnen. Dazu gehören ästhetische Ausdrucksformen sowie die Übernahme von Welt- und Selbstdefinitionen. Neben zahlreichen Jugendszenen wie Hooligans, Gothic oder Black-Metal, die in Teilen für rechtsextreme Einflüsse offen sind, sind die Neonazis und die rechten Skinheads zwei Jugendszenen, deren Welt- und Selbstdefinitionen ausdrücklich rechtsextrem geprägt sind. Beide Szenen vermitteln den Jugendlichen in der Gemeinschaft ein trügerisches Gefühl von Stärke und Anerkennung.

Neue Nazis mit alten Zielen – Wofür treten Neonazis ein?

Neonazis berufen sich ideologisch auf den historischen Nationalsozialismus, wobei die Bezugspunkte innerhalb der Szene variieren. In jedem Fall vertreten sie einen völkischen Nationalismus, den sie durch „Überwindung des Systems“ verwirklichen wollen. Mit dem Begriff „System“ verschleiern sie nur schwach, dass sie sich gegen die Achtung der Menschenwürde und Demokratie richten. Menschen, die nach der neonazistischen, rassistischen Definition nicht dem deutschen Volk angehören, bezeichnen sie als minderwertig. Damit rechtfertigen sie Diskriminierung und sogar Gewalt gegen diese Gruppen. Die Neonazis sind – trotz vermehrter Zusammenarbeit mit der NPD in jüngster Zeit – parteiförmig ungebunden, weil ihrer Meinung nach Parteien zur Anpas-

sung an das zu überwindende System neigen. Bis zu Beginn der 1990er Jahre waren die Neonazis häufig in Vereinen organisiert. Dies änderte sich dann allerdings. Denn als nach der Wiedervereinigung Deutschlands rechtsextreme Straftaten, insbesondere gewalttätige Übergriffe auf Ausländer und andere Minderheiten, drastisch zunahmen, erhöhten die Innenministerien des Bundes und der Länder den Verfolgungsdruck auf neonazistische Organisationen. Mit zahlreichen Vereinsverboten störten sie die rechtsextreme Infrastruktur empfindlich. Zuletzt wurde 2006 der Verein „Schutzbund Deutschland“ vom Brandenburger Innenministerium verboten.

„Freie Kameradschaften“ – Wie sind Neonazis heute organisiert?

Als Folge dieser Politik entwickelten Vordenker der Neonazi-Szene, wie Thomas Wulff, Christian Worch und Thorsten Heise, eine neue Organisationsstrategie, die vornehmlich durch eine informelle Struktur gekennzeichnet ist – die sogenannten „freien Kameradschaften“. Demnach bilden sich auf lokaler Ebene kleine, autonome Gruppen. Meistens umfassen sie 5 bis 25 Mitglieder mit einem Durchschnittsalter zwischen 20 und 25 Jahren. Sie sind aktionistisch orientiert und deswegen hochgradig mobilisierungsfähig. Dies geschieht mittels Internet und Handy für gemeinsame überregionale Aktivitäten wie Demonstrationen. Ungeachtet der dezentralen Organisation sind die örtlichen Kameradschaftsführer untereinander vernetzt, wobei auch hier wiederum einige wenige den Ton angeben. Die Vernetzung fördern die sogenannten Aktionsbüros in mehreren Regionen Deutschlands. Für Nordrhein-Westfalen ist das „Aktionsbüro Westdeutschland“ zuständig. Dieses hält auf seinen Webseiten unter anderem Propagandamaterial und Informationen für Kampagnen bereit. Da die Kameradschaften ohne Vereinsstatut, offiziellen Mitgliederstatus und Vereinsvermögen auskommen, fehlen den staatlichen Behörden Ansatzpunkte für repressive Maßnahmen. Damit besitzen die Neonazis unter dem Motto „Organisierung ohne Organisation“ einen jederzeit mobilisierbaren, gemeinschaftlich agierenden Verbund.

Das Kameradschaftsleben zeichnet sich durch gemeinsame Treffen mit Stammtischcharakter aus, zum Teil finden aber auch „politische Bildungsveranstaltungen“ in Form von Vorträgen statt. Häufig ist die Existenz einer Kameradschaft von einem Führer abhängig, ohne den die Gruppe zerfällt. Weiterhin wird das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt durch Demonstrationstourismus und den dabei zumeist auftretenden Kontakten mit den eigenen Feindbildern: linke Gegendemonstranten und Polizei. In Nordrhein-Westfalen zählten 2006 und 2007 rund 460 Personen zur Szene der Kameradschaften. Regionale Schwerpunkte sind vor allem: Aachener Land, Hochsauerlandkreis/Kreis Siegen, Dortmund, Rhein-Sieg-Kreis und Köln. Da im Hochsauerlandkreis/Kreis Siegen und in Köln die Führungsaktivisten 2006 weggezogen sind bzw. inhaftiert wurden, sind die betreffenden Kameradschaften erheblich geschwächt. Die Dortmunder Neonazi-szene ist am aktivsten. Sie beteiligt sich an allen wichtigen bundesweiten Aktivitäten, unterhält enge Kontakte zu anderen Neonazis im Ruhrgebiet und schafft es, bis zu 80 Personen für Aktionen zu mobilisieren. Bemerkenswert ist außerdem, dass dort ein Generationswechsel an der Spitze gelingt, ohne die Szene zu schwächen. Allerdings scheint die nachrückende Generation sowohl stärker politisiert als auch gewaltbereiter zu sein. Nachdem in den letzten Jahren das Verhältnis der Kameradschaften zur NPD innerhalb der Szene umstritten war, scheint nach der gemeinsamen 1. Mai-Demonstration 2007 in Dortmund eine Entscheidung zugunsten eines kooperativen Verhältnisses gefallen zu sein.

Alte Gefahr in neuen Kleidern – Welche Symbole und Codes spielen eine Rolle?

Als Erkennungszeichen haben Rechtsextreme verschiedene Symbole und Codes entwickelt, die sich häufig auf den Nationalsozialismus beziehen (Siehe auch Seite 37). Dazu gehört typischerweise das Hakenkreuz. Da die Verwendung aber verboten ist, versuchen Rechtsextreme solche Verbote mit Zahlencodes zu umgehen. Zum Beispiel steht der Code 88 jeweils für den achten Buchstaben im Alphabet. HH ist ein Kürzel für „Heil Hitler“. Weitere Zahlencodes sind 18 für „Adolf Hitler“ oder 19 8 für „Sieg Heil“.

In öffentlichen Stellungnahmen sprechen sich Neonazis gegen Gewalt aus. Angesichts ihrer ablehnenden Haltung zur Achtung der Menschenwürde, die Gewalt legitimiert, geschieht dies jedoch aus taktischen Gründen. Denn um die Öffentlichkeit nicht abzuschrecken, bemühen sie sich teilweise um ein bürgerliches Auftreten, gerade bei Demonstrationen, wo sie am ehesten nach außen sichtbar sind. So legen die Organisatoren von Gedenkveranstaltungen in der Regel Wert auf eine halbwegs seriöse Kleidung. Zum „Trauermarsch“ in Lübeck am 29. März 2007 schrieb der Veranstalter im Aufruf auf seiner Internetseite:

„Alliierte Kleidungsstücke wie Bomberjacken und Springerstiefel sind nicht nur von der Versammlungsbehörde untersagt, sondern auch vom Veranstalter unerwünscht. Dazu zählen auch Halbschuhe mit Stahlkappe. [...] Am sinnvollsten ist, Bekleidungsstücke zu tragen, die überhaupt keinen Aufdruck haben. Bedenkt bitte: Es ist ein Trauermarsch, also kleidet Euch entsprechend!!!“

Eine neuere Entwicklung in der rechtsextremen Jugendszene ist eine zunehmende Bandbreite an Dresscodes. So tragen die rechtsextremen „autonomen Nationalisten“ – eine neue Erscheinung innerhalb der Neonazi-Szene – schwarze Kapuzenpullover, Sonnenbrillen, Baseballmützen und Palästinenser-Tücher. Damit sind sie äußerlich nicht von Links-Autonomen zu unterscheiden. Im Übrigen grenzen sie sich von den Vereinnahmungsversuchen der NPD ab und betonen ihre Eigenständigkeit. Sie sind prinzipiell gewaltbereit. Zu ihnen zählen in Nordrhein-Westfalen etwa 50 bis 60 Personen. Allerdings ist diese neue Gruppierung in der rechten Szene nicht zuletzt wegen ihres Kleidungsstils umstritten.

Kahle Köpfe in der rechtsextremen Szene – Welche Bedeutung haben Skinheads?

Die Auflösung fester Dresscodes betrifft teilweise auch die Skinheadszene. Ursprünglich stammt die Skinheadbewegung aus Großbritannien und war dort zunächst eher unpolitisch. Als Gegenbewegung zu den Hippies entstand sie Ende der 1960er Jahre im Arbeitermilieu. Hauptsächlich zählten sich junge Männer dazu, von denen etliche prekäre Zukunftsaussichten besaßen. Ästhetisch legten sie mit Jeanshose, Bomberjacke, Springerstiefeln und Glatzkopf Wert auf eine aggressive Männlichkeit. Herausragende Freizeitaktivitäten waren Fußball, Randale bis zu Schlägereien, exzessive Saufgelage und Konzerte, insbesondere von Ska-Bands. Ab den 1970er Jahren setzte dann eine Politisierung der Skinheads ein. Während ein Teil rassistische Ideen übernahm, schwenkte ein anderer Teil der Szene, die Sharp- oder Red-Skins nach links, ein dritter Teil wiederum, die „Oi!-Skins", blieb betont unpolitisch. In dieser Zeit verbreiteten sich Skinheads auch in Deutschland. Inzwischen dominieren in Deutschland die rechten Skinheads.

Die rechte Skinhead-Szene ist durch eine gewisse Heterogenität gekennzeichnet. Es gibt keine festen Strukturen. Jede Clique ist anders. Für das Zusammengehörigkeitsgefühl spielt neben dem beschriebenen Dresscode Musik eine herausragende Rolle. Zum einen stabilisieren Konzerte die Szene durch positive gemeinsame Erlebnisse, zum anderen dienen sie der Rekrutierung neuer Mitglieder und der Verbreitung der rassistischen Botschaft. Ferner festigen die genannten rechtsextremen Symbole und Codes die kollektive Identität dieser Skinheads-Gruppen. Ideologisch ist die Szene in weiten Teilen nicht gefestigt. Es herrscht eher ein dumpfer Rassismus vor, häufig insbesondere Antisemitismus, dem autoritäre Orientierungen beigemischt sind. Zudem besteht eine hohe Gewaltbereitschaft, die bereits zahlreiche Opfer gefordert hat: in erster Linie Ausländer, Farbige, Homosexuelle und Linke. In Nordrhein-Westfalen gab es 2006 etwa 1350 rechtsextreme Skinheads. Derzeit lassen sich vier regionale Schwerpunkte der Szenen ausmachen: Aachen/Düren, Dortmund/Ennepetal, Siegen und Düsseldorf.

In der Praxis sind die Grenzen zwischen Skinheads und Neonazis oftmals fließend. Beispielsweise verbot 2001 das sächsische Innenministerium die „Skinheads Sächsische Schweiz", die mit Neonazis eng verbunden, straff organisiert und ideologisch geschult waren; hinzu kam noch ihre hochgradige Gewaltbereitschaft.

Mütter und Kampfgefährtinnen – Welche Rolle spielen Frauen in der Szene?

Wenngleich im Rechtsextremismus eindeutig Männer dominieren, engagieren sich dort ebenfalls einige Frauen. Als Unterorganisation der NPD fungiert seit Herbst 2006 der Ring nationaler Frauen (RNF), der 2007 auch eine Landesgruppe in Nordrhein-Westfalen gründete. Zudem existiert die Website Triskele, die sich ausdrücklich an rechtsextreme Frauen richtet. In der rechtsextremen Jugendszene pflegen die Frauen aber keine eigenständigen Organisationen. Auch wenn innerhalb der Kameradschaftsszene keine separaten Frauen-Kameradschaften existieren, sind Frauen in zahlreichen Kameradschaften eingebunden. In der Skinhead-Szene heißen Frauen „Renees", die sich durch ein eigenes Styling abheben. Frauenbilder im Rechtsextremismus umfassen die Frau als Mutter, die die Reproduktion und „nationale Erziehung" des Nachwuchses sicherstellen soll, und die Frau als Gefährtin im „Kampf gegen das bestehende System". Im Skindhead-Magazin „Stiefelträger" heißt es: *„Wir glauben, dass die Mutterschaft die größte und edelste Position ist, die eine weiße Frau je erreichen kann. Ebenso glauben wir an die Familie, mit einem herrschenden Mann und einer stolzen Frau, der beste Weg, die sichere Fortpflanzung unserer Rasse zu sichern."* Deswegen verwundert es nicht, dass Frauen in der rechtsextremen Jugendszene kaum Führungspositionen einnehmen. Allerdings gibt es Ausnahmen. Wenn Frauen sich engagieren wollen, können sie mitunter auch an Einfluss gewinnen. Ein Indiz für die jedoch insgesamt geringe Einbindung von Frauen in Aktivitäten ist ihr seit mehreren Jahren niedriger und nur gering steigender Anteil an rechtsextrem motivierten Straftaten von etwa 7 Prozent. Dennoch stellt das immer häufigere Engagement von Frauen in diesen beiden Szenen ein stabilisierendes Element dar. Solange Neonazis und Skinheads in ihren Szenen Partnerinnen finden, fehlt ein wesentliches Motiv, aus der Szene auszusteigen.

Erlebniswelt Rechtsextremismus

Der Einstieg in die rechte Szene – Was macht sie so attraktiv für Jugendliche?

Der Einstieg in eine rechtsextreme Jugendszene erfolgt nicht immer als bewusste Entscheidung für die rechtsextreme Ideologie. Oftmals sind das alternativlose Umfeld mit nur wenigen Jugendgruppen oder Freizeitangeboten, der nicht erlernte kritische Umgang mit rechtsextremem Gedankengut oder die Suche nach Anerkennung ein Grund, sich leichtfertig einer solchen nach außen geschlossen und stark auftretenden Jugendclique anzuschließen.

Zudem bemühen sich Rechtsextreme mit ihren Angeboten in den letzten Jahren verstärkt um Jugendliche, da ihnen diese leichter beeinflussbar erscheinen. Hierbei zielen sie auf die Lebenswelt ihrer potenziellen Anhänger ab. Mit der Verbindung von Lebensgefühl, Freizeit- und Unterhaltungsangeboten und politischen Botschaften versuchen sie, neue Anhänger für die Szene zu gewinnen und sie in der Szene zu halten.

Zunehmend werden Jugendliche über eher unpolitische Angebote in Sportclubs oder bei Straßenfesten von jugendlichen Szeneanhängern angesprochen und mit der „Erlebniswelt“ dieser Jugendszene geködert. Uniforme Kleidung und einschlägige Symbole, Codes und Geheimsprache, die Zugehörigkeit zur Gruppe symbolisieren (Siehe auch Seite 37), ziehen junge Menschen zusätzlich an. Neben Demonstrationen, Sportevents (Fußballturniere) und Zeltlager, die innerhalb der Szene organisiert werden und den Zusammenhalt der Gruppe stärken, sind interaktive Webangebote sowie Musik und Konzerte für Jugendliche sehr attraktiv.

Rechtsextreme Musik – Menschenverachtung mit Unterhaltungswert

In der rechtsextremen Jugendkultur spielt, wie in den meisten Jugendkulturen, Musik eine wichtige Rolle, um dem Lebensgefühl ästhetisch Ausdruck zu verleihen. Hier dominiert vor

allem der Rechtsrock. Einen musikalischen Stil „Rechtsrock" gibt es jedoch nicht. Rechtsrock steht als Sammelbegriff für das Wirken rechter Bands in verschiedenen Musikbereichen. So werden mittlerweile von Gothic, Heavy Metal bis hin zu Volksmusik viele Musikrichtungen für Rechtsrock genutzt.

In den meisten Fällen ist Rechtsrock jedoch menschenverachtend, fremdenfeindlich, rassistisch oder antisemitisch und ruft zu Straftaten auf. Bereits die Namen vieler rechtsextremer Bands sowie die Gestaltung der CD-Cover deuten darauf hin, was mit der Musik ausgedrückt werden soll. Bandnamen wie Blitzkrieg, Gestapo, Division Wiking, Donnerhall, Nordfront und Stahlgewitter verherrlichen den Krieg und zeigen den Bezug der Szene zum Nationalsozialismus. An der germanischen Götterwelt bzw. der nordischen Mythologie orientiert sich die Namensgebung von Bands wie Nordwind, Legion of Thor und Sleipnir. Viele Bands bestehen nur für kurze Zeit und lösen sich schnell wieder auf. Für ihre Lieder nutzen Bands häufig bekannte und eingängige Melodien. Mit einschlägigen Vergleichen und unzweifelhaften Anspielungen werden ihre rechtsextremen Inhalte gleichwohl deutlich. Wenn Texte gewaltverherrlichend sind, erkennt man die Absichten umso früher.

Musik als Propagandawaffe – Wie überzeugend ist Rechtsrock?

Rechtsextremen Strategen geht es weniger darum, mit Rechtsrock Lebensgefühl auszudrücken. Für sie steht besonders die Propagandafunktion der Musik im Vordergrund. So äußerte sich der Band-Leader der rechtsextremen Skinhead-Band „Words of Anger" in einem Interview: *„Also ich sehe die Musik wirklich als unberechenbare Waffe und als die beste Propaganda, die es gibt."* Dieser Anspruch entspricht der im Rechtsrock weitverbreiteten Form des Message-Rock, der inhaltlich seine gegen Juden, Ausländer und Linke gerichteten Feindbilder verbreiten will und sich dazu eines relativ schlichten, gleichwohl aggressiven musikalischen Stils mit eingängigen Refrains bedient. In dem Titel „NS-Macht" der Berliner Skinhead-Band „D.S.T." agitiert die Band gegen Juden und Farbige: *„Schlagt sie doch nieder, haut einfach drauf; legt sie in Ketten und hängt sie auf. Erst wenn das Pack sein Blut vergießt, weißt du genau, die NS-Macht, die siegt."*

Ein Großteil der produzierten CDs hat keine strafbaren Inhalte, nicht zuletzt um die finanziellen Interessen der Profiteure nicht durch Indizierungen zu gefährden. Trotzdem verbieten die Gerichte zahlreiche Rechtsrock-CDs wegen Volksverhetzung. Das Berliner Kammergericht verurteilte 2003 die Band „Landser" sogar wegen Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. In ihrem „Afrika-Lied" heißt es beispielsweise *„Afrika für Affen, Europa für Weiße […] Steckt die Affen in ein Klo und spült sie weg wie Scheiße."* Um dem Verbot und der Beschlagnahmung von CDs mit strafbarem Inhalt auszuweichen, produzieren einige rechtsextreme Musikunternehmer inzwischen international, wie Sven Pötsch, ein Kenner der rechtsextremen Musikszene, nachweist: *„So wurde zum Beispiel die CD ‚Rock gegen oben' der Berliner Band Landser bei Marcel Schilf in Dänemark aufgenommen, in Schweden abgemixt, von einer taiwanesischen Firma in den USA gepresst, dann über Dänemark an die Hamburger B&H (Blood & Honour)-Struktur um Torben Klebe weitergeleitet, welche die CDs nach festen Kontingenten auf die weiteren deutschen B&H-Sektionen verteilte."* Wenn es um ihre finanziellen Vorteile geht, wissen die Ultra-Nationalisten plötzlich doch die Globalisierung zu schätzen.

Dass rechtsextreme Aktivisten Rechtsrock als geeignetes Propagandainstrument bei Jugendlichen betrachten, sieht man auch am Projekt „Schulhof-CD". In Deutschland produzierten zunächst Aktivisten der Freien Kameradschaften 2004 eine CD mit 20 Songs, die überwiegend dem Rechtsrock zuzuordnen sind, mit einer pathetischen Ansprache, die rechtsextreme Kernelemente wie Ausländerfeindlichkeit und Verharmlosung des Nationalsozialismus aufgriff. Zudem enthielt sie Post- und Internetadressen von rechtsextremen Organisationen. Die inzwischen verbotene CD verteilten Rechtsextremisten im Umfeld von Schulen und Jugendeinrichtungen. Diese Idee übernahm die NPD und brachte eine eigene CD mit Musik und Parteiwerbung heraus. Den angeblich in einer Auflage von 25 000 Stück erschienenen Sampler verteilte die NPD in den Landtagswahlkämpfen in Sachsen (2004) und Schleswig-Holstein (2005). Zur Bundestagswahl 2005 stellte sie eine neue CD zusammen mit dem Titel „Der Schrecken aller linken Spießer und Pauker", die bundesweit verteilt wurde. Laut Eigenangaben verzehnfachten sie die Auflage auf 250 000 Stück.

Mittlerweile hat sogar der US-amerikanische Rechtsrock-Vertrieb „Panzerfaust Record" das Projekt kopiert und preist es auf seiner Website mit dem Slogan an: *„We don't just entertain racist kids: We create them."* – *„Wir unterhalten rassistische Kinder nicht nur: Wir schaffen sie."* Bei aller Bedeutung von Rechtsrock zur Stabilisierung rechtsextremer Jugendkulturen und Bestätigung des Einzelnen in seiner Gesinnung, ist die Wirkung auf die Jugendlichen begrenzt, die ohnehin eine Bereitschaft zur Übernahme rechtsextremer Denkmuster besitzen. Gefestigte Demokraten werden auch durch rechtsextreme Ideologie in der ästhetischen Aufmachung von Rockmusik nicht verunsichert; der Jugendforscher Kurt Möller formulierte es so: *„Seemannslieder machen keine Seemänner und Liebeslieder bringen nicht die Liebe in die Welt."*

Rechtsextreme Rockmusik – Menschenverachtende Geldquelle

Die rechte Rockmusik hat sich bereits seit einigen Jahren „etabliert", wie man unter anderem an der professionell produzierten Zeitschrift und Website „RockNord" sieht. Sie berichtet, wie einige andere Musikmagazine auch, über Bands, Konzerte und neu erschienene CDs aus dem Rechtsrockbereich. Inzwischen bestreiten viele Rechtsextremisten als Musiker, Produzenten oder Verkäufer ihren Lebensunterhalt mit Rechtsrock. So zählt der Verfassungsschutz für das Jahr 2006 bundesweit 152 Bands, 163 Konzerte sowie 91 Versandhändler in Deutschland.

In Nordrhein-Westfalen sind seit mehreren Jahren die

drei Bands Oidoxie, Barking Dogs und Sleipnir sehr aktiv und haben sich in der Szene inzwischen einen Namen gemacht.

Für Rechtsrockbands ist es in den letzten Jahren jedoch zunehmend schwierig geworden, Konzerte in Deutschland zu veranstalten, unter anderem weil die Polizei potenzielle Vermieter von Räumlichkeiten über den politischen Charakter der Konzerte informiert. In Nordrhein-Westfalen fanden 2006 dennoch 14 Konzerte statt: 7 Skinhead-Konzerte und 7 sogenannte Liederabende von rechtsextremen Liedermachern. Bands und Zuschauer reisten aber ebenso zu zahlreichen Konzerten in andere Bundesländer oder ins benachbarte Ausland, denn im Ausland kann der deutschen Strafverfolgung entgangen werden.

Das Internet – Umschlagplatz für rechtsextreme Produkte und Propaganda

Für die Rechtsrockszene ist inzwischen auch das Internet mit Blick auf den Vertrieb immens wichtig geworden. Fast alle Musikvertriebe besitzen Websites, aber auch rechtsextreme Devotionalien wie T-Shirts, Fahnen, Militaria, etc. werden überwiegend über das Internet verkauft. Dadurch hat sich eine „New-Nazi-Economy“ herausgebildet. Ihr gelingt es, vor allem weil ein Online-Shop 24 Stunden erreichbar ist, potenzielle Kunden besser zu erreichen.

In Nordrhein-Westfalen existieren momentan ca. 11 Internet- Vertriebe. Hinzu kommt, dass Vertriebe aus dem Ausland strafbare Produkte, zum Beispiel CDs mit volksverhetzendem Inhalt oder T-Shirts mit Hakenkreuz, anbieten und somit deutsche Gesetze umgehen.

Das Internet spielt ebenso wie die Musik für die Propaganda der rechtsextremen Szene eine zentrale Rolle. Nachdem 1995 die erste rechtsextreme Website „Stormfront“ in den USA online ging, stieg die Anzahl der deutschen rechtsextremen Websites von 1996 bis 2001 von 32 auf rund 1300. In den letzten Jahren stagniert die Anzahl bei rund 1000 Websites. Alle bedeutsamen Organisationen und Personen der rechtsextremen Szene sind im Internet präsent. Die einfache Bedienung, die multimedialen Möglichkeiten, die Interaktivität und die geringen Kosten ermöglichen es quasi jedem, ein eigenes attraktives Informations- und Kommunikationsangebot zu entwickeln. Zudem ist es möglich, anonym strafbare Inhalte über Server im Ausland in Deutschland zu verbreiten und sich dadurch der Strafverfolgung zu entziehen. Dies nutzen vor allem Neonazis zu massiver Volksverhetzung. Aber auch für legale Propaganda setzen Rechtsextreme intensiv auf das Internet. Dies gilt insbesondere für die NPD, die frühzeitig das Internet in ihren Kommunikationsmix einband. Inzwischen besitzt fast jeder Kreisverband eine eigene Website – oder „Weltnetzseite“, wie es die Rechtsextremen mitunter in ihrer germanisierten Form nennen. Sowohl der Landesverband Nordrhein-Westfalen als auch 26 Kreisverbände haben eine im Corporate Design der Partei gestaltete Website. Auf der Website des Landesverbandes findet man aktuelle Informationen zu dortigen Aktivitäten. Weiterhin kommt man über Links zum Medienserver des Bundesverbandes, wo Rechtsrock- oder Werbevideos der Partei bereitgestellt werden.

Wie verbessert das Internet die Handlungsfähigkeit der Szene?

Rechtsextreme innerhalb der Szene nutzen das Internet vor allem auch zur Koordinierung und zur Mobilisierung für Aktivitäten wie Demonstrationen und Konzerte. Dafür bestand gerade bei den Kameradschaften nach ihrem Strategiewechsel Mitte der 1990er Jahre zur „Organisierung ohne Organisation“ immenser Bedarf.

Besondere Bedeutung für die Freien Kameradschaften und die Skinhead-Szene in Nordrhein-Westfalen hat das Aktionsbüro Westdeutschland. Angesichts des geringen Organisationsgrades der Szene nimmt das Aktionsbüro eine Schlüsselrolle bei deren Vernetzung, Mobilisierung und damit Steuerung ein. Die Website des Aktionsbüros zeigt zudem auf, welche „Erlebniswelt“ Jugendlichen in der Szene geboten wird. Neben Informationsmaterialien, Terminen künftiger Veranstaltungen, Berichten und Videos über Demonstrationen und einem Servicebereich mit „Rechtshilfe-Archiv“ sind Druckvorlagen für Aufkleber und Sprühschablonen mit Motiven aus der Kameradschaftsszene zu finden.

Zudem findet ein reger Informationsaustausch in rechtsextremen Internet-Foren statt. In den Foren bekannter rechtsextremer Betreiber von Websites fanden sich häufiger volksverhetzende Äußerungen. Um sich vor Anzeigen zu schützen, sahen diese sich deshalb gezwungen, ihre „Kameraden“ zu zensieren, worunter die Popularität der Betreiber in der Szene massiv litt. Dennoch tauschen sich im wahrscheinlich wichtigsten Forum der Freien Kameradschaften, dem „Freien Forum“, Nutzer darüber aus, bei welchen ausländischen Contentprovidern man zu welchen Preisen seine Websites anonym einstellen kann, um der deutschen Strafverfolgung zu entgehen.

Insgesamt trägt das Internet zur Handlungsfähigkeit der rechtsextremen Szene bei, ohne dass sich bislang eine wirksame staatliche oder zivilgesellschaftliche Gegenstrategie abzeichnet.

YouTube – Was machen Rechtsextreme in unpolitischen Portalen?

Neben den eigenen Websites entdecken immer mehr Rechtsextreme auch andere Portale im Internet zur Verbreitung ihrer Propaganda. Insbesondere erhoffen sich rechtsextreme Strategen davon, auch Jugendliche zu erreichen, die bislang nicht zur rechtsextremen Szene gehören. Im Videoportal YouTube nehmen vor allem Videos mit Rechtsrock ständig zu. Meistens sind es szenekundige Fans, die die Musik mit einigen hintereinander geschnittenen Standbildern illustrieren. Mittels dieses Portals umgehen die Rechtsextremisten zudem in Deutschland gültige Verbote von Liedern wegen Volksverhetzung bzw. Indizierungen durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien. Da YouTube seine Website bei Contentprovidern in den USA ins Netz stellt, wo rassistische Hetze nicht verboten ist, stehen deutsche Behörden diesem Problem einigermaßen machtlos gegenüber. Beispielsweise findet man ein Video der

Zillertaler Türkenjäger zu ihrem massiv antisemitischen Lied „So ist er". Es stammt von der wegen Volksverhetzung verbotenen und dennoch weitverbreiteten rechtsextremen CD „12 Doitsche Stimmungshits". Die Macher des Videos haben den Text *„So ist er, der Jud, Jud, ..."* unter anderem mit Bildern unterlegt, in denen vermutlich israelische Soldaten auf mit Schleudern bewaffnete Palästinenser schießen bzw. auf einen am Boden Liegenden treten. Das Video verstärkt den hetzerischen Text, indem es scheinbar die Behauptungen beweist. Dabei ist das Video „professionell" produziert. Die Szenen sind Kopien von Nachrichtensendungen und deswegen technisch von hoher Qualität. Und aufgrund der schnellen Schnitte spricht das Video ästhetisch durchaus die Sehgewohnheiten der MTV-Generation an.

Auch die Band Sleipnir aus Werne findet sich bei YouTube. So werden beim Video zum Lied „Opa ich vermisse dich!" Bilder aus Dokumentationen zum Zweiten Weltkrieg gezeigt, auf denen die deutschen Soldaten zu Helden stilisiert werden. Zwar ist dies von relativ schlichter Machart, dennoch vermittelt es authentisch ein aggressives Protestgehabe. Hinzu kommt, dass zu jedem Video ein Forum existiert, in dem die User Kommentare schreiben können. Rechtsextreme nehmen dies vor allem wahr, um sich gegenseitig in ihrer Zustimmung zu bestätigen, *„wir haben es nicht unserem führer zu verdanken, dass wir den krieg verloren haben, sondern den generälen in der wehrmacht! die haben uns verraten und verkauft! badehosen in russland und wasser anstatt benzin für panzer! DEUTSCHLAND WIRD NIEMALS UNTERGEHEN!!! WIR STEHEN WIEDER AUF!!! -88-"* Die rechtsextreme Ideologie wird gleichsam an jugendliche Subkulturen angepasst transportiert, was bei entsprechend eingestellten Jugendlichen Wirkung zeigen dürfte.

Insofern dienen solche Portale den Rechtsextremen erstens dazu, sich der Strafverfolgung zu entziehen und zweitens dazu, durch eine jugendgemäße Ansprache Propaganda zu verbreiten und Sympathisanten zu rekrutieren.

Vom Mitläufer zum Mitwisser und Mittäter in der rechten Szene

Nach einem meist eher unpolitischen Einstieg in die rechte Szene werden die Jugendlichen dann mehr und mehr mit den ideologischen Ansichten der Rechtsextremen konfrontiert, auch wenn der politische Anspruch auf den ersten Blick nicht immer zu erkennen ist. Diese münden dann schrittweise in entsprechende Aktivitäten mit rechtsextremem Hintergrund, die von der Teilnahme an rechten Demonstrationen, dem Verteilen von Propaganda bis hin zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Menschen, die nicht in das Weltbild der Rechtsextremen passen, reichen. Die „Erlebniswelt Rechtsextremismus" unterstützt dies. Reinhard Koch, Leiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARuG) in Braunschweig, beschreibt das folgendermaßen: *„Keine andere Jugendszene bietet ein so umfassendes Angebot wie die rechte. Der Jugendliche kann 24 Stunden täglich Neonazi sein. [...] Rechtsrock zum Wecken, in der Schule mit einem ‚Thor-Steinar'-Pullover auffallen, am Nachmittag in der Innenstadt die linken ‚Zecken' mit den Punkfrisuren einschüchtern, abends mit den ‚Kameraden' saufen, und als ‚Highlight' am Wochenende vielleicht noch ein Aufmarsch mit zahllosen Polizisten und Gegendemonstranten oder ein hoch konspiratives und daher auch als hoch spannend erlebtes Konzert."*

Vom Mitläufer wird man zum Mitwisser und irgendwann auch zum Mittäter. Nun ist ein Ausstieg aus der Szene jedoch schwer, denn dieser bedeutet zum einen, den „sicheren" Hort der Gruppe zu verlassen, und zum anderen, mit der Bedrohung durch die „Kameraden", die einst Anerkennung zollten, zu leben.

Liederbeispiele

„Unsere Antwort“, Band: Weiße Wölfe, CD: „Weisse Wut“

„Und dann haben wir die alleinige Führung
Dann weinen viele, doch nicht vor Rührung
Für unser Fest ist nichts zu teuer
10.000 Juden für ein Freudenfeuer
Ihr tut unserer Ehre weh
Unsere Antwort Zyklon B“

Das Lied, das musikalisch im Metal-Stil gehalten ist, enthält eine selbst für rechtsextremistische Kreise ungewöhnlich offene Menschenverachtung. Es leugnet den Holocaust nicht, sondern verherrlicht ihn: Das Giftgas „Zyklon B“ wird als Antwort auf die Situation der Gegenwart präsentiert, der Mord an Juden als ein „Fest“, der Massenmord als ein „Freudenfeuer“. Der Text verweist darauf, dass der Antisemitismus auch 60 Jahre nach Auschwitz ein zentrales ideologisches Element des Rechtsextremismus ist. Ein weiteres Feindbild und ein eher noch stärkerer Zynismus taucht auf in dem Lied:

„Niemals“, Band: Landser, CD: „Ran an den Feind“

„Irgendwer wollte den Niggern erzählen,
sie hätten hier das freie Recht zu wählen
Recht zu wählen haben sie auch
Strick um den Hals oder Kugel in den Bauch“

Die Band kleidet diesen Text in schlichte, eingängige Country-Musik. Wenn sie auch alle Register der Provokation zieht, macht der Text doch deutlich, dass die grundlegende Botschaft ernst gemeint und ernst zu nehmen ist. In der ersten Strophe nimmt er Bezug auf die Französische Revolution und den Gedanken einer grundlegenden Gleichheit der Menschen („Bei der Revolution im alten Frankreich erfand man diesen Blödsinn, alle Menschen wären gleich“). Diese Idee, die die europäische Aufklärung prägte, hat sich im Grundgesetz beispielsweise in Artikel 1 („Die Würde des Menschen ist unantastbar“) niedergeschlagen. Rechtsextremisten lehnen eine grundlegende Gleichheit, somit auch allgemeine Menschenrechte, vielfach ausdrücklich ab.

Aus: Pfeiffer, Thomas: Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Musik, Symbolik, Internet – der Rechtsextremismus als Erlebniswelt, in: Glaser/Pfeiffer: Erlebniswelt Rechtsextremismus, Schwalbach i.T. 2007, S. 42

„Europa, Jugend, Revolution“, Band: Carpe Diem, CD: „Der Schrecken aller linken Spießer und Pauker!“ „Schulhof-CD“

„Ich schließe meine Augen und
lass die Gedanken ziehen
Und denk an das Erbe Europas und
was uns davon blieb.
Der Traum von Frieden und Einigkeit
unter eine Fahne gebracht
Doch darauf die falschen Zeichen und
dahinter die falsche Macht
Eine Macht, der das Geld gehört
seit viel zu langer Zeit.
Eine Macht, die Konflikte schürt;
gemeinsam machen wir uns frei!
Refrain:
Europa – Jugend – Revolution
Für Profit und ihren Herrschaftsplan
haben sie die Völker verkauft
Unsere Väter auf einander losgehetzt und
ihre Loyalität missbraucht
Hinter Humanität und Scheinmoral
verstecken sie ihr wahres Gesicht
Doch wir sehen, wer hinter den Kulissen steht;
Ihr führt uns nicht mehr hinters Licht.“

Als Ursachen für den Ersten und Zweiten Weltkrieg begreifen Carpe Diem nicht den [...] deutschen Nationalismus und Rassismus, sondern „eine Macht, der das Geld gehört ... (habe) die Konflikte geschürt“. Deshalb hätten sich die Nationen bekämpft, die eigentlich Verbündete seien („Bruderkrieg“). Unschwer ist in diesem Zitat und im weiteren zu erkennen, dass antisemitische Stereotypen bedient werden. So heißt es in der zweiten Strophe: „Für Profit und ihren Herrschaftsplan“ hätten Mächte, die „hinter den Kulissen stehen“, „die Völker verkauft“ und die „Väter auf einander losgehetzt“. Damit werden die Täter des Nationalsozialismus zu Opfern einer internationalen Verschwörung. Wenn Carpe Diem diesem Bild ein völkisches Europa entgegensetzt, greifen sie dabei auf Europavorstellungen zurück, wie sie einst die SS mit ihren Ideen vom „grossgermanischen Reich“ entwarf. Ein solches im Kampf geeintes „weißes Europa“ soll in einem revolutionären Umsturz von der Jugend errichtet werden.

Aus: Argumentationshilfe gegen die „Schulhof-CD“ der NPD, hrsg. von: Arbeitsstelle Neonazismus und Argumente & Kultur gegen Rechts e. V.

Der Ausstieg als Lebensentscheidung – Ein Aussteiger aus der Szene berichtet

Aussteiger aus der rechten Szene werden von ihren früheren Kameraden als „Verräter“ verunglimpft. Persönliche Beziehungen zu den Aussteigern werden abgebrochen. „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ lautet das Motto der Rechtsextremen. Gewalt spielt ohnehin innerhalb der Szene eine große Rolle. Umso mehr müssen Aussteiger mit gewalttätigen Racheakten rechnen. Um die Sicherheit des hier interviewten Aussteigers nicht zu gefährden, wurde das Interview anonymisiert und Aussagen, die auf die Person schließen lassen, gestrichen.

C. Busch: Wenn Du zu Beginn einmal schildern könntest, wie Du in die Szene reingerutscht bist?
Aussteiger: Im Alter von 12, 13 Jahren bekam ich zum ersten Mal Kontakt zu rechtsorientierten Jugendlichen. Aus meiner heutigen Sicht würde ich sagen, dass ich nicht nach einer politischen Heimat für Rassismus oder Nationalismus suchte. Es war eher so, dass ich bedürfnisorientiert war. Ich hatte viele Probleme zu Hause und suchte eine Plattform für erlebte Gewalterfahrungen, für Anerkennung, für Familienersatz, um mein Selbstwertgefühl aufzuwerten. So stieß ich auf eine rechtsorientierte Jugendgruppe. Nicht wirklich politisch aktiv, aber sie hörte rechte Musik, ging mit rechten Symbolen um, machte den Hitlergruß, und so weiter und so fort. Das war für mich nicht so sehr wichtig. Ein Hauptgrund war für mich die Gewaltbereitschaft, also meine Gewalterfahrungen dort auch ausleben zu können. Den rechtsradikalen Touch der Gruppe nutzte ich ganz massiv zu Provokationszwecken. Damit konnte ich provozieren und den Fokus auf mich selbst lenken.

Wieso bist Du genau bei dieser Gruppe gelandet?
Es gab schon noch andere Gruppen in meinem Umfeld, aber die erfüllten diese Attribute, nach denen ich – unwissentlich – suchte, nicht. Die wichtigen Parts: provokativ, gewaltbereit, trafen nur auf diese Gruppe ausreichend zu.

Wie reagierten denn Deine Eltern auf Deine Provokationen?
Meine Eltern waren zu diesem Zeitpunkt bereits geschieden, ich lebte bei meiner Mutter. Da sie alleinerziehend war und Vollzeit arbeitete, hatte sie wenig Zeit. Als Pädagogin fuhr sie eher die Schiene des Verstehens und Begreifens, anstatt zu sagen: Bis hierhin und nicht weiter. In diesem Punkt hätte eine autoritäre Erziehung nicht geschadet.

Wie reagierte Dein bisheriger Freundeskreis?
Die meisten meines Freundeskreises waren in die Gruppe involviert oder kamen aus dem näheren Umfeld der Gruppe. Meine damalige Freundin stand der Gruppe allerdings kritisch gegenüber, nicht unbedingt wegen der Parolen oder Symbole, sondern wegen der Gewaltbereitschaft, den Auseinandersetzungen, den Straftaten, der Polizei und den Problemen, die das mit sich brachte.

Gegen wen richtete sich die Gewaltbereitschaft?
Gegen alles und jeden, die nicht zu der Gruppe gehört haben. Wir hatten eine türkische Jugendgruppe vor Ort. Mit der hatten wir Auseinandersetzungen, die Leute in der Tanzschule waren Ziel unserer Übergriffe, die Gymnasiasten, andere Treffpunkte von Jugendlichen. Die Auswahl war eher willkürlich als politisch gesteuert.

Gab es auch innerhalb der Gruppe Gewalt?
Die gab es auch. Wir hatten eine Altersspanne von 12 bis ungefähr 35 Jahren, so dass es aufgrund von verschiedenen Ansichten oder hierarchischen Strukturen, die nicht eingehalten oder anderes gesehen wurden, zu Auseinandersetzungen kam. Das kam nicht häufig vor, aber es gehörte dazu.

Welche Rolle spielte die Musik für Euch?
Musik war sehr wichtig. Das verband uns und es war wieder ein Mittel der Provokation. Wir hörten z. B. Lieder der Band „Radikal“. Die hatte einen in der Szene sehr bekannten Song. Das Lied heißt „Hakenkreuz“. Dort wird gesungen, „hängt Adolf Hitler den Nobelpreis um“. Das ist ja sehr widersprüchlich. Hitler hätte damals die Annahme des Nobelpreises untersagt. Aber das Lied ist natürlich unheimlich provokant. Das war auch der Grund, warum ich das Lied hörte, nicht dass ich unbedingt eine Identifikation mit Hitler oder Hakenkreuz hatte. Wir haben außerdem Bands wie „Böhse Onkelz“ oder „Endstufe“ gehört. Das war schon sehr wichtig für uns.

Spielte auch die Kleidung eine Rolle?
Es gab schon die Anleihen sich szenenah zu kleiden; also: Bomberjacke, Londsdale. Sachen, die in gewissem Maße sehr einfach verfügbar waren, weil man sie in ganz normalen Geschäften kaufen konnte. Anfangs Springerstiefel, weil man die als 13-Jähriger bezahlen konnte. Später kamen dann DocMartens oder Ranger hinzu, die ja wesentlich teurer sind. Das Outfit hat sich ein bißchen am Skinhead-Stil orientiert.

Welche Symbole wurden in der Gruppe benutzt?
Hakenkreuz und alles was bekannt war.

Habt ihr daraufhin Probleme mit der Polizei bekommen?
Ja, massive. Die Polizei war überhaupt nicht begeistert über das, was wir machten. Einmal wegen der Straftaten, die wir verübten: Körperliche Auseinandersetzungen, auch ein hohes Maß an Sachbeschädigung. Die merkten auch, dass sich das zunehmend politisch orientierte innerhalb der Gruppe. Die Polizei versuchte schon dagegen zu setzen. Sie kam ganz oft und guckte, was passiert da. Es gab viele Verurteilungen von Mitgliedern der Gruppe. Wir wurden nicht uns selbst überlassen.

Wie hat denn das sonstige Umfeld reagiert: Lehrer, Nachbarschaft, lokale Öffentlichkeit?
Es gab schon Reaktionen. Weniger in der Schule, weil ein Teil der Gruppe nicht mehr hinging. Auch die Nachbarschaft reagierte, aber nicht unbedingt so negativ, weil viele Gruppenmitglieder aus der Nachbarschaft stammten. Und deswegen herrschte die Meinung vor, wenn von außen jemand kommt,

wie ein Polizeibeamter und sagt, „die Jungs bauen Scheiße“, verstehen die Eltern, „deine Kinder benehmen sich schlecht“. Dann neigten viele Eltern dazu zu sagen: „Du brauchst mir nicht zu erklären, wie ich mein Kind erziehe. Mach Du erstmal Deine Arbeit besser.“ Das war eher der Ton, der dort herrschte, anstatt dass jemand mal aufforderte, zu gucken, was wir den ganzen Tag machten. So etwas wurde von uns sehr wohlwollend aufgenommen, das bestärkte uns schon.

Wie hat sich Dein Selbstwertgefühl verändert, nachdem Du in der Gruppe aktiv wurdest?
Es hat mir auf der einen Seite sehr viel Halt gegeben, auch Identifikationsmöglichkeiten, mich mit einem bestimmten Kreis zu identifizieren, zu sagen, ich gehöre zu dieser Gruppe. Im Umkehrschluss hatte ich durch die vermeintliche Ideologie die Möglichkeit, andere noch abzuwerten und mich gleichsam aufzuwerten. Auch wenn ich mich von außen betrachtet durchaus negativ verhalten habe, machte ich sehr viele positive Erfahrungen in der Gruppe. Ich sah das nicht so: Ich benehme mich schlecht, mein Leben ist schlecht und ich mache schlechte Erfahrungen. Das Gegenteil war der Fall. Natürlich gefiel es mir nicht, wenn ich mit der Polizei viele Probleme hatte, aber ein Stück weit war der Fokus, den die Polizei auf mich hatte, auch Anerkennung, die ich bekam.

Hat sich Deine Einstellung dann im Laufe der Zeit geändert?
Meine Politisierung geschah während meines ersten Gefängnisaufenthaltes. Kurz nach meiner Strafmündigkeit kam ich wegen verschiedener Gewaltdelikte und szenetypischer Straftaten für etliche Monate in den Jugendvollzug. Dort stieß ich zum ersten Mal auf junge Erwachsene, die teilweise sehr politisch engagiert waren. Ich schloss mich dieser Gruppe an, weil ich ähnliche Strukturen von draußen kannte. Die äußerten sich ähnlich, die liefen ähnlich rum. Es war für mich eine vertraute Geschichte und sie agierten in einer Gruppe. Hier fand ich wieder Familienersatz. Und das waren nun vornehmlich Leute, die nicht nur wegen normaler krimineller Delikte, sondern auch wegen politischer Delikte saßen. So bekam ich erste Kontakte zur Skinhead-Gruppe „Blood & Honour“, zu Mitgliedern rassistischer Gruppen, zu Bands. Und das in einem Alter, in dem ich mich sehr daran orientiert habe. Ich begann damit, mich persönlich über diese Ideologie und Zugehörigkeit zu definieren. Im Jugendalter auf der Suche nach mir selber, hatten einige der Insassen für mich eine Vorbildfunktion.

War diese Phase dann ausschlaggebend für den weiteren Verlauf?
Ja, da wurden für mich die ersten politischen Weichen gestellt und auch das erste Verstehen, dass rechter Skinhead zu sein, in Wirklichkeit eine ganz andere Dimension hat, als das, was wir draußen in der Jugendgruppe gelebt hatten oder dachten zu sein. Im Gefängnis erkannte ich, es gibt eine Fläche für Engagement, für Anerkennung, für „Karriere“ im weitesten Sinne. Das war mir vorher so gar nicht klar.

Bist Du dann in Deine alte Gruppe zurück, als Du wieder aus der Haft entlassen wurdest?
Ich bin weniger in die alte Gruppe zurück, als dass ich die neuen Ressourcen, die ich mir im Gefängnis erschlossen hatte, nutzte. Ich hielt die Kontakte aufrecht und baute sie aus, z. B. zu Blood & Honour. Ich versuchte mein Engagement ernsthafter zu betreiben – nicht bewusst – es hat mir einfach mehr gefallen mit Leuten, die aus meiner Sicht wirklich politisch überzeugt waren, auch bereit waren, noch weiter zu gehen, was ja auf die Leute zutrifft, die im Gefängnis gesessen hatten. Ich suchte dann eher an diese Gruppierungen Anschluss als unbedingt an die alte Gruppe.

Wie verlief Deine „Karriere“ dann weiter?
Ich war viel unterwegs, fast im ganzen Bundesgebiet. Aber bereits nach kurzer Zeit bin ich wieder inhaftiert worden. Wegen einer politisch motivierten Straftat bekam ich eine lange Haftstrafe. Die Zeit im Gefängnis nutzte ich dann dazu, mich politisch „zu perfektionieren“. Ich las unheimlich viel, vornehmlich Bücher zu Themen, die mich interessierten, z. B. zu Freimaurerei oder Illuminaten, deutsche Geschichte und Mythologie. Das filterte ich. Das heißt, ich las das unter rechten Aspekten. Oder ich bildete mich weiter durch Literatur, die aus der rechten Szene kam. Die besorgten wir uns unter der Hand im Knast. Offiziell gab es die dort natürlich nicht. Im Grunde genommen nutzte ich die gesamte Zeit, und das sah ich damals auch so, um mich politisch weiterzubilden und zu verstehen, wofür ich mich engagiere: Was ist Nationalismus? Was ist Rassismus? Wir schufen innerhalb des Gefängnisses Kameradschaftsstrukturen, sehr feste und waren auch sehr aktiv.

Wie entwickelte sich denn Deine Orientierung in der Haft, ging es in Richtung Skinhead-Szene oder in Richtung von Parteien?
Skinhead zu sein, hatte damals für mich eine große Bedeutung. Partei eher weniger. Hauptsächlich aus dem Grund, weil ich die NPD damals nicht für die politische Antwort hielt, die auf meine aggressiv-rassistischen Ideologien gepasst hätte. Die NPD war zu dem Zeitpunkt für mich der Alt-Herren-Verein. Das spiegelt nach meinem Gefühl auch den Zustand in der Szene damals so wider. Die Kluft zwischen Freien Kameradschaften und der Partei war so groß, dass ein Zusammengehen problematisch gewesen wäre. Die Partei hatte einen biederen Status. Teilweise vermittelte sie das Gefühl, sie wolle aus Imagegründen keine Skinheads in ihren Reihen. Das ist ja heute total anders. Ein Großteil der Kameradschaftsaktivisten hat führende Funktionen in der NPD. Deswegen war die Partei damals nicht so mein Ding. Ich hatte Kontakt zu Parteimitgliedern, aber das war nicht so sehr meins. Insgesamt hatte ich viele persönliche, internationale Kontakte bis zu ganz vielen Leuten in der Bundesrepublik, wovon ich später auch viel profitierte.

Wie veränderte sich Dein Leben nach der zweiten Haftentlassung? Gab es eine Rückkehr ins bürgerliche Leben?
Ich versuchte es. Nicht weil ich es wollte, sondern weil es die Notwendigkeit mit sich brachte. Anfänglich übte ich meinen

Beruf aus, hatte eine große Wohnung. Aber irgendwann merke ich, dass das Maß an politischem Engagement das Maß an Bürgerlichkeit überschritt. Das hieß also, ich bekam Probleme in meinem Beruf. Nicht weil ich Nazi war, sondern wegen des Zeitaufwandes, den ich in diese Aktivitäten steckte. Das machte mich unzuverlässig für die flexible Einteilung in Schichten, wenn personelle Engpässe eintraten. Das hätte ich gewährleisten müssen, das wollte ich aber nicht. Ich hatte schon das Bedürfnis, sehr viel politisch zu machen, sehr viel mich auch mit Kameraden zu umgeben. Nicht nur für politischen Aktivismus, sondern eben auch für Freizeit, Partys und Konzerte. Ich war nicht bereit Einschnitte in mein Kameradschaftsleben für meinen Beruf hinzunehmen. Das stellte mich vor das Problem, dass mein Arbeitgeber das nicht mit sich machen lassen wollte. Daraufhin musste ich mich fragen, wie orientiere ich mich beruflich, ohne dass sich das mit meiner politischen Arbeit überschneidet. Ich wollte weiter aktiv sein, aber ich wollte mich auch finanzieren und von irgendwas leben können. Ich ging dann in Berufe, die dem entgegenkamen.

Gab es denn mal Probleme im Berufsleben, weil Du Rechtsextremist warst?
Es war nicht unbekannt. Allerdings bin ich auch nicht offen rassistisch oder nationalistisch aufgetreten, weil das bei der Arbeit kein Thema war. Da war es wichtig zu funktionieren. Aber ich denke, es war schon bekannt.

Was war für Dich denn so attraktiv in der Szene zu bleiben? Gerade wenn man einen gesicherten Job hat, in dem man ordentlich verdient und dann vor die Wahl gestellt wird, ob man doch lieber politisch arbeitet.
Das war genau das, was ich zu dem Zeitpunkt wollte. Was mich also komplett erfüllte, was mich bestätigte, was mir eine richtige Aufgabe im Leben gab, was mich im Leben positionierte. Ich hatte Anerkennung in der Gruppe, in der ich aktiv war. Es machte mir auch Spaß, mich in diesem Bereich aktiv zu zeigen. Zu planen, zu organisieren, Strukturen zu erschaffen, das war das, was ich gewollt hatte. Der finanzielle Aspekt, der mein Leben natürlich auch mit beeinflusst, war eher sekundär. Das hatte nachher noch mehr nachgelassen. Das war nicht so wichtig wie dieses Leben. Geld war natürlich wichtig zum Überleben, zum Leben und zum Ermöglichen vieler dieser Aktionen. Aber die Sache an sich war wesentlich wichtiger.

Welche Aktivitäten hattest Du betrieben?
Ich war in mehreren Sachen aktiv. Ich war in den Freien Kameradschaften aktiv und auch in einigen anderen Strukturen. Dabei organisierte ich Konzerte – natürlich nicht ich alleine. Das ist ein immenser Planungsaufwand, gerade wenn eine ausländische Band spielt. Die Bands müssen unauffällig einreisen, ohne dass der Staats- oder Verfassungsschutz davon Wind bekommen. Wir mussten fiktive Veranstaltungsorte organisieren und Treffpunkte für die Leute, die zu den Konzerten wollten. Das war ein unheimlicher Organisationsaufwand, aber das machte unheimlich viel Spaß. Das ist ein bisschen dieses „Räuber und Gendarm“-Verhalten. Weiterhin organisierten wir politische Kundgebungen, Demonstrationen, Ordnerdienste, Internetauftritte sowie Transparente und Flugblätter zu einem bestimmten Thema, die in der ganzen Region verteilt wurden. Wir beteiligten uns auch an der Jugendoffensive. Das heißt, es wurde versucht Jugendliche für rechte Strukturen zu begeistern, ohne dabei wirklich Politik zu betreiben, sondern sie anzusprechen und zu fragen: „Habt ihr nicht Bock mit Fußball zu spielen?“ Oder: „Wir haben noch ein paar Plätze im Bus frei, wollt ihr nicht mitfahren, was erleben und einen Kick kriegen – auch mit der Polizei?“ Das ist auch spannend für Jugendliche. Gegen die Eltern revoluzzen, was machen, was auf keinen Fall gewollt ist von denen.

Welchen Nutzen hatte das Internet für Euch?
Ohne das Internet wäre es sehr schwer. Das Internet brachte ein unheimliches Maß an politischer Vernetzung. Das bedeutet Kontakte, die anders nie zustande gekommen wären. Was ein weiterer Vorteil für die rechte Szene ist: Ideologie und Propaganda und rechte Inhalte kommen nahezu ungefiltert in fast jedes Wohnzimmer und auch fast jedes Kinderzimmer. Da ist keiner mehr, der das zwischenfiltert. Wenn einer schreibt, Deutschland hat den Krieg nicht angefangen und fundiert das scheinbar auch wissenschaftlich, hört sich das für einen 16-Jährigen durchaus plausibel an und bestärkt ihn vielleicht noch in der eigenen Rolle, weil es provokant ist, so etwas zu sagen. Das erreicht die Jugendlichen und ich glaube schon, dass das ein Problem ist. In Deutschland ist es ein Vorteil für die rechte Szene, dass über E-Mail, Downloadbörsen und so weiter eine ziemliche Verbreitung von Material stattfinden kann. Wenn Sie das Beispiel Musik nehmen. Eine CD ist indiziert und trotzdem sind die geschätzten Angaben bei einer Veröffentlichung einer rechten Band immer noch 2 000 plus X. X sind dann vielleicht 10 000 gebrannte CDs. Gerade weil es verboten ist, wird darüber geredet, es wird interessant und per Google mit einem Klick verfügbar. Das ist für Rechtsextremisten durchaus von Vorteil. Außerdem gibt es Mailinglisten oder der Massenversand per SMS, der eine Zeitlang über das Internet erledigt wurde.

Wie war das Verhältnis zu Deinen Kameraden?
Es gab definitiv Konflikte. Das wurde von mir aber nicht so gesehen. Ich war sehr überzeugt von dem, was ich machte, und sehr radikal in dem, wie ich das machte. Dementsprechend unnachgiebig war ich auch gegenüber den Leuten, die in meinem Umfeld aktiv waren. Später wurde mir mal von außen gesagt, dass die Leute weniger mit mir befreundet sein wollten als Angst vor mir hatten. Das hat mich sehr verletzt, weil es natürlich nicht schön ist, wenn man so etwas über sich hört. Am Anfang habe ich versucht das wegzudiskutieren und gesagt, „das ist Spinnerei, wir sind freundschaftlich verbunden gewesen“. Heute bin ich aber der Meinung, dass es Freundschaft innerhalb der rechten Szene nicht gibt. Wohl gibt es diesen Kameradschaftsverbund. Aber der Platzanweiser, wenn er denn vorhanden sein muss, ist die Ideologie. Wenn ich die wegnehme und das politische Engagement einstelle oder die politische Einstellung ändere, dann wird sich früher oder später auch die Freundschaft auflösen.

Hattest Du in dieser Zeit noch Kontakte außerhalb der Szene?
Nein. Ausgenommen die Familie. Die hatten irgendwann aufgegeben. Sie versuchten nicht, sich mit meinem politischen Engagement auseinanderzusetzen, sondern es wurde nicht thematisiert.

Wie hast Du Deine Entwicklung wahrgenommen?
Ich war zufrieden. Ich empfand das nicht als verschiedene Phasen einer politischen „Karriere". Es war etwas Fließendes. Das war ich persönlich. Ich bin morgens aufgestanden und musste mich nicht vorm Spiegel entscheiden, heute bin ich Nazi oder ich bin keiner, sondern es war eine Selbstverständlichkeit der Überzeugung, wie man die Welt um sich herum beurteilt. Sicher gab es immer Punkte, die teilte ich nicht, und quatschte sie doch immer nach. Zum Beispiel ist die Leugnung des Holocaust nahezu eine Notwendigkeit in der Nazi-Szene. Es lässt sich schwer eine Ideologie vermarkten, die für Millionen von Toten steht. Das heißt, im Umkehrschluss muss der Holocaust wegdiskutiert werden und das wird ja auch seit Jahren versucht. Das habe ich nie wirklich geglaubt, weil die Beweislast, die Klarheit, die Eindeutigkeit zu groß ist. Aber: Ich erzählte es trotzdem. Ich verarbeitete es in Vorträgen. Ich verbreitete es weiter, ohne wirklich daran zu glauben.

Wie ist es denn dazu gekommen, dass Du ausgestiegen bist?
Es fand eine Veränderung in meinem privaten Leben statt, die ließ mich überdenken, ob ich mein Leben weiter so gestalten möchte. Ich hatte dann eine längere räumliche Trennung von der rechten Szene, weil ich im Ausland war. Dadurch bekam ich die Chance, aus dem alltäglichen Trott herauszukommen und nachzudenken. Soll mein Leben so weitergehen, kann ich das verantworten, gibt es Alternativen dazu? Am Ende entschied ich mich, dass ich mein Leben so nicht weiter gestalten kann und auch nicht möchte. Das war der Anfang vom Ende, der mich dazu motivierte, mich von der Szene zu trennen. Ganz deutlich muss ich hinzufügen: Die politische Auseinandersetzung kam erst danach. Der Ausstieg war keine politische Entscheidung, dass ich sagte, ich komme politisch damit nicht zurecht, sondern eher eine Lebensentscheidung.

Wie hat denn daraufhin Dein rechtsextremes Umfeld reagiert?
Ich war weg und bin seitdem nie wieder zurückgekehrt.
Das war für mich sehr gut.

Was fiel Dir bei Deinem Ausstieg schwer?
Ich habe vor einem Loch gestanden, und ich wusste nicht, wie ich das wieder füllen würde. Das betraf alles, meine Musikvorlieben, meinen Kleidungsstil, auch meine Formulierungen. Ich hatte ja bestimmte Argumentationsstrukturen und eine Art und Weise mich auszudrücken, Dinge zu benennen. Mein Freundeskreis, mein Tagesablauf, meine Hobby sind letztendlich weggebrochen. Mit dieser neuen Situation musste ich mich erst mal auseinandersetzen. Das war nicht leicht.

Hast Du denn noch irgendwann mal etwas gehört von früheren Kameraden?
Ich beobachte die Strukturen, auch weil sie bundesweit sehr aktiv sind. Es interessiert mich politisch, was dort passiert, in welchen Bahnen das weitergeht. Inzwischen habe ich einmal zwei frühere Kameraden auf der Straße getroffen, die aber nicht zu meinem engeren Umfeld gehörten. Das hat aber weiter keine Konsequenzen gehabt. Bedrohlich ist eher ein Mob-Verhalten. Wenn gesoffen wird und die Stimmung aufgeheizt ist und dann einer sagt, der xy wohnt hier in der Nähe. Dann hätte ich ein Problem. Aber dass ich offen angegriffen werde, halte ich nicht für so wahrscheinlich. Ich bin nicht so wichtig, dass man mich umbringen müsste. Ich bin ein Ärgernis für die rechte Szene, weil es zeigt, dass es auch einen Ausweg gibt, möglicherweise auch, weil ich mich hinsetze und darüber berichte, was ich erlebt habe und wie ich es erlebt habe und ich appelliere auch an Alternativen. Das heißt, ich habe mich nicht politisch links orientiert, das ist nicht meine politische Richtung, ich bin nicht politisch rechts. Ich finde es aber wichtig, sich zu positionieren und diesen Leuten zu sagen, wir sind Deutschland, wir sind die Gesellschaft, wir sind 80 Millionen und ihr habt nicht das Recht für uns zu sprechen. Das ärgert die Rechten, weil es das trifft, was die verinnerlicht haben. Dass sie für Deutschland sprechen und die Zukunft gestalten möchten. Ich möchte nicht so leben und ich möchte es auch niemanden zumuten so leben zu müssen. Deswegen stelle ich mich heute hin und sage, dass wir die Position Deutschland besetzen müssen. Die Fußballweltmeisterschaft ist ein gutes Beispiel. Patriotismus war ohne nationale Attitüden besetzt. Das hat den Rechten nicht gefallen und war sehr schlecht für sie. Das ist unsere Gesellschaft. Es ist wichtig sich dafür einzusetzen, egal welche Haarfarbe oder Hautfarbe man hat. Das dürfen wir nicht den Rechten überlassen.

Danke für das Gespräch.

Argumentieren gegen Stammtischparolen

Der Begriff „Stammtischparole“ ist ein Sammelbegriff für eindeutige weltanschauliche, vorzugsweise politische Botschaften, für platte Sprüche und meist auch menschenverachtende Rechthabereien. In Stammtischparolen kommt eine Gesinnung zum Ausdruck, die vorurteilsbeladen, emotionalisiert und aggressiv ist.

Deutlich werden in Stammtischparolen häufig ein autoritäres Politikverständnis, Vorurteile, eine Verharmlosung oder Verklärung des Nationalsozialismus und Benachteiligungsängste sowie Ausländerfeindlichkeit.

Wie man solchen Stammtischparolen begegnet, kommt auch auf die Situation an. Handelt es sich um einen Kreis von Personen, in dem lediglich Vorurteile wiedergegeben werden, ohne diese genauer zu reflektieren, und bei denen kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild vorliegt – wie bei vielen rechtsorientierten Jugendlichen – so kann ein partnerschaftlicher Gesprächsstil mit guten Gegenargumenten nützlich sein. Handelt es sich dagegen um (öffentliche) Diskussionen, in denen geschulte Rechtsextremisten das Wort ergreifen und mit Wiederholungen von inhaltlich und rhetorisch gedrechselten Schlagworten und Parolen Themen diktieren und andere demokratische Diskutanten zu Rechtfertigungen zwingen wollen, sollte man vorsichtig reagieren. Doch sollte man auf jeden Fall intervenieren, um Rechtsextremen nicht widerspruchsfrei das Forum zu überlassen. Es lohnt sich jedoch keine Diskussion darüber, ob der Holocaust stattfand oder nicht. Ebenso wenig muss man Abstriche an seiner eigenen Menschenwürde machen und sich in der Diskussion mit Rechtsextremisten herabwürdigen lassen. Nicht Heldentum ist gefragt, sondern Zivilcourage.

Wie verhält man sich jedoch konkret im Alltag, wenn man mit Stammtischparolen konfrontiert wird, die rechtsextremes Gedankengut enthalten? Wer die Welt erklären will, muss differenzieren. Aber Differenzierung ist „am Stammtisch“ nicht

gefragt. Hier geht es zumeist darum, auf komplizierte Fragen einfache und scheinbar alles erklärende Antworten zu geben, deren Wurzeln in rechtsextremer Ideologie liegen. Zum Beispiel:
Wer ist Schuld an der Arbeitslosigkeit? Die Ausländer.
Wer ist Schuld an der Kriminalität? Die Ausländer.
Wer ist Schuld an der Bildungsmisere? Die Ausländer.

Hinzu kommt die lautstarke, unbeirrte Aggression, der man etwas erwidern möchte, die aber einen gruppendynamischen Faktor hat. Hier wird ein „Wir-Gefühl" erzeugt, das schwer aufzulösen ist. Die Parolen können sogar, indem sie plakative und einfache, meist harte „Lösungen" markant und lautstark propagieren, zu Aggressionen und Gewaltbereitschaft führen.

Gesprächsregeln beachten – Wie kann man auf Stammtischparolen reagieren?

Eine wirksame Auseinandersetzung damit und Gegenargumentationen sollten verschiedene Kommunikationsebenen beachten. Inhaltlich sollte man nicht dem schnellen Wechsel von Vorurteilen folgen, sondern auf einem Thema beharren und konkrete Beispiele einfordern. Bei Entgegnungen kann man die Folgen ansprechen, die Widersprüche aufdecken („Wieso nehmen die Ausländer uns die Arbeit weg, wenn sie doch so schlecht in der Schule sind?") und die pauschalen Zuschreibungen in Frage stellen („Wer ist wir? Wer sind die"?). In einer solchen Situation können Beharren auf Logik und direktes Nachfragen helfen. Belehrung und moralisch vorgetragene Gegenpositionen erzeugen dagegen Widerstand.

Insgesamt ist darauf zu achten, dass man gewisse Gesprächsregeln einhält und somit den anderen veranlasst, zuzuhören und auf die Argumente einzugehen. Jede Form von Überheblichkeit muss vermieden werden, es geht um Gegenargumente. Humor und leises, ruhiges Reden entspannen und bilden einen wirkungsvollen Kontrast zum lautstarken Geschrei der Wortführer. Es geht dabei gar nicht darum, eine Diskussion zu „gewinnen", sondern überhaupt erst ein Gespräch zustande zu bringen, das andere zu einer Reflektion ihrer Sichtweise veranlasst.

Perspektiven wechseln und authentisch bleiben – Wie gestaltet man ein Gespräch?

Gegenargumente werden zwar gerne verdreht und den dumpfen Vorurteilen kann man oft keine komplexe Differenzierung entgegensetzen, dennoch sollte man auf die Gefühle der anderen eingehen und Brücken bauen wie „Du sagst das jetzt so, aber sieh doch mal…" So entsteht eine Beziehung, die hilft, den Gesprächsverlauf zu lenken. Bei offener Menschenverachtung und verfassungsfeindlichen Aussagen müssen jedoch Grenzen gesetzt werden.

Bezüglich des Gesprächsumfeldes gilt, dass häufig keine festgefügten Pro- und Contra-Lager vorliegen. Insofern sollte man seine Argumente auch an die Unentschiedenen adressieren, da der Diskussionsgegner doch meist stärker seinen Vorurteilen verhaftet bleibt. Auf der moralischen Ebene zu argumentieren ist schwierig. Zwar nimmt jeder für sich Moral in Anspruch, lässt sich darin jedoch ungern belehren. Trotzdem kann man auf das Grundgesetz oder christliche Gebote als moralische Ausgangspunkte der eigenen Argumente verweisen. Die emotionale Ebene einzubeziehen, bedeutet nicht, falsch verstandene Küchenpsychologie anzuwenden, sondern zum einen Ängste und Frustrationen anzusprechen und zum anderen den Streit nicht zu sehr eskalieren zu lassen. Ein weiteres Kommunikationsmittel, das zur Reflexion anregt, sind Perspektivenwechsel, in denen man z. B. das Problem aus der Sicht einer anderen Person betrachtet. Besonders wichtig aber ist, bei einer Diskussion authentisch zu bleiben, weil nur so die vertretenen Argumente glaubwürdig und überzeugend vermittelt werden.

Initiative ergreifen – Welche Haltung verlangt ein solches Engagement?

Insgesamt ist es wichtig, die drei oder vier Personen, die schweigend dabei sitzen, zum Nachdenken zu bringen. Mit Kooperationspartnern kann es gelingen, das Gespräch nach logischen Kriterien zu führen und durch ruhig vorgetragene Argumente eine Wirkung auf die anderen zu entfalten.

Stammtischparolen sind im Allgemeinen keine verirrten Meinungen von Einzelnen. Die kollektive Gesinnung hinter den Parolen hat zahlreiche Sprachrohre. Aus der Berichterstattung der Massenmedien können die Parolenverkünder tagtäglich Stoff für ihre Vorurteile bekommen. Was dort in Wort und Bild veröffentlicht wird, deckt sich mit dem Erkenntnishorizont der Leserinnen und Leser. Beide bedienen sich also wechselseitig: Zeitungsmacher und Zeitungsleser. Auch darauf kann man eingehen. Wenn man meint, in einer Zeitung Diskriminierungen zu entdecken, sollte man auf jeden Fall aktiv werden und mit Leserbriefen auf die pauschalisierenden Parolen aufmerksam machen!

Als Veranstalter und Mitwirkender von öffentlichen Diskussionen ist man der „Wortergreifungsstrategie" und damit unliebsamen Diskutanten im Übrigen nicht wehrlos ausgesetzt. So kann man sich gezielt vorbereiten und auch als Veranstalter vom Hausrecht Gebrauch machen. Informationsbroschüren und Anlaufstellen geben darüber Auskunft.

Zusammengestellt aus den Büchern von Klaus-Peter Hufer: „Argumente am Stammtisch", Schwalbach/Ts. 2006; und „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen", Schwalbach/Ts. 2000

Stammtischparolen und Gegenargumente

„Ausländer sind kriminell!“

Ein gutes Drittel der Ermittlungen gegen Ausländer betrifft ein Delikt, das Deutsche gar nicht begehen können: Verstoß gegen das Ausländer- oder Asylgesetz. Ein weiteres Drittel der sogenannten „nichtdeutschen Tatverdächtigen“ sind Touristen oder Menschen ohne legalen Aufenthalt. Diese werden von der Statistik nicht erfasst und können zahlenmäßig daher auch nicht mit der Wohnbevölkerung verglichen werden.

Die polizeiliche Statistik zählt lediglich Tatverdächtige. Der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen geht – so die Kriminalstatistik des Bundesinnenministeriums – bundesweit betrachtet seit Jahren zurück. Beim Anteil verurteilter Straftäter liegt der Ausländeranteil durchschnittlich fünf Prozent niedriger als bei den Deutschen.

„Die Ausländer nehmen uns Deutschen die Arbeitsplätze weg!“

Zunächst einmal: Wer sind DIE Ausländer? Der amerikanische Investor, der brasilianische Fußballstar oder der polnische Arbeiter im Schlachthof?

Einfach die Arbeitsplätze wegzunehmen ist nicht möglich, da erst Einreise- und Aufenthaltserlaubnis, Wohnungsnachweis und andere Papiere nötig sind, bevor ein Ausländer eine Arbeitsgenehmigung erhält. Außerdem ist gesetzlich geregelt, dass Inländer und EU-Bürger bei Bewerbungen für die gleiche Stelle einem Ausländer vorgezogen werden müssen („Inländervorrang“ und „Anwerbestopp“).

Viele Ausländer arbeiten zudem in Bereichen, in denen Deutsche nicht gerne arbeiten, z. B. in der Produktion, als Hilfskräfte oder in Reinigungsbetrieben. Viele Bereiche der deutschen Wirtschaft, wie das Hotelgewerbe oder die Müllabfuhr, hätten ohne ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhebliche Probleme. Vom Fachkräftemangel gar nicht zu sprechen.

Außerdem schaffen Ausländer in Deutschland viele Arbeitsplätze. Die über 250 000 selbstständigen Ausländer beschäftigen immerhin 570 000 Arbeitnehmer, Tendenz steigend. Und für die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland ist bestimmt nicht der in Deutschland lebende Ausländer verantwortlich.

Es leben ca. 8 Millionen Ausländer in Deutschland, davon sind rund 2 Millionen erwerbstätig. Sie erwirtschaften jährlich ein Bruttosozialprodukt von ca. 128 Milliarden Euro. Dieses Geld wird zum Großteil in Deutschland ausgegeben, stärkt die Kaufkraft und sichert Arbeitsplätze – hauptsächlich deutsche.

„Die Ausländerflut überfremdet Deutschland.“

Diese Ängste sind dort am größten, wo am wenigsten Ausländer leben. Fremdenfeindlichkeit braucht keine Fremden und Antisemitismus keine Juden.

(Der Ausländeranteil in der gesamten Bundesrepublik liegt bei ca. 10 Prozent, in Ostdeutschland bei ca. 2 Prozent). Der Ausländeranteil hat sich in den letzten Jahren nicht deutlich erhöht, da viele Ausländer auch wieder wegziehen. Ohne massive Zuwanderung würde Deutschland schnell vergreisen und unter dem demographischen Wandel massiv leiden. (Nötig sind jährlich fast eine halbe Million Zuwanderer.) Zum Bekenntnis zu Deutschland als Einwanderungsland und zur gelingenden Integration gibt es keine Alternative.

„Die meisten Deutschen wussten im ‚Dritten Reich‘ nichts von der Judenverfolgung und -vernichtung.“

Stimmt nicht. Die Bevölkerung hat von der Existenz von Konzentrationslagern gewusst.

Außerdem war gar nicht zu übersehen, dass Juden verfolgt, verhaftet und deportiert wurden und nie zurückkehrten. Die Diskriminierung von Juden war im Nationalsozialismus alltäglich und wurde schon in der Schule gelehrt.

„Unter Hitler konnte man noch sicher über die Straße gehen.“

Für Juden, politisch Andersdenkende, Homosexuelle, Behinderte und für unangepasste Jugendliche traf dies zum Beispiel nicht zu. Diese wurden erst diskriminiert, dann verfolgt und zum großen Teil in Konzentrationslager abtransportiert und dort auf bestialische Art und Weise ermordet.

Nicht zu vergessen ist die alltägliche Zensur, die gleichgeschaltete Presse und die dadurch stark eingeschränkte Medienberichterstattung über die tatsächliche Sicherheit.

Deutschland ist heute im Vergleich zu anderen Ländern ein sehr sicheres Land. Die Angst vor Kriminalität ist höher, als es die Kriminalstatistik hergibt. Mit Ausnahme vielleicht der Ängste, die Rechtsextreme auch heutzutage noch verbreiten.

Was tun gegen Rechtsextremismus?

Jeder Einzelne kann etwas gegen Diskriminierung, Rassismus und Gewalt und für Toleranz und Menschlichkeit tun!

Die Verantwortung kann und darf nicht nur den staatlichen Institutionen (Polizei, Gerichten, Verfassungsschutz) alleine zugewiesen werden. Sie muss in Politik und Gesellschaft, konkret und konsequent vor Ort an Schulen, Universitäten und in der Erwachsenenbildung, den Parteien, Medien, am Stammtisch, in den Vereinen oder auch in Leserbriefen auf kommunaler und regionaler Ebene wahrgenommen werden!

Wenn man Rechtsextremisten nichts entgegensetzt, gibt man ihnen die Chance, die Demokratie auszuhöhlen. Darum ist es wichtig, als Demokraten gemeinsam gegen Rechtsextremismus vorzugehen – gegen rechtsextreme Meinungen und Einstellungen und erst recht gegen Gewalttaten.

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen engagieren sich bereits in der Zivilgesellschaft und erfüllen damit eine demokratische Gesellschaft mit Leben. Ein solches Engagement stellt bereits einen hohen Wert an sich dar. Ein Nebeneffekt ist, dass überzeugte Demokraten vor Rechtsextremismus gefeit sind. Dies gilt umso mehr für Jugendliche, die gerade in dieser Lebensphase für das weitere Leben prägende politische Wertvorstellungen herausbilden. Wer hier in seinem demokratischen Engagement Anerkennung erfährt, achtet die Menschenwürde anderer und ist für die Demokratie gewonnen.

Im Folgenden sollen beispielhaft einige Projekte in Nordrhein-Westfalen vorgestellt werden.

Demokratiepolitik und -pädagogik – Möglichkeiten zur Stärkung der Demokratie

Die beste präventive Strategie gegen Rechtsextremismus ist die Stärkung der Demokratie. Denn auch wenn es manchmal so scheint: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss fortwährend neu gelernt und erarbeitet werden.

Ähnlich wie die Friedrich-Ebert-Stiftung bieten in diesem Zusammenhang mehrere Institutionen und Organisationen deutschlandweit Veranstaltungen an, die ein Bewusstsein für demokratische Abläufe und Partizipation schaffen.

Auch in Schulen kann einiges zum Thema Demokratieförderung getan werden. Für Schulen ist z. B. das Programm „Demokratie lernen & leben" bedeutsam. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung führte das Programm von 2002 bis 2007 durch. Dieses Schulentwicklungsprogramm möchte durch eine Demokratisierung von Unterricht und Schulleben die Schülerschaft motivieren und befähigen, die Zivilgesellschaft aktiv mitzugestalten.

Das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium in Siegen hat beispielsweise in der 5. und 6. Klasse einen Klassenrat eingerichtet. Dies ist eine Vollversammlung aller Schülerinnen und Schüler einer Klasse im Beisein des Klassenlehrers, die wöchentlich oder mindestens einmal im Monat stattfindet. Jede Schülerin und jeder Schüler hat eine Stimme. Der Klassenlehrer hat nur ein Veto-Recht, wenn der Klassenrat gegen das Schulgesetz verstoßen will oder pädagogisch nicht zu Verantwortendes vorschlägt. Themen, die der Klassenrat diskutiert und zu denen er Entscheidungen trifft, können Probleme zwischen den Schülerinnen und Schülern, aber auch gegenüber Lehrkräften betreffen oder auch Unterrichtsinhalte und Klassenaktivitäten wie Feten, Reisen oder die Raumgestaltung. Die Schülerinnen und Schüler legen fest, wer die Diskussion leitet und protokolliert, wobei die Ämter rotieren. Dem reformpädagogischen Grundsatz des „learning by doing" folgend, sollen die Jugendlichen dabei demokratische Erfahrungen sammeln, indem sie gewaltfreie Konfliktbearbeitung einüben und lernen, andere Perspektiven zu berücksichtigen.

Bereits Grundschüler können an der Gestaltung ihrer Schule partizipieren und damit frühzeitig Demokratie erfahren. Um die Schülerschaft bei Fragen, die das Schulleben betreffen, angemessen einzubeziehen, hat die Gemeinschaftsgrundschule Balthasarstraße in Köln eine Klassen-Sprecher-Konferenz gegründet, an der die Klassensprecher/-innen sowie Vertreter/-innen der Lehrer, Eltern und der Übermittagsbetreuung teilnehmen. Einmal im Monat trifft man sich, um Probleme zu bereden oder gemeinsam Projekte für die Schule zu entwickeln. Die Schülervertreter und -vertreterinnen lernen dadurch, Verantwortung zu übernehmen. Insgesamt verbessert die Beteiligung der Kinder am Schulleben die Schulatmosphäre, weil diese sich ernst genommen fühlen.

Ferner sind die Jugendvereine, -verbände und -initiativen wichtige Foren, in denen Jugendliche anerkannt werden und sich selbstbestimmt engagieren können. Diese Bestätigung als mündige Bürger vollzieht sich nicht nur in den politischen Jugendverbänden, sondern ebenfalls in sozialen, kulturellen, kirchlichen oder Sportorganisationen. Ein Engagement in Vereinen bestärkt nicht nur Jugendliche in einer demokratischen Haltung, sondern ebenfalls Erwachsene. Eine lebendige Vereinslandschaft wie in Nordrhein-Westfalen ist deshalb eine wichtige Basis der Demokratie.

Sich für die Demokratie zu engagieren bedeutet auch, offensiv für eine offene Bürgergesellschaft einzutreten. Dazu tragen beispielsweise interkulturelle Wochen bei, die bereits seit 1975 bundesweit Ende September stattfinden. Unter dem Motto „Stark durch Vielfalt" veranstaltete zum Beispiel die Stadt Duisburg 2007 Konzerte, Theateraufführungen, Diskussionen und Begegnungen zu interkulturellen Themen.

Historisch-politische Bildung – Vergangenheit erinnern – Zukunft gestalten

Auch die historisch-politische Bildung leistet durch die Aufarbeitung der Verbrechen der Nationalsozialisten im Dritten Reich wertvolle Beiträge für die Achtung der Menschenwürde und die Demokratie.

In Nordrhein-Westfalen gibt es beispielsweise in vielen Landesteilen NS-Gedenkstätten, die eine historische Ausstellung zum Nationalsozialismus präsentieren. Diese bezieht sich stets auf die Geschichte der Einrichtung und holt somit die entfernte Epoche mit den Verbrechen der Nationalsozialisten vor die eigene „Haustür".

Außerdem führen die Gedenkstätten auch Sonderausstellungen und Bildungsveranstaltungen durch. So veranstaltet die Villa ten Hompel in Münster im Winter 2007/08 eine Vortragsreihe zum „Umgang mit Rechtsextremismus" oder bietet für interessierte Gruppen Thementage zu Rechtsextremismus an.

In Köln hat sich das NS-Dokumentationszentrum im EL-DE Haus, der ehemaligen Zentrale der Geheimen Staatspolizei, inzwischen zur bundesweit größten lokalen Gedenkstätte entwickelt. Insbesondere für jugendliche Besuchergruppen bietet es spezielle Führungen in der Dauerausstellung zur Geschichte Kölns im Nationalsozialismus an.

Rechtsextremismus entgegentreten – Wie kann man sich engagieren?

Um sich gegen Rechtsextremismus engagieren zu können, ist es notwendig, sich über das Thema Rechtsextremismus zu informieren. Viele Organisationen und Institutionen bieten Informationsveranstaltungen, Diskussionsrunden oder Ausstellungen zum Thema an oder informieren über ihre Internetseiten oder in Büchern, Zeitschriften und Berichten.

Die OnlineAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet zum Beispiel in ihrem Modul „Rechtsextremismus" Texte, Unterrichtsmaterialien und Links zum Thema an.

Im Verfassungsschutzbericht werden jährlich vom Verfassungsschutz des Bundes und der Bundesländer die Ergebnisse der Beobachtung extremer und möglicherweise gegen die Verfassung verstoßender Tatbestände dargestellt.

Nachrichten zum Thema Rechtsextremismus können zum Beispiel auch über Informationsdienste wie den „Blick nach Rechts" – ein Informationsdienst von Journalisten – bezogen werden.

Wenn man informiert ist, weiß man dann auch genauer, in welchen Bereichen man sich gegen Rechtsextremismus engagieren kann. Auch in Nordrhein-Westfalen gibt es einige Projekte, die sich ausdrücklich gegen Rechtsextremismus

einsetzen. Die Auswahl der Aktivitäten gegen Rechtsextremismus geschieht hier unter der normativen Maßgabe, dass eine demokratische Gesellschaft sich ihrer Gegner erwehren sollte, und zwar dergestalt, dass sie weiterhin eine demokratische Gesellschaft bleibt. Deswegen dürfen die Mittel zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht den Zweck, die Erhaltung der demokratischen Gesellschaft, konterkarieren. Das bedeutet, dass natürlich auch Rechtsextremisten eine Menschenwürde besitzen, die nicht verletzt werden darf. Nicht Rechtsextremisten als Menschen sind die Gegner, sondern rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen.

Bisher gibt es in Nordrhein-Westfalen schon eine Reihe von Initiativen und Institutionen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren und durch Bildungsarbeit versuchen, über die Menschenfeindlichkeit Rechtsextremer aufzuklären: Der Jugendclub Courage in Köln, SOS Rassismus, der von den Gewerkschaften getragene Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“, das von der SPD organisierte Bündnis „Stark gegen Rechts“, der Landesverfassungsschutz, das „Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in Düsseldorf (IDA NRW)“, das Netzwerk gegen Rechts der Ruhrgebietskommunen „AK Ruhr“, der „Düsseldorfer Appell gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“ und viele mehr. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat sogar einen Comic „Andi“ entwickelt, der das Thema Rechtsextremismus jugendgerecht aufbereitet und der als Unterrichtsmaterial genutzt werden kann.

Außerdem baut Nordrhein-Westfalen derzeit sogenannte Beratungsnetzwerke in den Regionen des Bundeslandes auf. Damit sollen alle relevanten kommunalen Akteure (Polizei, Initiativen, Schulen, Verwaltung, Jugendhilfe, Vereine, etc.) vernetzt werden, um bei rechtsextremen Aktivitäten intervenieren und gegebenenfalls die Opfer unterstützen zu können. Zudem ist es Ziel der Beratungsnetzwerke, die Vernetzung zu fördern, sodass ein regelmäßiger Informations- und Erfahrungsaustausch, die Abstimmung und Koordination von Interventionsmaßnahmen sowie gegenseitige Unterstützung stattfinden kann.

Das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ setzt auf die langfristige und aktive Auseinandersetzung von Schülerinnen und Schülern mit Rassismus und Diskriminierung. Zunächst müssen sich mindestens 70 Prozent aller Schulangehörigen (Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und andere Schulbedienstete) durch ihre Unterschrift zu den Grundsätzen eines sozialen, solidarischen und friedlichen Miteinanders bekennen. Ferner bedeutet aktive Auseinandersetzung, dass diesem Bekenntnis auch eigenständig entwickelte Projekte und Maßnahmen folgen, die diese Grundsätze in Schulkultur und Öffentlichkeit realisieren. In Nordrhein-Westfalen tragen bereits über 100 Schulen den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Die Landeskoordination hat die Hauptstelle der „Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien“ (RAA) in Essen übernommen.

Anlässlich verschiedener rechtsextremer Demonstrationen in Nordrhein-Westfalen haben sich immer wieder lokal Bürgerinnen und Bürger zusammengeschlossen, um mit Unterschriftenaktionen, selbst organisierten Demonstrationen für Demokratie und die Achtung der Menschenwürde sowie mit Informationsveranstaltungen, Plakataktionen und ähnlichen Aktivitäten ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen.

Wegen einer geplanten Demonstration von Freien Kameradschaften in Münster gründeten Anfang 2007 Vertreter/-innen der evangelischen und katholischen Kirche, Gewerkschaften, Bezirksschülervertretung, der Parteien von SPD über CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sowie weitere Vereine das Bündnis „Münster gegen Nazis“. 2 000 Menschen demonstrierten gegen den rechtsextremen Aufmarsch. Im Sommer 2007 organisierte das Bündnis dann einen großen Kongress, der dem Informationsaustausch und der Zusammenarbeit mit Initiativen aus den Nachbargemeinden diente.

Ähnliche Aktivitäten findet man auch in anderen Städten in Nordrhein-Westfalen. Am Beispiel des „Dürener Bündnis gegen Rechtsextremismus“ soll nun vorgestellt werden, wie man sich in seinem Heimatort gegen Rassismus und Gewalt und für Demokratie und Menschlichkeit einsetzen kann.

Düren – Eine Gemeinde wehrt sich gegen Rechts

„Der Weg in die Parlamente führt über die Rathäuser." – so lautet eines der Konzepte der NPD. Ein Beispiel dafür ist der Kreis Düren. Bereits seit Jahren sind im benachbarten Kreis Aachen NPD und Kameradschaften sehr aktiv und drängen mit vielfältigen Aktionen in die lokale Öffentlichkeit. Dies schlug sich zum Teil in beachtlichen Wahlergebnissen nieder. Nun schwappten die Rechtsextremen der Kameradschaft Aachener Land nach Düren hinüber, trafen sich in einer Kneipe, dem Gütershop. Fast zeitgleich gründete die NPD einen Ortsverband. Doch – und hier unterscheidet sich Düren von vielen anderen Kommunen – in dieser Stadt ging die Bürgerschaft das Problem offensiv an. Und sie beließ es nicht bei einer einzigen symbolischen Aktion, sondern schloss sich im „Dürener Bündnis gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt" zusammen, das sich dauerhaft mit dem Problem auseinandersetzen will.

Vom Protest zum Dürener Bündnis gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt

Der Protest ging von einigen wenigen aus, die vor dem Gütershop gegen Rechtsextremismus demonstrierten. Dominik Clemens, Vertreter der linken Gruppen im Sprecherkreis des Dürener Bündnisses: *„Wir kamen bei den Aktionen mit IG-Metallern und der evangelischen Pfarrerin, Susanne Rössler, ins Gespräch und uns war klar, dass wir Bündnispartner brauchen, um die breite Öffentlichkeit zu erreichen."* Dies gelang auch, weil die lokale Presse über den Gütershop berichtete. Zudem wurde bekannt, dass die NPD beabsichtigte, einen Kreisverband zu gründen, um ihre Arbeit vor Ort zu verstärken und sich auf die Kommunalwahl im Jahr 2009 vorzubereiten. Daraufhin positionierten sich immer mehr Dürener gegen Rechtsextremismus, deswegen wurde die Idee, ein Bündnis zu gründen, schnell populär. Auch die lokale Presse sprach sich dafür aus. Es gelang den Initiatoren, zahlreiche Mitstreiter zu gewinnen und Institutionen aus fast allen Bereichen der Gesellschaft einzubinden: Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Sportvereine, Schulen, usw. In vielen Kommunen, in denen Rechtsextreme aktiv werden, neigt die Stadtspitze dazu, aus Sorge um das Image der Stadt das Problem zu verdrängen. Nicht so in Düren. Der Bürgermeister, Paul Larue (CDU), machte mit und engagierte sich im Bündnis sogar im Sprecherkreis: *„Für mich ist dieses Engagement eine Selbstverständlichkeit. Persönlich und auch als Repräsentant der Dürenerinnen und Dürener ist es mir wichtig, gemeinsam mit anderen an der Spitze unseres Bündnisses*

gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt zu stehen. Jeglichem Angriff auf die Menschenwürde müssen wir in seinen Anfängen entschieden entgegentreten."

Bei einem so breiten Bündnis zeigte sich aber auch, dass es unterschiedliche Ansätze gibt, mit dem Thema umzugehen, woraus sich manche Konflikte ergaben. So war anfangs umstritten, wie der Gründungsaufruf lauten sollte. Allerdings fanden alle Beteiligten, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus derart wichtig ist, dass man trotz mancher unterschiedlicher Auffassung erfolgreich zusammenarbeiten kann. Das Selbstverständnis sieht der Gewerkschafter Karl Panitz folgendermaßen: *„Natürlich gaben die Aktivitäten der NPD einen wichtigen Gründungsanstoß, wir sind aber mehr als ein Anti-NPD Bündnis. Unser Ansatz ist weitergehend, wie es der Name schon sagt, gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt."*

Die Bedeutung, die dem Thema in der Öffentlichkeit beigemessen wurde, zeigte sich in der Vorbereitung der Bündnisgründung. Viele Gruppen beteiligten sich und zur Gründungsversammlung kamen dann im Januar 2007 rund 700 Dürener Bürger/-innen in die Christuskirche. *„Es gibt zwar eine zivilgesellschaftliche Tradition in Düren, aber mit so vielen Teilnehmenden hatten wir nicht gerechnet",* berichtet Ludger Dowe, ehemaliger Leiter der Kreisvolkshochschule und ebenfalls im Sprecherkreis engagiert. In der Folgezeit zeigte sich, dass die Breite des Bündnisses seine Stärke ausmachte, denn es entwickelte sich eine Vielfalt an Aktivitäten.

Bunt statt Braun – Vielfältige Aktivitäten des Dürener Bündnisses

Um die Arbeit zu strukturieren, haben sich inzwischen fünf Arbeitskreise gebildet: Der „Arbeitskreis Bildung" beschäftigt sich mit den Parolen der NPD; der „Arbeitskreis Aktion und Information" organisiert die Infostände im Kreis Düren, gibt einen Rundbrief heraus und betreut die Website; der „Arbeitskreis Kultur und Sport" arbeitet mit Kulturinstitutionen zusammen und ist z. B. bei einem Bandwettbewerb mit einem Infostand vertreten. Ebenso ist das Bündnis bei zahlreichen Sportveranstaltungen präsent, unter anderem durch die Gruppe „Fußballvereine gegen Rechts"; der „Arbeitskreis Integration" will die Vernetzung fördern und beispielsweise ein Antidiskriminierungsbüro einrichten; der „Arbeitskreis Jugend und Schule" vermittelt Referenten und unterstützt Bildungsprojekte. Gerade Letzteres findet Bürgermeister Larue wichtig: *„Während des ganzen Jahres kommen unseren Aktivitäten in der Arbeit mit jungen Leuten besondere Bedeutung zu."* Auch Dowe als Pädagoge sieht das so: *„An den Schulen läuft eine Menge im Bereich der historisch-politischen Bildung und das hat eine nachhaltige Wirkung auf die bislang nicht rechtsorientierten Jugendlichen."* Eine Beobachtung, die Clemens aus eigener Erfahrung bestätigt. *„Neben vielen anderen Einflüssen hat mein politisches Selbstverständnis besonders das Gespräch mit ehemaligen KZ-Häftlingen geprägt."*

Inzwischen sind die Aktivitäten des Bündnisses nur noch schwer zu überblicken – selbst für Dowe als Mitglied der Sprechergruppe. *„Da verselbständigt sich einiges, was ja auch wünschenswert ist. Einige Gruppen, wie ‚Fußballvereine gegen Rechts' gab es bereits vor dem Bündnis. Die Gruppe bringt sich nun bei uns ein, setzt ihre bewährte Arbeit aber natürlich fort."* Auch in einigen Gemeinden des Kreises entwickeln sich lokale Aktivitäten des Bündnisses. *„Aldenhoven, Kreuzau, Inden, Langenwehe machen schon mit, aber wir wollen möglichst alle Gemeinden gewinnen. Denn die Rechtsextremen versuchen gerade auf dem Land Fuß zu fassen",* berichtet Dowe. *„Da haben wir noch einiges zu tun."*

Die Arbeit zeigt mittlerweile erste Früchte. *„Die Öffentlichkeit ist sensibler geworden. Rechtsextremismus wird als Problem mehr wahrgenommen",* meint Panitz. Besonders dazu beigetragen hat im August 2007 eine Demonstration des Bündnisses. Über 700 Menschen zogen unter dem Motto „Kein Platz für Rechtsradikale in unseren Rathäusern" durch die Dürener Innenstadt und nahmen anschließend an einer Kundgebung auf dem Ahrweilerplatz teil, auf der sich Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Gruppen engagiert für Demokratie und gegen Rechtsextremismus aussprachen *„Wir wollten nicht immer nur auf die NPD reagieren, sondern selber agieren",* sagt Clemens. Das schließe jedoch nicht aus, dass das Bündnis bei bestimmten Anlässen doch reagiere. Ein solcher Anlass war zum Beispiel eine gemeinsame Demonstration von NPD und der Kameradschaft Aachener Land im September 2007 in Düren. Clemens hatte daraufhin die Idee, die zentralen Plätze in Düren zu „besetzen". Unter dem Motto „Keine Plätze in Düren für die NPD – Spielend gegen Rechtsextremismus" versammelten sich vor dem Rathaus Schüler/-innen und Lehrkräfte, die SPD führte eine Luftballon-Aktion und die Gewerkschaften eine Fotoaktion „1000 Gesichter gegen Rechts" in der Fußgängerzone durch, die CDU spielte „Tennis gegen Rechts", die Grünen ließen malen und die evangelische und katholische Kirche veranstalteten vor ihren jeweiligen Kirchen ein Unterhaltungs- und Informationsprogramm. An der Gegendemonstration, zu der die Antifa aufrief, nahmen am Ende rund 1300 Bürgerinnen und Bürger teil. Diese Vielfalt an Engagierten und Aktivitäten schätzt der Bürgermeister als wichtig für den Erfolg des Bündnisses: *„Wichtig sind für mich insbesondere Projekte und Aktionen, mit welchen wir in der Breite der Gesellschaft wirken können. Dabei ist zunächst die Vielfalt innerhalb des Bündnisses ganz wichtig. Wir setzen Vielfalt gegen Einfalt!"*

Rechtsextreme in der Defensive – Das Dürener Bündnis trotzt den Drohungen

Die Aktivitäten zeigten aber nicht nur bei den Bürgerinnen und Bürgern Wirkung. Auch die Rechtsextremen realisierten, dass sie nicht mehr ungestört agieren können. *„Das stört sie",* ist sich Karl Panitz sicher, *„wenn wir neben NPD-Infostände eigene Infostände stellen, sind die stinkig."* Insofern ist es keine Überraschung, dass Rechtsextreme auch mit Drohgebärden reagieren. Bei einer Sitzung des „Arbeitskreises Aufklärung und Information" zog eine „Spontandemo" von Rechtsextremen vor dem Versammlungsort auf. Auch bei der Gründungsversammlung zeigten sie Präsenz. Und zur ersten Jahreshauptversammlung

des Bündnisses im Februar 2008 meldeten Rechtsextreme eine Demonstration an, die sie ursprünglich als Fackelzug durchführen wollten. Es ist naheliegend, bei wem sie sich das abgeschaut haben. Auch vor Denunziationen und Bedrohungen Einzelner machen die Rechtsextremen nicht halt. Trotzdem findet Panitz, dass die Auseinandersetzung für ihn nicht nur eine Pflicht als Konsequenz seines antifaschistischen Selbstverständnisses ist. *„Es macht auch Spaß."* So stellten er und seine Mitstreitenden bei den eigenen Infoständen, in Sichtweite der NPD, Mülltonnen mit dem Schriftzug „Entsorgungsstation für rechtsextremes Gedankengut" auf. *„Das ärgerte die NPDler und uns freute es, wenn Leute, die Material von der NPD in die Hand gedrückt bekamen, es postwendend in unsere Mülltonne schmissen."*

Das Dürener Bündnis vor den nächsten Aufgaben – Die Kommunalwahlen im Blick

Panitz steht mit seiner Motivation jedenfalls nicht alleine da. Das Bündnis hat inzwischen über 800 Personen sowie rund 100 Gruppen und Institutionen als Mitglieder. Und eine erste Anerkennung von außen gibt es auch. Im Mai wird das Bündnis vom „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt", das die Bundesministerien des Innern und der Justiz ins Leben riefen, für seine bisherige Arbeit geehrt. Wie es nach dem ereignisreichen ersten Jahr weitergeht, ist dennoch offen. Der Bürgermeister ist optimistisch. *„Ich sehe besonders gute Perspektiven, wenn es uns gelingt, die Vielfalt der Standorte und Meinungen in unserem Bündnis zu erhalten und gleichzeitig als demokratisch gesinnte Bürgerinnen und Bürger fest gegen Extremismus jeder Art zusammenzustehen."* Jedenfalls dürfte ein inhaltlicher Schwerpunkt für die nächste Zeit schon feststehen. *„Bis zur Kommunalwahl 2009 werden wir uns intensiv mit der NPD auseinandersetzen müssen.",* meint Clemens, *„Außerdem müssen wir „pro NRW" im Blick behalten. Von Köln aus ist es nicht weit."* Einstweilen scheint der Weg in die Parlamente für die NPD nicht über das Dürener Rathaus zu führen.

Initiativ werden gegen Rechts

Veranstaltungen und Diskussionsrunden

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bietet deutschlandweit Veranstaltungen an oder zeigt Ausstellungen, die ein Bewusstsein für demokratische Abläufe und Partizipation schaffen und über Rechtsextremismus informieren. *www.fes.de*

NS-Gedenkstätten in NRW
Bieten Ausstellungen zur lokalen NS-Vergangenheit und Bildungsveranstaltungen zum Thema an.

Bücher, Zeitschriften, Internet und Infodienste

Verfassungsschutzbericht
In ihm werden jährlich vom Verfassungsschutz des Bundes und der Bundesländer die Ergebnisse der Beobachtung extremer und möglicherweise gegen die Verfassung verstoßender Tatbestände dargestellt.

Bundesamt für Verfassungsschutz
Informationsangebot über die Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz. *www.verfassungsschutz.de*

Landesamt für Verfassungsschutz
Informationsportal über die Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz. *www.im.nrw.de/verfassungsschutz*

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in Düsseldorf
Hält in seiner Infothek zahlreiche Informationen über Rechtsextremismus bereit. *www.idaev.de*

Blick nach Rechts
Informationsdienst von Journalisten mit Nachrichten zum Thema Rechtsextremismus. *www.bnr.de*

OnlineAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung
Online-Portal mit einem Modul gegen Rechtsextremismus. Hintergrundtexte, Lehrerinformationen, Unterrichtsmaterialien und Links zum Thema. *www.fes-online-akademie.de*

Weitere Projekte und Materialien der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Rechtsextremismus
www.fes.de/rechtsextremismus

Engagement in Bündnissen und Initiativen gegen Rechts

Düsseldorfer Appell gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus
Engagiert sich im Auftrag des Jugendrings Düsseldorf interkulturell und mit Veranstaltungen über Rechtsextremismus. *www.jugendring-duesseldorf.de/ddap/index.php?new=1*

Dürener Bündnis gegen Rechtsextremismus
Zusammenschluss von über 80 Organisationen aus dem Kreis Düren. *www.duerener-buendnis.de*

AK Ruhr
Netzwerk von Ruhrgebietsstädten: *www.ak-ruhr.de*

Dem Ball is' egal, wer ihn tritt
Antirassistische Fußballfan-Initiative
www.demballegal.de

„Mach meinen Kumpel nicht an!" e.V.
Verein aus der Gewerkschaftsbewegung
www.gelbehand.de

Stark gegen Rechts
SPD-organisiertes Bündnis gegen die Erstarkung rechtsextremer Kräfte. *www.stark-gegen-rechts.spd.de*

Mucke gegen Rechts
Musiker wie Jan Delay, Die fantastischen Vier oder auch Such a surge, die sich gegen Rechts zusammengeschlossen haben. *www.mucke-gegen-rechts.de*

Mut gegen rechte Gewalt
Organisation, die sich mit Zivilcourage gegen rechte Gewalt einsetzt. „Mut gegen rechte Gewalt" wurde vom Magazin „Stern" ins Leben gerufen.
www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Amadeu Antonio Stiftung
Gesellschaft mit dem Ziel, demokratische Strukturen zu stärken und rechte Strukturen in ihrer Ausweitung zu hemmen. *www.amadeu-antonio-stiftung.de*

Teilnahme an Programmen für Toleranz und gegen Rassismus

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
Setzt auf die langfristige und aktive Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit Rassismus und Diskriminierung. In Nordrhein-Westfalen tragen über 100 Schulen den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage".
www.schule-ohne-rassismus.org

Demokratisch Handeln
Wettbewerb zur Förderung einer demokratischen Haltung
www.demokratisch-handeln.de

Vielfalt tut gut
Das Programm „Vielfalt tut gut" ist Teil des Aktionsprogramms der Bundesregierung „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus". *www.vielfalt-tut-gut.de*

Literatur zum Weiterlesen

asp – agentur für soziale Perspektiven e. V. (Hrsg.):
Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen.
Regionalausgabe Rhein-Ruhr/NRW, Berlin 2007

Das Bundesinnenministerium und die Landesinnenministerien geben jährlich einen Verfassungsschutzbericht heraus, der über deren Internetseiten zu beziehen ist.

Bundesamt für Verfassungsschutz:
Symbole und Zeichen der Rechtsextremisten,
Köln 2006

Butterwegge, Christoph/Lohmann, Georg (Hrsg.):
Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt, Opladen 2000

Decker, Oliver/Brähler, Elmar:
Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren,erstellt im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006

Gamper, Markus/Willems, Helmut:
Rechtsextreme Gewalt – Hintergründe, Täter und Opfer.
In: Heitmeyer, Wilhelm/Schröttle, Monika (Hrsg.): Gewalt, Beschreibung, Analyse, Prävention, Bonn 2006

Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.):
Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?,
Wiesbaden 2004

Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.):
Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert – Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention, Schwalbach i.T. 2007

Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hrsg.):
Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002

Häusler, Alexander (unter Mitarbeit von Jürgen Peters):
Rechtspopulismus in Gestalt einer „Bürgerbewegung“. Struktur und politische Methodik von PRO NRW und PRO DEUTSCHLAND, Düsseldorf 2007

Hufer, Klaus-Peter:
Argumente am Stammtisch, Bonn 2006

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen:
Musik – Mode –Markenzeichen. Rechtsextremismus bei Jugendlichen, Düsseldorf 2006

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen:
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Nordrhein-Westfalen – Bestandsaufnahme, Hintergründe und Gegenstrategien, Düsseldorf 2002

Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.):
Moderner Rechtsextremismus in Deutschland.
Hamburger Edition, Hamburg 2006

Klein, Ludger:
Die Demokratie braucht die Zivilgesellschaft. Plädoyer für eine integrierte Strategie gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit, Bonn 2007

Kohlstruck, Michael:
Rechtsextreme Jugendkultur und Gewalt, Berlin 2002

Miteinander e.V. und Arbeitsstelle Rechtsextremismus in Braunschweig (Hrsg.):
Streiten mit Neo-Nazis, Magdeburg 2007

Pfahl-Traughber, Armin:
Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München 2006

Röpke, Andrea/Speit, Andreas:
Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD, Berlin 2004

Speit, Andreas:
Mythos Kameradschaft. Gruppeninterne Gewalt im neonazistischen Spektrum, Braunschweig 2005

Stöss, Richard:
Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2005

Staud, Toralf:
Moderne Nazis. Die Neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln 2005

Wagner, Bernd:
Die Szene rechtsextremer Gewalt in den neuen Bundesländern. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Auf den Weg zum Bürgerkrieg, Frankfurt am Main 2001

Unterrichtsmaterialien

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.):
Andi. Comic für Demokratie und gegen Extremismus 1,
Düsseldorf 2008

Posselt, Ralf-Erik/Schmacher, Klaus (Hrsg.):
Projekthandbuch: Gewalt und Rassismus,
Mülheim an der Ruhr 2001

„Lern- und Arbeitsbuch gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie" der Friedrich-Ebert-Stiftung:

Im Rahmen des Projekts „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus" der Friedrich-Ebert-Stiftung entstand im Jahr 2007 unter dem Titel „Lern- und Arbeitsbuch gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie" ein Handbuch für die politische Bildungsarbeit gegen Rechts.

Das Handbuch enthält 30 Bausteine zu einzelnen thematischen Aspekten des Rechtsextremismus und seiner Bekämpfung. Die Bausteine bieten Informationen zum Thema und eine didaktisch-methodische Anleitung für eine entsprechende Seminareinheit. Sie sind beliebig miteinander kombinierbar, je nach gewünschter Zielrichtung bzw. Zielgruppe des Seminars. Im ersten Teil des Bildungsmoduls werden in den Kapiteln „Rechtsextremismus" sowie „Demokratie und Gesellschaft" wissensorientierte Bausteine angeboten. Aktionsorientierte Module zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Schule, Jugendarbeit und im kommunalen Kontext sowie der Zivilgesellschaft finden sich im zweiten Teil der Publikation.

Das Handbuch erscheint im März 2008 und kann kostenfrei bei der Friedrich-Ebert-Stiftung bezogen werden.

Zahlreiche weitere Publikationen und die Projekte der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie unter:
www.fes.de/rechtsextremismus

Ausstellungen zum Thema Rechtsextremismus

Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen
NRW für Toleranz und Menschlichkeit
Eine Ausstellung des Forums Jugend und Politik
der Friedrich-Ebert-Stiftung:
www.fes.de/forumjugend/gegen-rechts

Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen
Eine Ausstellung für das Bundesland Schleswig-Holstein
vom Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung:
www.julius-leber-forum.de/gegen-rechts

Rechtsradikalismus in Bayern
Eine Ausstellung des BayernForums
der Friedrich-Ebert-Stiftung:
www.bayernforum.de

Die Autoren

Dr. rer. pol. Dipl.-Päd. Christoph Busch

Christoph Busch, 1973 geboren, ist Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Universität Siegen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Rechtsextremismus, politische Bildung, politische Kommunikation und sozialwissenschaftliche Methoden. Aktuelle Veröffentlichung: Konfliktbearbeitung an Schulen durch demokratiepädagogische Jugendforschung, Münster 2007.

Michael Klarmann

Michael Klarmann, 1968 geboren, ist Referent und Berater und seit Mitte 2000 freischaffender Journalist in Aachen. Er veröffentlichte Beiträge in verschiedenen Print- und Onlinemedien sowie in Blogs schwerpunktmäßig zum Thema Rechtsextremismus. Er ist zudem Gast des Arbeitskreises Rechtsextremismusforschung am Institut für Politische Wissenschaften an der RWTH Aachen.

Mit Unterstützung des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen.

Projekte der Friedrich-Ebert-Stiftung:
www.fes.de/rechtsextremismus

Internetseite zur Ausstellung:
www.fes.de/forumjugend/gegen-rechts

ISBN 978-3-89892-892-2